



# 1918: Revolution in Deutschland

Eine Broschüre der Sozialistischen Linkspartei/SLP,  
österreichische Sektion des Komitees für eine ArbeiterInnenInternationale



## Zuversicht

---

*Ob sie uns auch zerbrechen –  
Sie beugen uns doch nicht –  
Und eh' der Tag vergangen,  
Stehn wir frisch aufgericht't.*

*Von tausend Niederlagen  
Erheben wir uns frei  
Zu immer kühnern Schlägen  
In immer festrer Reih'.*

*Ob sie die Flamm' ersticken,  
Der Funke heiß sich regt  
Und über Nacht zum Himmel  
Die neue Flamme schlägt.*

*Und ob das Ziel, das hohe,  
Entwichen scheint und fern,  
Es kommt der Tag, der frohe,  
Wir trauen unserm Stern.*

*Die Gegenwart mag trügen,  
Die Zukunft bleibt uns treu.  
Ob Hoffnungen verfligen,  
Sie wachsen immer neu.*

*Aus Nichts wird alles werden,  
Eh' sie es noch gedacht,  
Trotz ihrer Machtgebärden,  
Wir spotten ihrer Macht.*

*Bald werden sie zerstieben  
Wie Gischt am Felsenstrand,  
Schon winkt aus Nebeltrüben  
Das heißersehnte Land.*

*Es gibt auf Erdenrunden  
Nichts, was uns zwingen kann:  
Kein Gift und keine Wunden,  
Kein Teufel und kein Bann!*

*Karl Liebknecht, Herbst 1918*

# INHALT

---

<b>Editorial</b>	5
<b>Die Bedeutung der deutschen Revolution 1918-23</b>	7
<i>Rolle des Staats</i>	8
<i>Bedeutung von Führung</i>	9
<b>Liebknecht und Luxemburg</b>	11
<b>Schicksalstage einer Revolution</b>	17
6. November 1918: <i>Die Matrosen meutern und marschieren nach Berlin</i>	17
9. November: <i>Revolution!</i>	19
9. November: <i>Republik ja, aber welche?</i>	21
10. November: <i>ArbeiterInnen- und Soldatenräte</i>	22
10. November: <i>im Circus Busch</i>	23
6. Dezember: <i>die Lage eskaliert</i>	24
12. Dezember: <i>Rechtliche Grundlage für die Freikorps</i>	25
16. bis 21. Dezember: <i>Reichsrätekongress</i>	26
23. Dezember: <i>Beginn der „Weihnachtskrise“</i>	27
24. Dezember: <i>Kampf um Schloss und Marstall</i>	28
29. Dezember: <i>Austritt der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten</i>	29
29. Dezember bis 1. Jänner 1919: <i>Gründung der KPD</i>	30
5. Jänner 1919: <i>Protestdemo gegen die Absetzung des Polizeipräsidenten Eichhorn</i>	32
5. Jänner 1919: <i>Der Revolutionsausschuss</i>	33
8. Jänner 1919: <i>Die Konterrevolution geht in die Offensive</i>	34
<i>Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg</i>	36
19. Jänner 1919: <i>Wahl zur Nationalversammlung und Abgesang der Revolution</i>	37
<b>Was will der Spartakusbund?</b>	40
<b>Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD</b>	49
<b>Was machen die Führer?</b>	54
<b>Aus dem Telegramm der Sowjetregierung: „An alle Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte Deutschlands“</b>	57
<b>Glossar und Namensregister</b>	58

## Impressum:

MHV: Sozialistische Linkspartei, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien  
Herstellungs- und Verlagsort: Wien  
Druck: digiDruck, 1100 Wien

Redaktion & Lektorat: Albert Kropf, Wien  
Umschlaggestaltung, Layout, Satz und Umbruch: Harald Mahrer, Wien

Im Spätherbst 2008 jährte sich der Beginn der deutschen Revolution zum 90. Mal. Das heißt auch 90 Jahre Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. 1914 hat die Führung der sozialdemokratischen Parteien mit der Unterstützung ihrer jeweiligen nationalen Bourgeoisie erst den Krieg ermöglicht. Auf Seiten der KriegsgegnerInnen waren nicht viele übergeblieben. Über die „Zimmerwalder Konferenz“ schrieb Leo Trotzki später: *„Wir drängten uns in vier Wägen zusammen und fuhren ins Gebirge (...) Die Delegierten scherzten selbst darüber, dass es ein halbes Jahrhundert nach der Begründung der Ersten Internationale möglich war, alle Internationalisten in vier Wagen unterzubringen. Aber in diesen Scherzen war kein Skeptizismus. Der historische Faden zerreißt oft. Dann muss man einen neuen Knoten binden. Das eben taten wir in Zimmerwald.“*<sup>2</sup>

Genau darin sahen auch Luxemburg und Liebknecht ihre Aufgabe. Zuerst als Gruppe Internationale, dann als Spartakusbund in und außerhalb der USPD und schließlich mit der Gründung der KPD 1918/19 – sie gaben der deutschen ArbeiterInnenklasse eine revolutionäre Führung und schließlich auch eine neue Partei. So weit diese Zeit heute schon zurückliegt, so aktuell sind die Aufgaben und Lehren nach wie vor.

Auch heute steht die ArbeiterInnenklasse in fast allen Ländern ohne Führung und Partei da. Sascha Stanicic greift diesen wesentlichen Aspekt in *„Die Bedeutung der deutschen Revolution von 1918-23“* auf und legt einen roten Faden von 1918/19 bis heute. Er zieht in seinem Beitrag die für die heutige Zeit relevanten Schlüsse aus der deutschen Revolution. Ruth Fischer, Gründungsmitglied der KPD und später in der Linken Opposition Leo Troztkis, gibt im 1948 erstmals erschienen Text *„Liebknecht und Luxemburg“* einen kurzen Überblick über das Leben von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. *„Die Schicksalstage einer Revolution“* sind ein Abriss über die erste revolutionäre Welle 1918/19 und die ungeheure Dynamik, die durch Revolutionen losgetreten werden kann. Dazu passt auch der Artikel *„Was will der Spartakusbund“* von Karl Liebknecht aus dem Dezember 1918. Liebknecht fasst die ersten Erfolge zusammen, warnt aber auch vor den Gefahren, die Zügel aus der Hand – bzw. in die Arme von Ebert und Konsorten zu geben. Die *„Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD“* von Paul Levi greift die durchaus schwierige Frage der Beteiligung von revolutionären Parteien bei bürgerlichen Wahlen auf. Trotz revolutionärer Situation spricht er sich dafür aus, dass die gerade erst gegründete KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung im Jänner 1919 kandidieren soll. Ja gerade zu muss, wenn sie nicht Abseits stehen und die Initiative SPD und USPD überlassen will. Auch ein Thema, das uns bis heute betrifft! Rosa Luxemburg zeigt in *„Was machen die Führer“*, dass in Momenten beschleunigter Entwicklung, die Führung sehr schnell zu einem Hemmschuh werden kann wenn sie einen falschen Kurs einschlägt. Deswegen muss sich die revolutionäre Bewegung eigene Organe schaffen. Am Schluss steht mit dem Glückwunsch-Telegramm des revolutionären Russlands *„An alle Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte Deutschlands“* ein weiteres kleines Stück Zeitgeschichte. Die Bolschewiki verhandeln nicht (nur) mit den Vertretern des bürgerlichen Deutschland über einen Frieden, sondern wenden sich direkt an die deutsche ArbeiterInnenklasse. Das *„Glossar und Namensregister“* soll helfen, sich in den Texten besser zurückzufinden.

In diesem Sinn hoffen wir, eine interessante Auswahl an Beiträgen und Artikeln zusammengetragen zu haben und dass wir Teil eines neuen Knotens des roten Fadens sind, der unter anderen von Liebknecht und Luxemburg 1918/19 ausgelegt wurde. Denn die brennenden Fragen, denen sich das deutsche Proletariat Anfang des 20igsten Jahrhunderts gegenüber sah, sind nach wie vor aktuell: Krieg, Wirtschaftskrise, soziale Probleme. Gerade am Beginn einer neuen Wirtschaftskrise, in deren Verlauf wir Elemente von Revolution und Konterrevolution erleben können, sind die Lehren aus der deutschen Revolution aktuell und wichtig.

*Albert Kropf, Wien im Dezember 2008*

- 1 Zimmerwald: Dort in den Berner Alpen. 1915 fand dort eine Konferenz der KriegsgegnerInnen und internationalistischen SozialistInnen statt.
- 2 aus: Leo Trotzki: Mein Leben – Versuch einer Autobiographie

# DIE BEDEUTUNG DER DEUTSCHEN REVOLUTION 1918-23

---

Revolutionen gehören nicht der Vergangenheit an. In Lateinamerika vollzieht sich seit einigen Jahren ein revolutionärer, bisher unvollendeter, Prozess, der den Neoliberalismus zurück gedrängt und linke Regierungen in einigen Ländern ins Amt gebracht hat. In Nepal hat eine revolutionäre Massenbewegung den König gestürzt. Und angesichts der schwersten Weltwirtschaftskrise seit der Großen Depression von 1929 bis 1933 hat der Kolumnist der Financial Times, Martin Wolf unter anderem vor der Entwicklung einer Revolution gewarnt.

Tatsächlich sind die ökonomischen, sozialen und politischen Folgen der sich ausbreitenden Krise nicht absehbar. Dass sie jedoch gewaltig sein werden, steht außer Frage. Die Doktrin des Neoliberalismus ist zusammen gebrochen und der Kapitalismus weltweit in eine neue Phase getreten, in der staatliches Krisenmanagement eine entscheidende Rolle spielt. Das wird einher gehen mit einer weiteren Verschärfung der internationalen Konkurrenz zwischen Konzernen und Staaten, mit Zunahme protektionistischer Maßnahmen und der Gefahr, dass sich diese Konkurrenz vermehrt in militärischen Konflikten und Kriegen äußert. Das Kapital und seine ihm willfährigen Regierungen versuchen die Krise auf den Schultern der Massen abzuladen. Die Massenarbeitslosigkeit wird drastisch steigen. Eine Untersuchung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) rechnet mit einer Zunahme von zwanzig Millionen Erwerbslosen weltweit. In den letzten Wirtschaftsrezessionen haben sich in (West-) Deutschland die Erwerbslosenzahlen meist verdoppelt. Die Beschäftigten werden von der Krise getroffen nach Jahren des Reallohnverlusts, der Flexibilisierung und des gesteigerten Arbeitsstresses. Der Druck auf Löhne und Gehälter wird weiter zunehmen und die Zahl der arbeitenden Armen weiter in die Höhe gehen. Das ist ein Rezept für Radikalisierung, für Klassenkampf, ja – wenn auch nicht in der unmittelbar bevorstehenden Krisenperiode - für Revolution!

Aber was eigentlich ist eine Revolution? Leo Trotzki, neben Lenin der wichtigste Führer der russischen Oktoberrevolution, nannte als das entscheidende Merkmal einer Revolution, dass die Massen selber die Bühne der Geschichte betreten und ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen. Hinzuzufügen ist dem sicher, dass diese direkte Beteiligung der Massen am politischen und gesellschaftlichen Geschehen mit dem Ziel einer grundlegenden Veränderung der Verhältnisse verbunden ist, nicht nur mit der Forderung nach dieser oder jener Reform – wobei solche Forderungen oftmals den Anstoß zu Revolutionen geben können. Denn wenn klar wird, dass unter den bestehenden Verhältnissen selbst Forderungen nach Ende des Hungers, Sicherheit der Arbeitsplätze, Ende eines Krieges oder ähnlichem nicht mehr erfüllt werden können, dann entwickeln solche Forderungen eine revolutionäre Sprengkraft und stellen die bestehenden Verhältnisse in Frage. So war es in Russland 1917, als die Parole der Massen „Land, Frieden, Brot“ war und als sich heraus stellte das weder der Zar noch die dem Zaren nachfolgende Provisorische Regierung unter dem gar nicht so revolutionären ‚Sozialrevolutionär‘ Kerenski diese Forderungen erfüllen konnten oder wollten, war die Zeit der Bolschewiki, der russischen revolutionären Marxisten gekommen. Lenin sagte einmal, es kommt zu Revolutionen, wenn die Herrschenden nicht mehr in der alten

Art und Weise weiter herrschen können und die Massen nicht mehr in der alten Art und Weise weiter leben wollen. Es ist absehbar, dass der Kapitalismus solche Zeiten wieder herbeiführt.

Vor dem Hintergrund solcher Zukunftsaussichten hat das Studium vergangener und gescheiterter Revolutionen keinen akademischen Charakter, sondern sollte als Vorbereitung auf die Zukunft verstanden werden. Revolutionen haben bestimmte Gesetzmäßigkeiten, die von niemandem so offen gelegt wurden, wie von Lenin und Trotzki. Es gilt aus der Geschichte zu lernen. Deshalb ist es sinnvoll für alle, die die Welt verändern und den Kapitalismus abschaffen wollen, sich intensiv mit der Geschichte von Revolutionen zu beschäftigen – mit erfolgreichen genauso wie mit gescheiterten.

Die deutsche Revolution, die sich von 1918 bis 1923 über fünf Jahre entwickelte, ist besonders reich an Lehren. Zwischen dem November 1918 und dem Oktober 1923 hatte die deutsche Arbeiterklasse mehrere Gelegenheiten die Macht der Kapitalisten und Generäle zu brechen und einen demokratischen Arbeiterstaat zu errichten. Die besondere Bedeutung der deutschen Revolution liegt auch darin, dass es sich hier um eines der entwickeltesten kapitalistischen Länder handelte. Ein Land mit einer starken Arbeiterklasse, aber auch einer starken Kapitalistenklasse.

## Rolle des Staats

Aus der Geschichte lernen die Gegner der Revolution übrigens auch. Dafür ist der Verlauf der deutschen Novemberrevolution auch ein Beispiel. In mancherlei Hinsicht hatten die damaligen Konterrevolutionäre in SPD und deutschem Generalstab mehr aus der ein Jahr zuvor siegreichen sozialistischen Oktoberrevolution gelernt, als es die deutschen marxistischen Revolutionäre um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg getan hatten. Insbesondere hatten sie verstanden, dass man die Revolution von innen zersetzen musste. Diese Aufgabe übernahm die Führung der SPD unter Ebert, Noske und Scheidemann. Diese schickten ihre Leute in die Arbeiter- und vor allem Soldatenräte, propagierten, der Sieg von Sozialismus, Sozialisierung der Wirtschaft und von Volksherrschaft sei schon erreicht und sorgten dafür, dass die Räte ihre Macht schon im Dezember 1918 wieder abgaben und gelähmt wurden. Gleichzeitig sorgte die SPD dafür, dass sich am eigentlichen Staatsapparat so gut wie gar nichts änderte. Theodor Plivier nannte seinen hervorragenden dokumentarischen Roman über die Novemberrevolution „Der Kaiser ging, die Generäle blieben.“ Dem ist nur hinzuzufügen, dass die Minister, Staatssekretäre, Bürgermeister, Polizeichefs und die Fabrikeigentümer in den meisten Fällen auch blieben. Die entscheidende Lehre, die Marx aus den Erfahrungen der Pariser Kommune des Jahres 1871 zog und die von den russischen Revolutionären 1917 beachtet wurde, besagt, dass die Arbeiterklasse, den kapitalistischen Staatsapparat nicht einfach übernehmen und sich nutzbar machen kann, sondern dass sie diesen durch einen eigenen Staatsapparat ersetzen muss. Die demokratisch gewählten Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte bildeten in Russland die Form dieses neuen Staates und hätten dies auch in Deutschland tun können. Doch in den Räten setzte sich kein Bewusstsein für diese historische Aufgabe durch, nicht zuletzt weil die revolutionären Kräfte, die dieses Bewusstsein hatten und versuchten zu verbreiten, schwach und schlecht organisiert waren.



Und SPD und Kapitalistenklasse zogen aus der entscheidenden Rolle, die Lenin, Trotzki und die bolschewistische Partei bei der Machteroberung durch die russischen Arbeiter- und Soldatenräte gespielt haben, den Schluss, dass man der Revolution die Köpfe abschlagen muss – und sorgten für die Ermordung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches. Die noch junge kommunistische Partei Deutschlands war damit im wahrsten Sinne des Wortes kopflos.

Aber trotzdem hat die Arbeiterklasse Deutschlands diese und viele andere Rückschläge verarbeitet, die Reihen der Kämpfer neu aufgefüllt, wenn solche getötet oder ins Gefängnis gesteckt wurden und entwickelte sich die KPD zu einer revolutionären, marxistischen Massenpartei bevor sie dann in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre auch zum Opfer der internationalen Stalinisierung der Mitgliedsparteien der Kommunistischen Internationale wurde. Die KPD wurde zur Massenpartei, als im Oktober 1920 eine Mehrheit der Delegierten des Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) mit 236 zu 156 Stimmen beschloss, der Kommunistischen Internationale beizutreten und sich dementsprechend mit der KPD zu vereinigen. Dieser Beschluss bedeutete, dass die KPD zu einer Partei mit 450.000 Mitgliedern wurde, eine Mehrheit der USPD-Mitglieder diesen Schritt aber nicht mitmachte, sondern sich wieder der alten, reformistischen Mehrheits-SPD zuwandte. Dies illustriert den Charakter von zentristischen Parteien, wie es die USPD war. Sie schwanken zwischen Reformismus und revolutionärer Politik, sind revolutionär in Worten und reformistisch in der Praxis. Aber sie können auf der Basis von Erfahrungen mit Klassenkämpfen und wenn Revolutionäre versuchen die Mitglieder und Aktivisten durch Angebote zum gemeinsamen Kampf zu beeinflussen, sich in eine revolutionäre Richtung entwickeln.

Die junge KPD war dann im Herbst 1923 zum ersten und einzigen Mal in ihrer Geschichte in einer Situation, wo sie die Unterstützung der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse genoss. In diesem Jahr höchster revolutionärer Gärung und riesiger Streikbewegungen verpasste die KPD die Gelegenheit zur Machteroberung, weil sie die Stimmung in der Arbeiterklasse unterschätzte, zögerte und keine Führung für die kämpfenden Arbeiter darstellte.

## Bedeutung von Führung

Führung ist ein entscheidendes Stichwort. Der bedeutendste Unterschied zwischen der erfolgreichen russischen Revolution und der gescheiterten deutschen Revolution liegt in der Existenz und politischen Reife der bolschewistischen Partei und ihrer Führung von Lenin, Trotzki und anderen in Russland und dem Fehlen einer solchen Partei bzw. der politischen Unreife der KPD in Deutschland.

Während Lenin in Russland über viele Jahre eine gut organisierte revolutionäre Organisation geschulter marxistischer AktivistInnen aufgebaut hatte, hatten die revolutionären MarxistInnen in Deutschland nur lockere Zusammenhänge, vor allem den Spartakusbund, zu Beginn der Revolution. Es gab weder eine kollektive Disziplin, eine klare Strategie, tatsächliche programmatische Übereinstimmung und nur wenige marxistisch ausgebildete und in Betrieben verankerte Mitglieder. Insgesamt umfasste der Spartakusbund im Herbst 1918 nur wenige tausend Mitglieder, nach manchen Angaben sogar nur eintausend. Zur organisatorischen Schwäche kam hinzu, dass viele

seiner Mitglieder von revolutionärer Ungeduld erfasst waren und eine ultralinke, sektiererische Politik betrieben. Der Einfluss in den Räten war im November und Dezember 1918 gering, trotz der hohen Autorität von Karl Liebknecht unter Arbeitern. Ultralinke Fehler führten auch dazu, dass die KPD keinen entscheidenden Einfluss auf die Bewegung zur Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920 erreichen konnte, auch wenn sie in der Folgezeit stark anwuchs. In den folgenden drei Jahren hatte die KPD ihre ultralinke Politik abgelegt und war zur Massenpartei geworden, ging aber in der revolutionären Situation des Jahres 1923 zu weit in die andere Richtung und zögerte den Schritt zum revolutionären Aufstand zu gehen, aus Sorge die Massen würden nicht folgen. Eine einmalige Gelegenheit wurde so verpasst.

Die Arbeiterklasse hat sich in diesen Jahren immer wieder in den Kampf geworfen, Räte und andere Organe geschaffen, sich bewaffnet. Es fehlte an einer einheitlichen Vorgehensweise, an Organisation und Führung, an einer Vorstellung, wie die Gesellschaft anders organisiert werden kann und wie die ArbeiterInnen die Macht ergreifen und sichern können.

Die deutsche Revolution von 1918 bis 1923 ist also vor allem lehrreich hinsichtlich der zentralen Aufgabe des Aufbaus einer revolutionären Massenpartei, aber auch für die Frage, welche Politik eine solche Partei in revolutionären Situationen betreiben sollte.

Sie unterstreicht auch, dass wichtige Reformen oftmals das Ergebnis revolutionärer Kämpfe sind. Ohne die, aus Sicht der Kapitalisten, drohende sozialistische Revolution, wären im November 1918 Errungenschaften, wie der Acht-Stunden-Tag, das freie und gleiche Wahlrecht und anderes sicher nicht von den Kapitalisten zugestanden worden. Als die Bedrohung aus ihrer Sicht zurück gegangen war, machten diese sich aber auch daran, diese Errungenschaften wieder zurück zu nehmen. Es kann keine halben Revolutionen geben. Die Hoffnung vieler sozialdemokratischer Arbeiter, die bürgerlich-parlamentarische Demokratie sei der erste Schritt zum Sozialismus wurde enttäuscht. Ohne ein Programm für die grundlegende Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse ist kein Sozialismus zu erreichen.

Die deutsche und internationale Arbeiterklasse zahlte einen großen Preis für das Scheitern der deutschen Revolution. Ohne die Niederlagen der Jahre 1918 bis 1923 ist der Aufstieg der NSDAP zu einer faschistischen Massenbewegung, die das deutsche Kleinbürgertum hinter sich sammeln konnte, kaum vorstellbar. Ebenso hätte ein Sieg der Arbeiterklasse in Deutschland die Isolation der jungen Sowjetunion beendet und damit die Entwicklung des Stalinismus verhindern können.

*Sascha Stanicic, Berlin, im November 2008*

# LIEBKNECHT UND LUXEMBURG

---

Karl Liebknecht war der Träger eines berühmten sozialistischen Namens, der Sohn eines der Parteigründer. Sein Vater, Wilhelm Liebknecht, hatte an der 1848er Revolution teilgenommen. Er hatte mit Marx in London gelebt und mit August Bebel den Grundstein zu der neuen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gelegt. Für die ältere Generation der deutschen Sozialisten hatten die Namen Bebel und Liebknecht denselben Klang wie in Russland die Namen Lenin und Trotzki im Jahre 1917. Wilhelm Liebknecht hatte 1871 gegen die Annexion von Elsass-Lothringen protestiert; er bezeichnete die Haltung der Intellektuellen, der Journalisten, Professoren und Literaten, die nicht gegen den Krieg waren, als „Hochverrat an der Zivilisation und an der Humanität.“ Wegen seiner Antikriegs-Propaganda kam er im Jahre 1872 einige Monate ins Gefängnis; während seiner Festungshaft setzte er seine Propaganda fort, hielt seinen engen Kontakt mit Marx in London aufrecht und griff die Regierung weiterhin an.

Am 13. August 1871, ein Jahr vor Wilhelms Gefangenschaft, wurde Karl in Leipzig geboren. Als Redakteur des »Vorwärts«, der Berliner Parteizeitung, hatte sein Vater ein so geringes Einkommen, dass Karl und sein Bruder Theodor nur mit Hilfe eines Parteistipendiums an der Universität Jura studieren konnten. Karl, geboren und aufgewachsen in der Sozialdemokratischen Partei, trug seine Erbschaft mit Begeisterung. 1905, als die Revolution in Russland die deutsche Partei in Unruhe versetzte, verstärkte er seinen Kampf gegen den kaiserlichen Militarismus und konzentrierte seine Propaganda hauptsächlich auf die jungen Leute, die zum Militärdienst eingezogen werden sollten. 1907 wurde er wegen seiner Schrift Militarismus und Antimilitarismus zu achtzehn Monaten Gefängnis verurteilt. Während er im Gefängnis saß, erfolgte seine Wahl zum Abgeordneten des preußischen Landtags, und 1912 wurde er Reichstagsabgeordneter. Er trug den berühmten Parteinamen, bewies persönlichen Mut, doch vor 1914 deutete nichts auf seine spätere einzigartige Rolle hin.

Zusammen mit Liebknecht war Rosa Luxemburg führend im Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Sie war eine jener Sozialisten aus dem Osten, die sich nach ihrer Flucht vor der zaristischen Verfolgung der deutschen Bewegung angeschlossen hatten. Sie war 1870 in einer kleinen Stadt in Russisch-Polen geboren als das jüngste von fünf Kindern einer wohlhabenden und kultivierten jüdischen Familie. In ihrer Jugend litt sie einem Hüftleiden, das sie ein Jahr ans Bett fesselte und das man ihr noch später anmerkte. Sie besuchte ein Gymnasium in Warschau, was in dieser Zeit für ein Mädchen aus jüdischer Familie ungewöhnlich war, und kam dort in revolutionäre Kreise. 1889 floh sie, als ihr Gefangenschaft drohte, im Heu eines Bauernwagens versteckt, über die grüne Grenze nach Deutschland und ging nach Zürich, dessen Universität ein Sammelpunkt russischer sozialistischer Flüchtlinge war. Nach kurzem Ausflug in die Zoologie und Botanik studierte sie Nationalökonomie, was für sie Studium des Marxismus bedeutete.

Von ihrem Exil aus nahm Rosa aktiv und leidenschaftlich an den Vorgängen und Kämpfen der polnischen illegalen Bewegung teil. Sie bekämpfte den unter polnischen Sozialdemokraten stark verbreiteten Nationalismus und half, zusammen mit Jogiches und anderen, die Spaltung der Partei und die Gründung einer neuen, der »Sozialdemokratischen Partei des Königreichs von Polen und Litauen zu organisieren. Sie führte ein politisches Doppelleben: während ihre Bedeutung in der legalen deutschen Partei

wuchs, war sie gleichzeitig verwickelt in die fortgesetzten Fehden und Verleumdungen, jene unvermeidlichen Begleiterscheinungen politischer Auseinandersetzung in illegalen Parteien. Rosa, die ihren Standpunkt mit Nachdruck verteidigte, erlebte die ganze Skala persönlicher Anfeindungen. Sie wurde beschuldigt, ein Agent der Ochrana, der zaristischen Geheimpolizei, zu sein; Gerüchte besagten, sie habe nur mit Hilfe des Obersten Markgrafski von der Warschauer Gendarmerie aus Polen entkommen können. Auf der Londoner Konferenz der polnischen Sozialisten im Jahre 1896 schrie Daszynski, Abgeordneter des österreichischen Parlaments: „Es ist unerträglich, dass unsere Bewegung mit solchen Schurken wie Rosa Luxemburg, Urbach et cetera belastet ist (...) Wenn unsere Internationale nicht von dieser Bande journalistischer Freibeuter gereinigt wird, werden sie unsere Freiheitsbewegung zu Grunde richten.“

Trotz ihrer lebenslangen Aktivität in der polnischen Partei befriedigte es sie nicht, immer nur Auslandsstützpunkt für die illegale Bewegung zu sein; sie wollte nicht unentwegt im Exil leben. Sie sehnte sich danach, mit aller Kraft in einer westlichen sozialistischen Bewegung mitarbeiten zu können; und als sie sich dazu entschlossen hatte, wählte sie Deutschland, da die Massenorganisation der Sozialdemokratie sie unwiderstehlich anzog. Zunächst hatte sie große Schwierigkeiten. Sie erwarb die deutsche Staatsbürgerschaft durch eine Scheinheirat mit Gustav Lübeck, einem sozialdemokratischen Genossen, und begann das Land zu bereisen, auf Parteiversammlungen zu sprechen und für verschiedene Parteizeitungen zu schreiben. Sie wurde als ein fanatischer Eindringling aus dem Osten angegriffen, als jemand, der unfähig war, die besonderen Züge der deutschen Arbeiterbewegung zu verstehen; sogar der alte Wilhelm Liebknecht schrieb einen recht unangenehmen Artikel, in dem er sie persönlich angriff. Viele Jahre lang wurden ihre deutschen Artikel von ihrer intimen Freundin, der Frau von Karl Kautsky, korrigiert, bis Louise Kautsky ihr eines Tages mitteilen konnte: „Du schreibst ein besseres und schöneres Deutsch als irgend jemand, und meine Korrekturen sind völlig überflüssig geworden.“

Als 1905 die Revolution in St. Petersburg ausbrach, ging Luxemburg nach Warschau und nahm dort am Kampf teil. Nach kurzer Gefangenschaft kehrte sie nach Deutschland zurück und beteiligte sich an der ausgedehnten Diskussion über den politischen Massenstreik, die damals die deutsche Partei beschäftigte. Erfüllt von den noch frischen polnischen Erfahrungen griff sie die reformistische Haltung der Parteiführer als Opportunismus an; ihr Angriff führte 1909 zum Bruch mit Karl Kautsky, der ihr ein ergebener Freund und vielleicht der eigentliche Lehrer gewesen war. Während dieser Jahre wurde ihr Name auch außerhalb der Partei und im ganzen Lande bekannt. Luxemburg zog sich den Hass der deutschen Autoritäten zu, denn sie war eine gefährliche Propagandistin gegen das Reich und seine Politik, die den deutschen Militarismus leidenschaftlich anprangerte; sie widersetzte sich prinzipienfest denjenigen sozialdemokratischen Politikern, die sie trotz aller pazifistischen Phraseologie als wesentliche Stützen eines künftigen Krieges betrachtete. Angezogen von dem Zauber ihrer Persönlichkeit und von den Erfahrungen, die sie aus dem Osten mitgebracht hatte, bildete sich bald eine Gruppe um sie: der Kern des späteren Spartakusbundes – unter anderen Franz Mehring, der spätere Marx-Biograph und Parteihistoriker, und Clara Zetkin, die Frauenorganisatorin.

Der Ausbruch des Krieges steigerte Rosa Luxemburgs Kampfwillen. Unermüdlich rief sie zur Massenaktion auf, zur Erzwingung eines Friedens ohne Annexionen und

Entschädigungen. Im Februar 1915 wurde sie verhaftet, um eine alte, zweimonatige Strafe abzusitzen; mit einer Unterbrechung von einigen Monaten zu Beginn des Jahres 1916 blieb sie bis zum November 1918 im Gefängnis in Wronke bei Breslau.

Luxemburg hat ihren Antikriegs-Standpunkt am klarsten in der so genannten Junius-Broschüre zusammenfasst. Man kann sich, wenn man diese Streitschrift heute liest, der Intensität dieses Verzweiflungsschreis über das Versagen des sozialistischen Internationalismus und der sozialistischen Solidarität nicht entziehen. Wenn die Arbeiter aller Länder nicht jetzt durch gemeinsame Aktion dem Dahinschlachten ihrer proletarischen Brüder ein Ende setzen, schrieb sie, dann ist der Sozialismus und Europa zum Untergang verurteilt. „Was jetzt vorgeht, ist eine nie da gewesene Massenabschlachtung, die immer mehr die erwachsene Arbeiterbevölkerung aller führenden Kulturländer auf Frauen, Greise und Krüppel reduziert, ein Aderlass, an dem die europäische Arbeiterbewegung zu verbluten droht. Noch ein solcher Weltkrieg, und die Aussichten des Sozialismus sind unter den von der imperialistischen Barbarei aufgetürmten Trümmern begraben.“

Luxemburg hielt es für eine Illusion, dass die Krieg führenden Staatsmänner ohne die Intervention der sozialdemokratischen Massenparteien zu einer Einigung kommen könnten. Im Wesentlichen jedoch war ihre Vorstellung von der Nachkriegswelt ein nur wenig verändertes Bild des Status quo ante; der Umfang des unaufhaltsamen Zusammenbruchs der europäischen Gesellschaft kam ihr nicht zum Bewusstsein. Ihre Gedanken waren ausschließlich mit der Umformung Deutschlands in eine Republik beschäftigt, ohne sofortige Strukturänderungen; die Sozialdemokratie werde ihren alten Kampf in enger Solidarität mit den Bruderparteien der anderen europäischen Länder wieder aufnehmen. Sie betrachtete im Gegensatz zu Lenin den Krieg nicht als ein Vorspiel zum Bürgerkrieg, der den europäischen Sozialismus einleitet.

Bis zum Kriegsausbruch war der Kontakt zwischen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nur sporadisch gewesen; doch jetzt brachte der Widerstand gegen den Krieg sie zusammen. Die Widerstandsbewegung zeigte während des Jahres 1915 eine gewisse Kraft; Ortsgruppen der Sozialdemokratie und vor allem die Jugend nahmen die Kriegspolitik der Parteileitung keineswegs ruhig hin. Im April erschien die erste und einzige Ausgabe einer Antikriegszeitung, Die Internationale, herausgegeben von Luxemburg und Franz Mehring, mit einem Artikel von Liebknecht; sie wurde sofort beschlagnahmt.

Die kriegsgegnerischen Gruppen des europäischen Sozialismus hielten zwei Konferenzen in der Schweiz ab, 1915 und 1916, in Zimmerwald und in Kienthal. Luxemburg und Liebknecht konnten nicht daran teilnehmen, aber ihre Anhänger, die sich den Namen Die Gruppe Internationale gegeben hatten, waren anwesend. Die schwachen Manifestationen des antimilitaristischen Internationalismus gaben der deutschen Opposition neuen Antrieb und stärkten sie in ihrem Kampf gegen die Parteiführung. Die Unzufriedenheit wuchs und bildete das Material für eine neue Partei.

Nur ein paar kleine Gruppen, die vor dem Kriege mit Karl Radek, dem Redakteur sozialdemokratischer Zeitungen in Bremen und Leipzig, zusammengearbeitet hatten, hauptsächlich Intellektuelle aus diesen beiden Städten, hatten eine vage Vorstellung von Lenins Gedanken. Die Wochenzeitung Arbeiterpolitik, in Bremen von dem Lehrer Johann Knief herausgegeben, und Lichtstrahlen, in Berlin von Julian Borchardt, Radeks persönlichem Freund, herausgegeben, standen Lenin am nächsten. Radek selbst,

der von der Schweiz aus Artikel für deutsche Zeitungen schrieb, begann einen wesentlichen Einfluss im Antikriegslager zu gewinnen. Lenin war aber im Allgemeinen unbekannt und sicherlich ohne wesentlichen Einfluss in Deutschland -, dies veränderte sich nicht bis nach der Machtergreifung der Bolschewisten in Russland.

Am Neujahrstage 1916 akzeptierte eine geheime Konferenz der Gruppe Internationale, die in Liebknechts Berliner Wohnung stattfand, Luxemburgs Thesen zur Krise der Sozialdemokratie als ihre politische Plattform. Die Formulierungen Luxemburgs vereinigten sich mit Liebknechts Losung: „Der Feind steht im eigenen Land“, dem Titel eines seiner Manifeste.

Am 12. Januar schloss die Reichstagsfraktion der Partei Liebknecht aus. Zwei Tage später, als Otto Rühle ihn verteidigte, wurde dieser ebenfalls ausgeschlossen.

Die Tendenz, eine neue Partei zu gründen, nahm zu. Gegen jeden Versuch, die Partei zu spalten, stand jedoch die Tradition von vierzig Jahren Einheit. Im Jahre 1875 hatte die Bebel-Gruppe, die „Eisenacher“ (benannt nach der thüringischen Stadt Eisenach, einem ihrer stärksten Parteizentren), sich auf der Gothaer Einheitskonferenz mit den Sozialisten aus dem Rheinland zusammengeschlossen, die sich unter Lassalle im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein organisiert hatten. Seitdem haben die Sozialdemokraten jede Politik, die zu einer Spaltung führen könnte, nicht nur als eine falsche Politik betrachtet, sondern als das gemeinste Verbrechen - moralisch zu verabscheuen wie eine Vergewaltigung. Keine Streitfrage war schwerwiegend genug, um die Partei zu spalten: Einheit der Arbeiterklasse war die Grundvoraussetzung des Erfolges. Diese Auffassung von Klasseneinheit war damals wie heute Dogma aller Arbeiterorganisationen in Deutschland.

Nichtsdestoweniger spaltete sich die Sozialdemokratische Partei am 24. März 1916. Der Minderheitsflügel, die USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands), die auf der Gothaer Konferenz vom 6.-7. April gegründet worden war, wurde sehr schnell eine zweite sozialdemokratische Massenpartei.

Der Widerstand gegen den Krieg hatte so zugenommen, dass Liebknecht sich am Ersten Mai zum Handeln entschloss, da er mit einer Reaktion der Massen auf seinen Protest rechnete. Er war inzwischen ins Heer eingezogen und in eine Strafkompagnie gesteckt worden. Er ging in seiner Uniform zum Potsdamer Platz in Berlin, in die Nähe großer Bahnhöfe, überfüllt von Truppen, die auf den Abtransport an die Fronten warteten. Don schrie er mehrere Male: „Nieder mit der Regierung! Nieder mit dem Krieg! Es lebe der Sozialismus!“ Er wurde verhaftet, aber sein Protest war keineswegs die vereinzelt Geste eines Verrückten. Hinter Liebknecht, der einsam auf dem Potsdamer Platz stand, standen Hunderttausende deutscher Sozialdemokraten. Die kaiserliche Regierung war sich des Ansehens, das Liebknecht durch seine direkte Aktion gewonnen hatte, durchaus bewusst. Während des Prozesses und seiner Gefangenschaft im Zuchthaus Luckau fanden in Schlesien Demonstrationen und Streiks statt, die ihr Hauptziel, Karls Befreiung, zwar nicht erreichten, aber der Regierung und der Parteibürokratie die anwachsende Kriegsmüdigkeit deutlich machten.

Am 20. September erschien der erste einer Serie von politischen Briefen mit der Unterschrift Spartakus (nach dem Führer einer Sklavenrevolte gegen Rom im Jahre 73 v. Chr.), die sehr bald eifrig in Parteikreisen gelesen wurden. Ihre politische Richtung wurde in der Hauptsache von Rosa Luxemburg bestimmt, die ihre Artikel aus ihrer Gefängniszelle schickte, aber auch andere schrieben Beiträge. Die Gruppe Internatio-



nale wurde durch diese Briefe als Spartakusbund bekannt und bildete den linken Flügel der USPD. Mehrere USPD-Führer wurden verhaftet. Alle führenden Spartakisten nahm man in Schutzhaft – nicht nur Luxemburg und Liebknecht, sondern später auch Franz Mehring, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck und Hugo Eberlein. Die Berliner Funktionäre des Metallarbeiter-Verbandes, unter ihnen Richard Müller, der Chronist der deutschen Revolution, wurden an die Front geschickt. Der Widerstand der deutschen Arbeiter gegen den Krieg hatte so zugenommen, dass er von allen am Kriege beteiligten Mächten in Rechnung gestellt werden musste. Die Entente beobachtete jedes Anzeichen aufmerksam in der Hoffnung, mit den Pazifisten der Zentrumspartei und der USPD zusammenarbeiten zu können. Ludendorff und der Generalstab waren nicht weniger aufmerksame Beobachter; die Moral des deutschen Heeres wurde durch die oppositionelle Strömung unter den Arbeitern gerade in dem Augenblick beeinträchtigt, als die amerikanische Kriegserklärung unmittelbar bevorstand. Auch der Parteivorstand war höchst betroffen von der wachsenden Rebellion gegen seine Autorität; die Macht des Parteiapparats hing nunmehr, nach zwei vollen Kriegsjahren, von dem Erfolg seines Bündnisses mit der kaiserlichen Regierung ab.

Die Friedenspropaganda fand ein offenes Ohr vor allem unter den Matrosen. Sie führten unter sich eine neue Grußform ein: „Es lebe Liebknecht“ und formierten kleine illegale Ausschüsse. Im März 1917 ballte sich die Unruhe zu einer Meuterei zusammen; die beiden Führer, Reichpietsch und Köbis, wurden als warnendes Beispiel erschossen,- die ersten politischen Todesurteile seit Kriegsausbruch -, die Unruhe in der Marine jedoch blieb und nahm noch zu. Hunderte von Matrosen wurden zu Freiheitsstrafen von einem bis zu fünfzehn Jahren verurteilt.

Nach der Protestkundgebung Liebknechts schossen überall revolutionäre Gruppen auf, illegale Aktionsausschüsse der Matrosen, illegale Aktionsausschüsse in den Berliner Fabriken. Die Gewerkschaften und die Partei hatten in den Fabriken ihre Betriebsvertrauensleute. Diese, hauptsächlich Gewerkschaftsfunktionäre, übten einen entscheidenden Einfluss innerhalb der Partei aus. Aus ihrer Mine entwickelte sich die illegale Organisation der Betriebsobleute.

Die Betriebsobleute, die an ihre Fabriken gebunden waren, unterschieden sich deutlich von den Arbeiter- und Soldatenräten, die sich 1918 formierten und Vertreter loser Einheiten aus verschiedenen Ortsgruppen waren. Es handelte sich um eine neue Form der politischen Organisation, unabhängig von den traditionellen Partei- und Gewerkschaftskörpern. Die Widerstandsbewegung im Reich hatte nicht dieselbe Organisationsform wie in Berlin, aber ihr Inhalt war in allen Industriegebieten ähnlich. Die Vertreter der Arbeiter hatten regelmäßige Zusammenkünfte, um gegen den Parteiapparat eine Bewegung zu organisieren, die den Krieg beenden sollte. Gemessen an den Vorstellungen der Zeit, nahmen diese Arbeiter ein beträchtliches Risiko auf sich. Viele dieser Männer mittleren Alters, die in der Kriegsproduktion arbeiteten, waren vom Militärdienst befreit; sofortige Verschickung an die Front war der Preis, den sie für ihre Kampfbereitschaft zahlten.

Die allgemeine Stimmung gegen den Krieg beschränkte sich nicht auf die sozialistischen Arbeiter. Im Jahre 1917 traten die katholischen Arbeiter des Ruhrgebiets, des Rheinlands und Oberschlesiens, die die breite Massenbasis des Zentrums bildeten, ebenfalls für unmittelfahren Friedensschluss ein, - ein weiteres Anzeichen für das Bestreben der deutschen Arbeiter, über den Rahmen der wilhelminischen Gesellschaft hinauszugehen.

Liebknrecht und Luxemburg im Gefängnis, Rebellion unter den Matrosen, die unzerstörbare Sozialdemokratische Partei gespalten und ihr Antikriegsflügel im Zunehmen, die Ausbreitung der Antikriegsstimmung in immer weiteren Kreisen der Bevölkerung, Streiks in allen Industriegebieten, Unruhe überall, - das war das politische Bild Deutschlands im Jahre 1917. Die Widerstandsbewegung wuchs, in Form und Inhalt unabhängig vom russischen Bolschewismus, und trug schließlich zu einem großen Teil zum Zusammenbruch des Reiches bei. Der alte Traum des sozialdemokratischen Arbeiters, Deutschland in eine Volksrepublik umzuwandeln, kam zu neuem Leben. „Sie alle werden den sozialistischen Staat noch erleben, alle hier anwesenden Delegierten“, hatte August Bebel 1891 auf dem Erfurter Parteitag ausgerufen. In der Seele des deutschen Arbeiters nahm der Internationalismus, wiedergeboren aus Mobilmachung und Krieg, den Charakter des inbrünstigen Glaubens aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung wieder an.

*aus: Ruth Fischer – Stalin und der deutsche Kommunismus*



# SCHICKSALSTAGE EINER REVOLUTION

---

6. November 1918: Die Matrosen meutern und marschieren nach Berlin

*„Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja ich hasse sie wie die Sünde.“*

*- Friedrich Ebert, 7. November 1918 -<sup>1</sup>*

Seit vier Jahren tobt schon der erste Weltkrieg. Millionen haben bereits ihr Leben für den Versuch einer radikalen Neuaufteilung der Welt lassen müssen. Verflogen ist die anfängliche Begeisterung für den Krieg. Hunger, Angst und Elend haben sich stattdessen überall breit gemacht. Es kommt wieder zu Demonstrationen, Streiks und kleinen Revolten. Die Oktoberrevolution in Russland hat die Situation weiter beschleunigt. Im Jänner 1918 überzieht eine große Streikbewegung Berlin und andere Teile Deutschlands. Über eine Million ArbeiterInnen fordern bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, Demokratisierung und Frieden und das mitten im Krieg! Zum ersten Mal in der Geschichte werden in Deutschland ArbeiterInnenräte gewählt. In Wahrheit bestimmt im deutschen Kaiserreich schon lange nicht mehr der Kaiser, sondern das Militär. Die wahren Herren sind die Generäle Hindenburg und Ludendorff von der obersten Heeresleitung. Der Jännerstreik wird schließlich in ganz Deutschland durch das Militär und die Polizei niedergeschlagen. Revolutionäre ArbeiterInnen und die AnführerInnen verhaftet und wie im Fall von Richard Müller, dem Vorsitzenden der Berliner Streikleitung an die Front geschickt. Dabei ist der Krieg für Deutschland und Österreich-Ungarn verloren. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die Fronten zusammenbrechen. In dieser Situation wird von der deutschen Admiralität die Entscheidung gefasst, lieber „ruhmreich“ unterzugehen, als „ruhmlos“ die Kapitulation der Obersten Heeresführung abzuwarten. Deswegen soll die deutsche Kriegsmarine noch einmal zu einer letzten Schlacht ausfahren. Später wird argumentiert, dass damit die Westfront entlastet werden hätte sollen. Eine Lüge!

Schon 1917 hatte es erste offene Meutereien innerhalb der Flotte gegeben. Seitdem hat sich die Unzufriedenheit innerhalb der Mannschaften nicht gebessert, sondern noch weiter zugespitzt. Viele wissen von der schlechten Situation zu Hause. Nach dem harten Winter 1917/18 verhungern in Deutschland wieder Menschen. Jetzt soll die Flotte vor Wilhelmshaven zusammengezogen werden. Von allen deutschen Häfen kommt das letzte Aufgebot der deutschen Hochseeflotte zusammen. Am 30. Oktober verweigert die Besatzung des Linienschiffes „Thüringen“ den Gehorsam. Mehrere andere Besatzungen schließen sich der „Thüringen“ an und weigern sich auszulaufen. Darauf folgen atemberaubende Minuten. Die aufständischen und die nicht aufständischen Schiffe richten aus nächster Nähe die Bordgeschütz auf einander. Doch die Meuterer beschließen, nicht auf ihre Kameraden zu schießen und geben auf. Sie setzen sich jedoch insofern durch, als dass sich die Admiralität außerstande sieht diese Seeschlacht mit unzuverlässigen Mannschaften zu riskieren. Die Geschwader werden zu ihren ursprünglichen Flottenstützpunkten zurückgeschickt. Das dritte Geschwader mit der „Thüringen“ kommt nach Kiel. Die über 1.000 verhafteten Matrosen kommen in Militärfängnisse. Auf sie warten Kriegsgerichte und Erschießungskommandos.

Die anderen Matrosen, die nicht den Gehorsam verweigert hatten, wollen ihre Kameraden nicht sterben lassen und schicken eine Delegation zum Ortskommandanten, der die Forderung natürlich ablehnt. Am nächsten Tag treffen sie sich im Kieler Gewerkschaftshaus mit Marinesoldaten und DockarbeiterInnen und debattieren über weitere Schritte. Als sie am darauf folgenden Tag die Diskussion fortsetzen wollen, finden sie das Gewerkschaftshaus verschlossen und mit bewaffneten Wachen besetzt vor. Sie versammeln sich im Freien, tausende ArbeiterInnen stoßen zu ihnen. Ein teilweise bewaffneter Demonstrationszug setzt sich in Richtung Militärgefängnis in Bewegung. Auf dem Weg werden sie von einer Patrouille gestellt, die das Feuer eröffnet – neun Tote und 29 Verletzte. Der Kommandant der Patrouille wird erschossen, das Militärgefängnis gestürmt und die gefangenen Matrosen befreit. In kürzester Zeit übernehmen die revolutionären ArbeiterInnen, Marinesoldaten und Matrosen die Macht in Kiel.

Der Funke springt über. Ab dem 6. November bilden sich auch in Lübeck, Hamburg, Cuxhaven und anderen Städten in der Nähe von Kiel ArbeiterInnen- und Soldatenräte. Jetzt wird den Matrosenräten klar, welche historische Chance vor ihnen liegt. Sie wissen, dass sie die Revolution nicht auf Kiel beschränken dürfen, dort würden sie sofort eingekreist, niedergeschlagen und bestraft werden. Darum beschließen sie, über Umwege, auf Berlin zu marschieren um die Abdankung des Kaisers und die Ausrufung der Republik zu fordern. Sie schwärmen aus, um die Revolution „ins Land zu tragen“ - mit unerwartetem Erfolg. Wo auch immer die revolutionären Matrosen und Marinesoldaten hinkommen, gibt es Generalstreik, Demonstrationen, Besetzungen von öffentlichen Gebäuden und die Wahl von ArbeiterInnen- und Soldatenräten. Überall wird die althergebrachte Ordnung beseitigt. Die Macht halten von da an die ArbeiterInnen- und Soldatenräte.

Die Parteien und politischen Organisationen sind von Anfang an von den Aufständen in Kiel und dem raschen Ausbreiten der Revolution überrascht bzw. überfordert. Die SPD reagiert als Erste und entsendet den Reichstagsabgeordneten Gustav Noske, den späteren „Bluthund“ der Freikorps, nach Kiel um den Aufstand einzudämmen. Noske kommt in Kiel an, als die Revolution dort bereits gesiegt hat. Es liegt an ihm sie zu unterdrücken. Doch wie kann das Rad der Zeit zurückgedreht werden? Wie kann eine bereits siegende Revolution doch noch zum Scheitern gebracht werden? Ein erster Schritt in diese Richtung gelingt Noske, als er durch haltlose Versprechungen von den Matrosen, ArbeiterInnen und Marinesoldaten fast einstimmig zum „Gouverneur“ von Kiel gewählt wird. Das Amt selbst hat eigentlich nichts zu bedeuten. Die Wahl Noskes drückt das noch immer vorhandene Vertrauen von Teilen der ArbeiterInnenklasse in die Sozialdemokratie aus. Trotz des kleinen Erfolgs von Noske als Bremsklotz an der Spitze zu sitzen, reagieren die Konservativen panisch. Sie sind durchwegs entsetzt von den Entwicklungen in der Hochseeflotte. War doch die Hochseeflotte einst des Kaisers größter Stolz. Die bürgerliche Presse wettet gegen „die Kommunisten“ in Kiel und bezichtigt sie, Deutschland an Sowjetrußland ausliefern zu wollen.

USPD und Spartakusbund sind von den Entwicklungen überrascht und stehen ihnen anfangs hilflos gegenüber. Es fehlt ihnen an einflussreichen Mitgliedern sowohl in den Hafenstädten als auch innerhalb der Marine selbst. Zwar übernehmen teilweise SpartakistInnen und Unabhängige kleinere Führungsrollen und/oder werden als RätInnen gewählt, aber nüchtern betrachtet haben in den Tagen bis zum 9. November die revolutionären Parteien keinen großen Einfluss auf die Geschehnisse.

## 9. November: Revolution!

*„(...) Wir wollen die Sitzung vertagen. Morgen ist Generalstreik, blutige Unruhen sind zu erwarten. Alles kommt darauf an, ob das Militär hält oder nicht. Wenn nicht, gibt es morgen keine preußische Regierung mehr.“*

*- Wilhelm Arnold Drews, 8. November 1918 -<sup>2</sup>*

So fasst der preußische Innenminister Drews die Lage in einer Sitzung des Ministerrats zusammen. Wir schreiben Freitag den 8. November 1918. Revolutionäre Einheiten der Kieler, Hamburger und Wilhelmshavener Matrosen stehen vor Berlin, um mit dem Kaiserreich und dem verhassten Krieg endlich Schluss zu machen. In diesem Sinn trifft die Stadtkommandantur alle Vorbereitungen für die Niederschlagung der Revolution. Dazu werden eigens Truppen von der Ostfront nach Berlin verlegt. Aber auch die Soldaten sind – so wie die Matrosen – nicht mehr voll von ihrem Befehl überzeugt. Die Ereignisse haben sich in den letzten Wochen und Tagen beschleunigt. Bevor sie auf ihre Landsleute losgehen, verlangen die Soldaten nach Informationen. Die Offiziere versprechen ihnen Aufklärung über die Situation für den kommenden Tag.

Doch am nächsten Tag passiert wieder nichts und so beschließen sie sich selbst zu informieren. Sie schicken eine Delegation zur Redaktion des sozialdemokratischen „Vorwärts“. Zu dieser Zeit tagen dort die Betriebsvertrauensleute der SPD und debattieren über weitere Schritte. Die SPD-Führung ist selbst nicht mehr HerrIn der Situation und weiß nicht über ihren tatsächlichen Einfluss in den Betrieben Bescheid. Dort haben oftmals „radikalere“ Leute – SpartakistInnen und USPD'lerInnen – oft schon die Initiative ergriffen und fordern den bedingungslosen Rücktritt des Kaisers. Die SPD hofft zu diesem Zeitpunkt noch immer auf eine Stärkung des Parlaments an der Seite eines neuen Kaisers. Die Republik ist nicht in ihr Ziel, aber dafür im Sinn der Mehrheit der ArbeiterInnen. Die Soldaten verlangen Aufklärung über die Situation. Das übernimmt der SPD Abgeordnete Otto Wels und begleitet die Soldaten in ihre Kaserne. Wels greift den „Friedenshunger“ der Soldaten auf und überzeugt die Soldaten, alles zu tun, um einen BürgerInnenkrieg zu vermeiden. Damit geht die bewaffnete Macht in die Hände der SPD über.

In etwa zur gleichen Zeit tagt im belgischen Spa der große Generalstab des deutschen Heeres über die politische und militärische Lage in Deutschland. Mit dabei Generalfeldmarschall Hindenburg und Kaiser Wilhelm II. Die Generäle legen dem Kaiser nahe zurückzutreten, da sie davon überzeugt sind, dass das Feldheer ebenso wie die Berliner Garnisonen nicht mehr „kaisertreu“ sind. Doch der König von Preußen und Kaiser des Deutschen Reiches zögert. Er überlegt, ob er nicht nur als deutscher Kaiser zurücktreten, aber König von Preußen bleiben soll. Die Verhandlungen mit Wilhelm II., der sich an die Krone klammert, dauern noch lange.

In Berlin laufen derweil Vorbereitungen für den Sturz der alten Ordnung. Der Spartakusbund von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gibt am 8. November ein Flugblatt mit dem Aufruf zu Streik und Revolution heraus: *„Arbeiter und Soldaten! Nun ist eure Stunde gekommen. (...) In dieser Stunde blickt die Welt auf euch und haltet ihr das Schicksal der Welt in euren Händen. Arbeiter und Soldaten! Jetzt (...) darf es kein zurück mehr geben. Die gleichen ‚Sozialisten‘ die vier Jahre lang der Regierung Zuhälterdienste geleistet haben, die in den vergangenen Wochen (...) euch getröstet haben (...)*

*sie setzen jetzt alles daran um euren Kampf zu schwächen, um die Bewegung abzuwiegeln. (...) Soldaten! Handelt wie eure Kameraden von der Flotte, vereinigt euch mit euren Brüdern im Arbeitskittel. Lasst euch nicht gegen eure Brüder gebrauchen, folgt nicht den Befehlen der Offiziere, schießt nicht auf die Freiheitskämpfer. Arbeiter und Soldaten! Die nächsten Ziele eures Kampfes müssen sein: Befreiung aller zivilen und militärischen Gefangenen, Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten, sofortige Aufnahme der Beziehungen zu den übrigen deutschen Arbeiter- und Soldatenräten, Übernahme der Regierung durch die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte und sofortige Verbindung mit dem internationalen Proletariat, insbesondere mit der russischen Arbeiterrepublik. Arbeiter und Soldaten! Nun beweist, dass ihr stark seid, nun beweist, dass ihr klug seid die Macht zu gebrauchen. Hoch die sozialistische Republik! Es lebe die Internationale! Die Gruppe Internationale (Spartakusgruppe)<sup>63</sup>*

In vielen Betrieben versammeln sich die ArbeiterInnen in der Früh vor den Betriebstoren bei Schichtwechsel. AEG, Munitionswerke Lowe und die Torpedofabrik Schwarzkopff sind die ersten Betriebe, wo der Generalstreik ausgerufen wird. Spartakus und Revolutionäre Obleute hatten in manchen Teilen Berlins illegale Waffenarsenale angelegt. Das lohnt sich nun und viele ArbeiterInnen können sich bewaffnen. Sternförmig strömen die Demonstrationzüge in die Stadtmitte. Bis Mittag schließen sich fast alle Belegschaften der großen Berliner Fabriken dem Demonstrationzug an. Die Innenstadt ist ein Meer aus Menschen, roten Fahnen und Transparenten auf denen „Brüder nicht schießen“ oder „Alle macht den Räten!“ zu lesen ist. Gegen 12 Uhr erreicht der Hauptzug die Kaserne in der Chausseestraße, in der die Gardefüsiliere, eine als besonders kaisertreu bekannte Eliteeinheit, stationiert ist. Die Kaserne ist von den Offizieren verbarrikadiert, da diese, zu Recht, ein Überlaufen ihrer Truppen befürchten. Aus den Fenstern fordern die eingeschperrten Soldaten die DemonstrantInnen dazu auf die Kaserne zu stürmen, um sie zu befreien. Ein Trupp DemonstrantInnen bricht das Tor auf, woraufhin ein Offizier das Feuer auf die DemonstrantInnen eröffnet. Die drei Toten werden nach einigen Quellen die einzigen des 9. November bleiben.

Gegen 13 Uhr werden die Gefängnisse in den Berliner Stadtteilen Moabit und Tegel gestürmt und ca. 200 politische Häftlinge freigelassen. Des Weiteren werden das Berliner Polizeipräsidium, das Telegrafenam, große Zeitungsverlage und mehrere öffentliche Gebäude besetzt. Der Verlag des „Berliner Lokal Anzeiger“ wird besetzt, und zum Verlag des neuen Spartakus – Zentralorgan „Die Rote Fahne“ gemacht. Ebenso ergeht es anderen Redaktionen konservativer Zeitungen, wie der „Berliner Allgemeine Zeitung“ und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, in denen von da an die USPD-Zeitung „Die Internationale“ gedruckt wird. Am frühen Nachmittag treffen in der Reichskanzlei immer wieder Meldungen von riesigen Demonstrationzügen von ArbeiterInnen, Soldaten und Matrosen ein, die sich aus den Fabrikvierteln in Richtung Innenstadt bewegen. Der Reichskanzler der kaiserlichen Regierung Prinz Max von Baden versucht den Kaiser in Spa zu erreichen, um ihn zum Rücktritt zu bewegen. Aber aus Spa heißt es, ein solcher Schritt müsse „wohl überlegt sein“ und dürfe nicht „überhastet getan werden“. Schließlich reißt von Baden der Geduldsfaden, um ein weiteres Ausbreiten der Revolution zu verhindern. Er gibt über die amtliche Nachrichtenagentur die, in Wahrheit noch nicht erfolgte, Abdankung des Kaisers bekannt, in der es heißt: „Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amt, bis die mit der Abdankung des Kaisers

(...) verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzesentwurfs wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen ...“<sup>4</sup>

Inzwischen kommt eine SPD-Delegation, angeführt von Ebert, in die Reichskanzlei, um vom noch Reichskanzler von Baden die Übergabe der Regierungsgeschäfte an ihn und seine Partei zu fordern. Die SPD-Losung zu diesem Zeitpunkt lautet: „damit Ruhe und Ordnung gewahrt werden“. Prinz Max von Baden hat nichts dagegen. Er ist erleichtert darüber, dass er in dem „Sozialisten“ Ebert einen Verbündeten und keinen Feind hat. So überträgt er ihm die Geschäfte des Reichskanzlers der kaiserlichen Regierung – eigentlich eine verfassungsrechtliche Unmöglichkeit. Kein Reichskanzler hat das Recht seinen eigenen Nachfolger zu ernennen. Aber wie auch immer, die Regierung, die Ebert übernimmt ist immer noch die Alte – die gleichen Staatssekretäre, die gleichen Minister, nur der Reichskanzler heißt jetzt Ebert anstatt von Baden. Seine erste Amtshandlung ist ein Aufruf an die Berliner ArbeiterInnen und Soldaten: „Mitbürger! Der bisherige Reichskanzler hat mir unter der Zustimmung sämtlicher Staatssekretäre [Anm.: in Wahrheit werden die Staatssekretäre nicht einmal gefragt!] die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen (...) Mitbürger! Ich bitte euch dringend: Verlasst die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!“<sup>5</sup> Mit diesem Aufruf zu „Ruhe und Ordnung“ – seine zwei Lieblingswörter – erreicht Ebert aber überhaupt nichts und vor allem niemanden.

9. November: Republik ja, aber welche?

„Auch mit Herrn Ebert würde ich gerne zusammenarbeiten (...) Ich habe gar nichts gegen die Sozialdemokratie, nur der Name, wissen sie, der Name müsste geändert werden.“  
- Kaiser Wilhelm II. in einer seiner letzten Kabinettsitzungen -<sup>6</sup>

Gegen 15 Uhr am 9. November hatte das Gros der revolutionären ArbeiterInnen, Soldaten und Matrosen die Reichskanzlei erreicht. Während die Sozialdemokraten Ebert und Scheidemann in der Reichskanzlei zu Mittag essen, stehen draußen tausende RevolutionärInnen und fordern „Nieder mit dem Kaiser, nieder mit dem Krieg!“ und „Hoch die Republik“, bzw. „Hoch die sozialistische Republik!“. Ebert und Scheidemann werden von mehreren SPD-Abgeordneten bedrängt zur Menge zu sprechen. Ebert weigert sich, aber Scheidemann eilt auf den Balkon der Reichskanzlei und ruft die Republik aus: „Arbeiter und Soldaten! Furchtbar waren die vier Kriegsjahre. Grauenhaft waren die Opfer, die unser Volk an Gut und Blut hat bringen müssen. Der unglückselige Krieg ist zu Ende (...) die Niederlage, die wir unter allen Umständen verhüten wollten, ist uns nicht erspart geblieben (...) Der Prinz Max von Baden hat sein Reichskanzleramt dem Abgeordneten Ebert übergeben. Unser Freund wird eine Arbeiterregierung bilden, der alle sozialistischen Parteien angehören werden. Die neue Regierung darf nicht gestört werden in ihrer Arbeit für den Frieden, in der Sorge um Brot und Arbeit. (...) Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue! Es lebe die Deutsche Republik!“<sup>7</sup> Die Reaktionen sind unterschiedlich. Viele jubeln, aber Andere haben genauer hingehört und vor allem einen Satz gehört, nämlich:

„die neue Regierung darf nicht gestört werden in ihrer Arbeit für den Frieden“. Schon jetzt fühlen sich viele verraten und verkauft. Was soll das bedeuten? Die ArbeiterInnen haben die beiden – Ebert und Scheidemann – an die Macht gebracht – und jetzt heißt es „Bitte nicht stören“?!

Zur gleichen Zeit wird nicht weit entfernt von der Reichskanzlei noch eine Republik ausgerufen. Die ganze Berliner Innenstadt ist eine demonstrierende Menschenmenge. Die DemonstrantInnen ziehen von einem neuralgischen Punkt zum nächsten. Viele stehen zuerst bei Scheidemann und kommen dann zu Liebknecht. Im Unterschied zu Ebert und Scheidemann, ruft Karl Liebknecht die sozialistische Republik Deutschlands aus. Ein Mitglied des Spartakusbundes berichtet: *„Unser Demonstrationszug mit dem Genossen Karl Liebknecht an der Spitze bewegte sich unter den Linden entlang auf das kaiserliche Schloss zu (...Dort) sprach Karl Liebknecht mit zündenden Worten zu den Demonstranten. Er rief die sozialistische Republik aus, nachdem auf dem Schloss die rote Fahne gehisst worden war.“*<sup>8</sup> Das ist jener Karl Liebknecht, der 1914 als erster im Reichstag gegen den Krieg gestimmt hatte. Dafür wird er vom Kaiser, der Reichsregierung und der SPD-Führung mit Repression gegen sich und seine Familie „belohnt“. 1915 wird er als einziger Abgeordneter des Reichstags zum Kriegsdienst eingezogen. 1916 wird er aus der SPD ausgeschlossen, vor Gericht geschleppt und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Oktober 1918 kommt er schließlich frei. Rosa Luxemburg sitzt seit 1915 mit kurzen Unterbrechungen ebenfalls wegen ihrer unbrechbaren sozialistischen Gesinnung ein. Sie wird erst am 8. November durch die Revolution und trifft erst am 10. November in Berlin ein. So bleibt es Karl Liebknecht überlassen die sozialistische Republik auszurufen: *„Der Tag der Revolution ist gekommen. Wir haben den Frieden erzwungen. Der Friede ist in diesem Augenblick geschlossen. Das Alte ist nicht mehr. Die Herrschaft der Hohenzollern [Anm.: Preußisches Herrschergeschlecht – Wilhelm II], die in diesem Schloss Jahrhunderte lang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland (...) Parteigenossen, ich proklamiere die freie sozialistische Republik Deutschland, die alle Stämme umfassen soll, in der es keine Knechte mehr geben wird, in der jeder ehrliche Arbeiter den ehrlichen Lohn seiner Arbeit finden wird. Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen (...) Wir reichen ihnen [Anm.: den Proletariern aller Länder] die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf.“*<sup>9</sup>

10. November: ArbeiterInnen- und Soldatenräte

*„Sonnabend, der 9. November, war der Höhepunkt der improvisierten, führerlosen Revolution gewesen, die am Montag zuvor in Kiel ausgebrochen war. Sonntag, der 10. November, leitete bereits ihr Scheitern ein. Paradoxerweise aber sah das, was ihre Niederlage besiegeln sollte, von außen wie ihr größter und endgültiger Triumph aus.“*

- Sebastian Haffner -<sup>10</sup>

Zwar ist der größte Teil der Berliner ArbeiterInnen und Soldaten von ihrem raschen und unblutigen Sieg überrascht. Eine Gruppe von Männern und Frauen, die „Revolutionären Obleute“, ahnen den bevorstehenden Verrat der SPD an der Revolution und beschließen selbst zu handeln. Sie selbst bilden eine Gruppe von etwa hundert Männern



mit einem Kern von etwa einem Dutzend. Innerhalb der organisierten ArbeiterInnenbewegung stellen sie eine Art revolutionäre Führungsschicht dar. Wie die Bolschewiki in Russland erkennen sie, dass die Wahl von ArbeiterInnen- und Soldatenräten notwendig ist, um der Revolution endgültig zum Sieg zu verhelfen und der SPD das Wasser abzugraben. Ihr großer Schwachpunkt ist, dass sie keine Partei sind. Sie bleiben in den Strukturen der Gewerkschaften stecken und überlassen damit letztlich einen Teil der politischen Bühne der SPD.

„Sie waren keine großen Theoretiker und Programmatiker, aber praktisch denkende Männer. Sie sahen klar, worauf es jetzt ankam: den Massen eine handlungsfähige Spitze zu geben, (...) eine Revolutionsregierung, die Ebert und die Parteien beiseite drängte. Sie trommelten ein paar hundert ihrer Gefolgsleute zusammen. Am Abend, während die Dunkelheit hereinbrach und die Massen in den Straßen sich langsam aufzulösen begannen, besetzten sie den Reichstag.“<sup>41</sup> Dort besetzen sie das Zimmer 17, den Plenarsaal und berufen eine Art provisorisches Revolutionsparlament ein. Die AnführerInnen der revolutionären Obleute besetzen die Regierungsbank. In diesem Revolutions“parlament“ wird für den nächsten Tag, Sonntag, der 10. November, die Wahl von ArbeiterInnen- und Soldatenräten beschlossen. Je einE VertreterIn für ein Bataillon bzw. für tausend ArbeiterInnen. Diese gewählten Räte sollen sich am Nachmittag um 17 Uhr im Circus Busch einfinden, um einen „Rat der Volksbeauftragten“, die eigentliche Revolutionsregierung, zu wählen. Am nächsten Tag finden sich früh am Morgen in allen Fabriken und Kasernen die ArbeiterInnen, Matrosen und Soldaten ein. Sie wählen ihre RätInnen, und erstmals in der deutschen Geschichte sind auch Frauen sowohl aktiv als auch passiv wahlberechtigt.

10. November: im Circus Busch

„An alle Heeresgruppen und Armeeoberkommandos. Damit trotz der dem Vaterlande durch den Bolschewismus drohenden Gefahr des Bürgerkrieges das Heer in Festigkeit und Ordnung in die Heimat zurückgeführt werden kann, sind alle Offiziere und Mannschaften moralisch verpflichtet (...) ihre Pflicht zu tun zur Rettung der deutschen Lande aus größter Gefahr (...) Es kann bekannt gegeben werden, dass die Oberste Heeresleitung mit dem Reichskanzler Ebert, dem bisherigen Führer der gemäßigten sozialdemokratischen Partei, zusammengehen will, um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern.“

- Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, 10. November 1918 -<sup>12</sup>

Ebert muss sich also eine Strategie überlegen, mit der er es noch schaffen kann die Revolution zu kontrollieren, und sie abzuwürgen. Aber wie? Zusammenschießen würde er die Räteversammlung zwar gerne lassen, aber er kann doch nicht als erster „sozialdemokratischer“ Reichskanzler am ersten Tag seiner Amtsperiode auf sozialdemokratische ArbeiterInnen schießen lassen. Außerdem ist es nicht klar, ob die Berliner Truppen wirklich noch den Befehlen gehorchen und dann nicht die Gewehr gegen ihn und seine Regierung wenden. Darum sucht Ebert nach einer anderen Strategie. Und er findet sie. Er wird die Revolution einfach niederstimmen anstatt sie niederzuschießen. Dazu braucht er die Kontrolle über die kommende Versammlung der Räte

im Circus Busch. Er schickt Beauftragte in die Kasernen und setzt sich mit den frisch gewählten Soldatenräten in Verbindung. Die ihm Getreuen lässt er anweisen am Nachmittag etwa eine Stunde vor den ArbeiterInnenräten im Circus Busch zu sein. Und das bewaffnet. So kommt es auch – „Eberts“ Soldatenräte kommen viel früher als die ArbeiterInnen; sie sind bewaffnet und besetzen sofort die untersten Ränge, um Ebert und Scheidemann, die mit Vertretern von USPD und Spartakusbund gut sichtbar in der Manege Platz nehmen werden, vor den ArbeiterInnen abzuschirmen. Als nächstes werden alle Tore bis auf das Haupttor verriegelt, dort beziehen Soldaten Stellung, um unerwünschte oder bewaffnete ArbeiterInnenräten den Eintritt verweigern zu können. Ebert weiß, dass es nötig ist den Revolutionären „etwas hinzuwerfen“, um sie zufrieden zu stellen. Darum beschließt er den Rat der Volksbeauftragten, die provisorische Regierung, paritätisch zusammzusetzen – das heißt: drei Mitglieder der SPD, nämlich Ebert selbst, Scheidemann und Otto Landsberg, und drei Mitglieder der USPD, nämlich Hugo Haase, Emil Barth und Wilhelm Dittmann. Dieses paritätische System, das ja eigentlich sehr demokratisch aussieht, ist in Wahrheit aber das genaue Gegenteil. De Facto haben nur die drei SPD-Mitglieder wirkliche Macht innerhalb des Rates der Volksbeauftragten und die drei von der USPD sind reine Kosmetik – vor allem weil die USPD auf viele eigene (radikalere) Forderungen verzichten muss, um der Regierung beitreten zu können.

Das ist der Versammlung der ArbeiterInnen- und Soldatenräte klar. Während der Versammlung wird die Forderung nach einem Kontrollorgan über die Regierung laut. Ebert beugt sich und beschließt einen „Vollzugsrat“ zuzulassen. Dieser soll die Regierung – offiziell – kontrollieren. Das kann Ebert natürlich nicht akzeptieren und setzt durch, dass der Vollzugsrat ebenso wie die Regierung paritätisch zusammengesetzt ist. Doch was bedeutet das? Es bedeutet, dass die Regierung von einem Organ „kontrolliert“ wird, das nie eine Entscheidung gegen die SPD treffen kann, weil es zu Hälfte aus SPD-Mitgliedern besteht – eine Farce! Die revolutionären ArbeiterInnen erkennen den Betrug und setzen alles daran den Rat aus Unabhängigen und SpartakistInnen zusammzusetzen, um ihn zu einem wirklichen Kontrollorgan zu machen. An dieser Stelle kommen die Soldaten ins Spiel. Als es unter den ArbeiterInnen laut und unruhig wird, besetzen sie die Manege, schneiden Liebknecht das Wort ab und bedrohen die ArbeiterInnen mit Gewehren. Dazu brüllen sie immer wieder: „Einigkeit! Parität!“ ein Teil der ArbeiterInnen verlässt den Circus, da sie sich nicht von bewaffneten Soldaten bedrohen lassen wollen. Damit hat Ebert gewonnen – seine GegnerInnen auf der Linken hat er ausgeschaltet. Er setzt an diesem Tag alle seine Ziele durch. Wieder sind es die Totschlagargumente „Einigkeit“ und „Kein Bruderkampf“ mit denen die SPD-Mehrheit schon 1914 auf Geschlossenheit bei der Zustimmung des Krieges drängte. Karl Liebkecht hielt damals die Parole „Klarheit vor Einheit“ entgegen. Eine Parole, die 1918 nichts an Aktualität eingebüßt hat.

6. Dezember: die Lage eskaliert

*„Die Rolle der Sozialdemokraten Wels und Ebert war äußerst dunkel. Sie hatten die Gegenrevolution förmlich zu diesem Schlag autorisiert. (...) Die Volksbeauftragten wussten wo die Schuldigen saßen (...) Die Schuldigen blieben unbehelligt; die vom Vollzugsrat*



*und dem Polizeipräsidenten verhafteten mussten wieder freigelassen werden, da die eingesetzte Untersuchungskommission keine Schuld an ihnen finden konnte.“*

*- Augenzeuge Richard Müller -<sup>13</sup>*

Am Nachmittag des 6. Dezember findet in Berlin eine Demonstration des „Roten Soldatenbundes“ – die Soldatenorganisation des Spartakusbundes – statt. Dabei fordern die TeilnehmerInnen die Anerkennung ihrer gewählten VertreterInnen. Der Stadtkommandant und Sozialdemokrat Wels entsendet daraufhin Gardefüsiliere, um die Demonstration zu unterdrücken. Ecke Chaussee-Invalidenstraße eröffnen die Regierungstruppen das Feuer. 16 DemonstrantInnen werden getötet, 30 verwundet. Diese Auseinandersetzung nehmen die Militärs zum Anlass für einen Putschversuch. Einheiten unter Führung von Wels' Stellvertreter umstellen gegen 16 Uhr das preußische Abgeordnetenhaus, wo gerade der Vollzugsrat tagt.

Als die USPD-Mitglieder des Rats verhaftet werden, schreitet die Volksmarinedivision ein und befreit sie wieder. Die Volksmarinedivision wurde im Rahmen der Novemberrevolution als revolutionäre Eliteeinheit in der Stärke von etwa 3.200 Mann zum Schutz vor reaktionären Umstürzen gegründet. Sie besteht in erster Linie aus Matrosen der Hochseeflotte. Also aus jenen, die die revolutionäre Lawine losgetreten hatten. Die Militärs ziehen daraufhin zur Reichskanzlei ab und fordern den Sozialdemokraten Ebert auf, das Amt des Reichspräsidenten zu übernehmen. Ebert lehnt ab. Aber er tut das nicht aus prinzipiellen Gründen. Hätte sich Ebert offen von einem konservativ-monarchistischen Putsch zum Reichspräsidenten ernennen lassen, wäre die SPD Gefahr gelaufen (noch mehr) Einfluss auf die revolutionären Massen zu verlieren. Und schließlich war die Revolution noch nicht besiegt. Eine Unterstützung hätte den revolutionären Ideen, Organisationen etc. Luxemburgs und Liebknechts enormen Zulauf gebracht. Sie hätte den ArbeiterInnen die Augen geöffnet und ihnen die tatsächliche Rolle der Sozialdemokraten offenbart.

Die Vorfälle des 6. Dezember sind der Beginn des Aufstandes der Revolution gegen ihre vermeintlichen Führer aus den Reihen der SPD. Neu ist die Verhärtung der politischen Grenzen. Ab diesem Tag lautet die Frage nicht mehr ArbeiterIn oder Soldat, sondern Revolution oder Konterrevolution.

## 12. Dezember: Rechtliche Grundlage für die Freikorps

*„Meinetwegen! Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!“*

*- Gustav Noske -<sup>14</sup>*

Die Regierung Ebert will die militärische Macht in Berlin allein in ihren Händen halten. Am 12. Dezember 1918 erlässt der Rat der Volksbeauftragten ein „Gesetz zur Bildung freiwilliger Volkswehren“. Das scheint zwar vordergründig der revolutionären Forderung nach Arbeitermilizen und Volksbewaffnung zum Schutz der Revolution nachzukommen. In Wirklichkeit ist es aber das genaue Gegenteil. Die Forderung des Spartakusbundes lautet nämlich vor allem auf Bewaffnung UND Organisierung der ArbeiterInnen. Das Gesetz erlaubt aber nur gedienten Frontsoldaten den Beitritt in die neu gegründeten Freikorps. Das lässt sich dadurch erklären, dass die SPD-Führung die Frontsoldaten größten Teils hinter sich, die revolutionären ArbeiterInnen aber gegen sich weiß.

Der Sozialdemokrat Gustav Noske wird mit der Bildung der Freikorps beauftragt. In ihnen finden sich in erster Linie kaisertreue, rechtskonservative und rechtsextreme Frontsoldaten, die entweder nach Ende des Krieges keine Perspektive mehr sehen, oder das Vaterland gegen den Bolschewismus verteidigen wollen. Dass sich die SPD auf sie stützen muss, ist mehr als bezeichnend für ihren bodenlosen Verfall. Im Kampf gegen die Revolution bedienen sich Ebert, Scheidemann und Noske der reaktionärsten Kräfte überhaupt – der Freikorps.

Bis zum Abschluss des Versailler Vertrages kämpfen Freikorps im Baltikum auf Seiten der „Weißen Garden“ gegen die Rote Armee. Die Freikorps ertränken die Münchner Räterepublik 1919 im Blut. Und auch beim „Kapp-Putsch“ 1920 sind die Freikorps mit der „Marinebrigade Erhardt“ führend dabei. Es ist der erste Versuch, die Weimarer Republik durch eine faschistische Diktatur zu ersetzen. Aus ihrer Gesinnung machen sie kein Geheimnis. Während des Putsches tragen die Freikorpsoldaten Hakenkreuze auf den Helmen. Große Teile der Freikorps schließen sich später der SA, dem bewaffneten Arm der NSDAP, oder dem reaktionären, deutschnationalen „Stahlhelm“ an. Und auch bei der Niederschlagung des Spartakusaufstandes im Jänner 1919 tragen die Freikorps unter dem direkten Befehl des Sozialdemokraten Noske die Hauptlast des Kampfes auf Seiten der Reaktion.

16. bis 21. Dezember: Reichsrätekongress

*„[Nationalversammlung oder Räte] So lautet der zweite Punkt der Tagesordnung der Reichsversammlung der Arbeiter und Soldatenräte, und so ist in Wirklichkeit die Kardinalfrage der Revolution in diesem Augenblick gestellt. Entweder Nationalversammlung oder die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten, entweder Verzicht auf den Sozialismus oder schärfster Klassenkampf im vollen Rüstzeug des Proletariats gegen die Bourgeoisie: Das ist das Dilemma.“*

*- Rosa Luxemburg in: Nationalversammlung oder Räteregierung -<sup>15</sup>*

Im Laufe der Novemberrevolution werden in ganz Deutschland ArbeiterInnen- und Soldatenräte gewählt. Diese Räte lösen die althergebrachte kaiserlich, bürgerliche Ordnung ab. Sie versuchen in ihrem jeweiligen Betrieb, Bezirk, oder der jeweiligen militärischen Einheit die politische Macht auszuüben, um ein Zurückfallen in die alte Ordnung zu verhindern. Da Deutschland aber nun einmal ein großes Land ist, ist es von Nöten eine zentrale Koordinierung der Räte zu organisieren. Daher wird auf Initiative des am 10. November gewählten Vollzugsrates für 16. bis 21. Dezember 1918 der „1. allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands“ (=Reichsrätekongress) in Berlin einberufen.

Kommt es zur Frage der Räte und deren Bewertung sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien sehr schnell offen gelegt. Die Spartakisten angeführt von Liebknecht und Luxemburg sehen in den Räten die Keimform proletarischer Demokratie und das Werkzeug zur Organisierung der Überwindung des Kapitalismus. Für die SPD sind sie von Beginn an ein lästiges Produkt einer ungewollten Revolution, die es so schnell als möglich zu zügeln gilt. Und so besteht auch die Politik der SPD darin, abzuwiegeln und zu versuchen die ArbeiterInnen wieder nach Hause zu

schicken. Die SPD Führung verkörperte den Typus der Reichstagsabgeordneten der SPD noch aus dem 19. Jahrhundert. Da es keine Bezüge für Parlamentarier gab und teilweise auch die Herkunft den Ausschlag gab, entwickelte sich eine spezielle (soziale) Schicht von SPD Reichstagsabgeordneten. Sie hatten mit der ArbeiterInnenbewegung organisch nichts zu tun und glaubten zunehmend besser zu wissen, was die ArbeiterInnenklasse tatsächlich benötigte und was nicht. Schließlich sind sie ja auch deren Vertreter im Reichstag. In ihrer tagtäglichen Politik lassen Scheidemann und Ebert nichts unversucht, um die Rätebewegung zu verunglimpfen – wie z. B. als „bolschewistische Diktatur“ – und auszuhebeln. Ihre Stütze sind die reaktionären Militärs wie Hindenburg oder Ludendorff und schließlich der Reichstag, aber nicht die Rätebewegung. Aber auch die USPD entwickelt sich nicht in die Richtung einer revolutionären Partei. Das führt dazu, dass die USPD beim Ausbruch und während der Revolution nicht wusste, was sie tun sollte. Gerade bei den entscheidenden Fragen kippt die USPD und hat keine Linie. Wen unterstützen – Liebknecht oder Ebert, in welche Richtung soll sich die Revolution bewegen? Die Führung der USPD lässt sich schließlich von der SPD Propaganda „Es muss endlich wieder Ruhe einkehren!“ einlullen. Das entspricht zwar der Stimmung eines Teils der Bevölkerung, aber durch ihr eigenes Zögern und Zaudern lässt sich die USPD vor den Wagen der Eberts und Scheidemanns spannen.

Schon die Zusammensetzung der Delegierten für den Reichsrätekongress lässt nicht Gutes erwarten. Sie entspricht nicht den treibenden Kräften der letzten Wochen im revolutionären Prozess. Von den über 400 Delegierten sind nur 179 ArbeiterInnen oder Angestellte, 79 sind KünstlerInnen oder Intellektuelle. Mit 195 Delegierten stellen die Partei- und GewerkschaftsfunktionärInnen und –angestellten fast die Hälfte. Noch krasser zeigt sich das Missverhältnis bei der Parteizugehörigkeit der Delegierten: drei Viertel gehören der SPD an, der Rest der USPD und nur eine Handvoll Spartakisten sind dabei. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind nicht delegiert. Selbst ein Antrag sie beratend dem Reichsrätekongress zuzuziehen wird von der SPD-Mehrheit abgelehnt. Damit ist schon zu Beginn klar, wohin die Reise geht. Die SPD nutzt ihre solide Mehrheit, um ihre Forderungen durchzusetzen, und damit der Revolution endgültig den politischen Hahn abzudrehen. Vor dem Gebäude des Kongresses demonstriert Karl Liebknecht mit 250.000 Menschen für die Absetzung der Regierung Ebert, Bewaffnung des Proletariats und die Übertragung aller Aufgaben an die Räte. Gleichzeitig wird im Gebäude mit 344:98 Stimmen die Frage Räte Demokratie oder Nationalversammlung zu Ungunsten der Revolution entschieden – nämlich für eine am 19. Januar 1919 zu wählende Nationalversammlung. Darüber hinaus übertragen die Delegierten ihre Befugnisse auf den „Rat der Volksbeauftragten“. Der Rätekongress hat sich damit ganz im Sinn von Ebert selbst entmachtet.

### 23. Dezember: Beginn der „Weihnachtskrise“

*„Euch aus dem Schloss herauszukriegen ist eine Kleinigkeit. Die Truppen von der Front sind zurückgekehrt. Ich lasse einfach die Divisionen von allen Seiten anmarschieren, dann werdet ihr schon herauskommen.“*

*- Stadtkommandant Wels zur Volksmarinedivision -<sup>16</sup>*

Nach dem schnellen „Scheinsieg“ der ArbeiterInnen und Soldaten wird die Volksmarinedivision im alten, kaiserlichen Schloss und dem schräg gegenüber liegenden Marstall – den ehemaligen kaiserlichen Stallungen – einquartiert. Von Anfang an stehen sie der sozialdemokratischen Führungsübernahme der Revolution sehr kritisch gegenüber. Die Volksmarinedivision ist jene militärische Einheit in Berlin, in der die Spartakisten ihren größten Einfluss haben.

Die sozialdemokratische Regierung fürchtet den Einfluss der SpartakistInnen auf diese revolutionäre Eliteeinheit und die militärische Macht, die sich dadurch für die Revolution ergibt. Ebert beschließt sie als Unsicherheitsfaktor seiner Herrschaft zu entfernen, und startet das, was wir heutzutage als Schmutzkübelkampagne bezeichnen würden. So wird zum Beispiel behauptet, die Matrosen hätten Kunstschatze des ehemaligen kaiserlichen Haushaltes, der sich noch immer im Schloss befindet gestohlen. Die Matrosen werden als Russland treue Kommunisten „diffamiert“, als Chaoten und Anarchisten bezeichnet. Schlussendlich beschließt Ebert, dass die Truppenstärke der Volksmarinedivision von 3.200 auf 600 Mann reduziert werden soll. Die Matrosen wittern die Gefahr. Ihnen ist klar, dass im Falle ihres Abzuges Ebert allein über die militärische Macht in Berlin verfügt. Bis auf nur Wenige weigern sich die Matrosen abzurücken. Ebert fasst dies als klare Kriegserklärung auf, und der sozialdemokratische Stadtkommandant Wels verweigert den Angehörigen der Volksmarinedivision die ihnen zustehende Löhnung. Alle anderen Einheiten in Berlin werden regulär bezahlt. Schließlich zeigt sich die Leitung der Volksmarinedivision bereit abzuziehen, wenn eine andere Unterkunft zur Verfügung gestellt wird. Am 23. Dezember verhandelt der gewählte Kommandant der Volksmarinedivision Dorrenbach mit Stadtkommandant Wels über die Zahlung des Solds. Ebert lässt sich trotz Anwesenheit in der Reichskanzlei verleugnen und die Verhandlungen schleppen sich dahin. Doch während drinnen verhandelt wird, wird draußen auf die wartenden Matrosen von Regierungstruppen unter dem Befehl von Generalleutnant Arnold Lequis geschossen. Es gibt zwei Tote und drei Schwerverletzte. Gleichzeitig wird auch die besetzte Reichskanzlei militärisch abgeriegelt.

Damit sitzt die Volksmarinedivision erstmals umzingelt fest. Ebert hat in der Zwischenzeit Kontakt mit der in Kassel sitzenden Heeresleitung aufgenommen. Sämtliche Truppen in Groß-Berlin wurden der Heeresleitung unter Groener unterstellt und der Befehl zum Gegenangriff gegeben. Zwischenzeitlich haben aber die Volksmarinedivisionen wiederum Verstärkung aus den Mannschaften des Polizeipräsidiums erhalten. Ebert erklärt sich deswegen zu Verhandlungen und einer Waffenruhe bis zur morgigen Kabinettsitzung bereit.

#### 24. Dezember: Kampf um Schloss und Marstall

*„In der Nacht von 23. auf 24. Dezember waren die Potsdamer Gardetruppen in Berlin eingedrungen und hatten gemeinsam mit der Republikanischen Soldatenwehr Schloss und Marstall umzingelt. Ich (...) hörte die Einschläge und lief zum Schloss (...) Wir ahnten nicht, was dieser konterrevolutionären Aktion unmittelbar vorangegangen war, wussten aber, dass im Schloss und Marstall nur wenig mehr als 100 Mann Besatzung lagen. Noch immer nahmen wir an, es handle sich um eine Schießerei zwischen den Wels-Truppen und der Volksmarinedivision. Die Ungeheuerlichkeit, dass der ‚Sozialist‘ Ebert versuchen könnte, mit kaiserlichen Truppen die Revolution niederzuschlagen, wollte uns nicht in*

*den Kopf. Ich lief deshalb zusammen mit fünf anderen Kameraden in die Poststraße in ein Haus, wo wir ein großes weißes Bettlaken herausholten; wir befestigten es an einer Stange und gingen als Parlamentäre zur Singakademie unter den Linden, wo offensichtlich die Geschütze standen. Wir wollten die Einstellung des Feuers erwirken. Obgleich wir (...) als Parlamentäre deutlich erkennbar waren, wurden wir von den Linden her mit starkem Maschinengewehrfeuer beschossen. Drei Kameraden fielen sofort, ich rettete mich (...) Mehrmals versuchten die Weißen vergeblich, Schloss und Marstall zu stürmen.“*

*- Ein Augenzeuge der Volksmarinedivision -<sup>17</sup>*

Am Morgen des 24. Dezember 1918 gibt Ebert den Befehl zum Angriff auf Schloss und Marstall, mit dem Vorwand Wels befreien zu müssen. Der ist aber zu diesem Zeitpunkt schon mehrere Stunden frei; was Ebert auch weiß. Gegen 7 Uhr umstellen etwa 2.000 regierungstreue Soldaten Schloss und Marstall und fordern die etwa 110 Matrosen zur Kapitulation auf. Trotz ihrer drastischen Unterlegenheit in Zahl und Bewaffnung lehnen die Matrosen die Aufforderung zur Kapitulation ab. Daraufhin werden Schloss und Marstall mit schwerer Artillerie beschossen – allein in der ersten Stunde werden 60 Granateinschläge gezählt.

Das Artilleriefeuer am frühen Morgen weckt die Berliner ArbeiterInnen. Zu tausenden marschieren sie jetzt, zum Teil bewaffnet in die Innenstadt um den Matrosen beizustehen. Allen voran gehen die Frauen der Schwartzkopff-Fabrik – zum Teil mit ihren Kindern. Ein Soldat der Volksmarinedivision dazu: *„Nun überschwemmten auch revolutionäre Arbeiter den Schlossplatz und drangen in den Schlosshof ein. Viele von ihnen (...) waren bewaffnet. Dadurch gerieten die Weißgardisten zwischen die Fronten und brachen den Kampf ab. Aber auch die unbewaffneten Arbeiter hatten sich unerschrocken unter die Gardesoldaten gemischt und diskutierten mit ihnen. Arbeiterfrauen redeten auf sie ein, sagten ihnen, sie sollten sich nicht von den Generälen missbrauchen lassen. Die Soldaten wurden unsicher, und die Offiziere riefen sie zurück. Die Kämpfe in der Weihnachtswoche um Schloss und Marstall hatten wir siegreich bestanden. Die revolutionäre Arbeiterschaft hatte uns in diesen Kämpfen unterstützt. Uns kostete die Blutweihnacht 11 Tote, die Reaktion ließ 56 Mann auf der Kampfstätte.“<sup>18</sup>*

Das Problem für die regierungstreuen Truppen, der „Weißgardisten“ besteht darin, dass sie direkt von der Front kommen. Sie haben zwar jahrelange Erfahrung in Kämpfen auf offenem Feld, in Schützengräben etc, aber im Häuserkampf, den es im ersten Weltkrieg praktisch nicht gibt, sind sie völlig unerfahren. Dadurch erklären sich die unverhältnismäßig hohen Verluste der Regierungstruppen. Außerdem sehen viele auch nicht ein warum sie, als Regierungstruppe eine Einheit bekämpfen sollen, die eigentlich zum „Schutz der Republik“ gegründet worden war. Die Regierungstruppen sind gegen 12 Uhr gezwungen den durch das Eingreifen der ArbeiterInnen aussichtslos gewordenen Kampf abzubrechen. Sie bekommen freies Geleit zugesichert und ziehen sich zurück.

29. Dezember: Austritt der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten

*„Die Sache hatte nur das eine Gute, dass Ebert gezwungen war, sein Herz über die Barriere zu werfen und sich der Säuberung Berlins mit der Waffe nicht mehr zu widersetzen.“*

*- General Wilhelm Groener -<sup>19</sup>*

In militärischer Hinsicht und in Hinsicht auf das Prestige der Ebert-Regierung bedeuten die Weihnachtskämpfe eine herbe Niederlage. Aber die Führung der SPD ist weit davon entfernt die Konterrevolution bleiben zu lassen. Sie suchen nach neuen, effizienteren Methoden der Machtfestigung, als den Einsatz der unzuverlässigen Fronttruppen. Doch vorerst gilt es für Ebert mit den Matrosen zu verhandeln, ob er nun will oder nicht. Schließlich haben diese einen bedeutenden Sieg errungen. Jetzt kommt er als Verlierer um möglichst günstige Bedingungen auszuhandeln – so scheint es Anfangs zumindest. In Wahrheit nützt Ebert all sein Geschick im Verhandeln und schlägt einen, für die Matrosen äußerst faulen, Kompromiss heraus: die Volksmarinedivision darf bestehen bleiben, aber ab jetzt unter der Befehlsgewalt von Stadtkommandanten Wels. Wir erinnern uns, jener Wels der die Matrosen durch Fronttruppen beschießen ließ. Ein glatter Betrug. Die Matrosen lassen sich ihren hart erkämpften Sieg wieder abschwatzen, und müssen sich nun der sozialdemokratischen Stadtregierung gegenüber loyal zeigen. Viele Matrosen desertieren. Sie wollen keine „Ebertmarinedivision“ sein, sondern „Volksmarinedivision“ bleiben. Dadurch, dass Ebert sich nun sicher sein kann, dass von Seiten der Matrosen kein unmittelbarer, organisierter Widerstand gegen seine Herrschaft mehr kommt, hat er die alleinige militärische Gewalt über Berlin.

Durch die eindeutig konterrevolutionäre Politik der SPD-Führung am 6. und 24. Dezember sieht die USPD die Revolution endgültig verraten. Die USPD-Führung zieht daraus die Konsequenz, die nur noch scheinbare Revolutionsregierung – den Rat der Volksbeauftragten – zu verlassen. Am 29. Dezember treten daher die USPD Mitglieder Dittmann, Haase und Barth aus dem Rat aus. Anstatt den Rat zumindest noch als Bühne zur Agitation zu benutzen, gibt die USPD nach dem Fiasko im Circus Busch auch den Rat kampflos auf. Sie vervollständigt somit den Sieg über die Revolution durch Ebert und Konsorten. Die haben jetzt auch in diesem Bereich völlig freie Bahn für ihr Projekt, der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung. In den jetzt nur noch aus fünf SPD Mitglieder bestehenden Rat der Volksbeauftragten rücken Wissel (zuständig für die Bereiche Wirtschafts- und Sozialpolitik) und Noske, der Organisator der Freikorps (zuständig für Militär und Marine) nach. Damit endet die „Eini-gung“ zwischen SPD und USPD, mit der Ebert den 10. November politisch überlebt hatte, nach nicht einmal zwei Monaten.

29. Dezember bis 1. Jänner 1919: Gründung der KPD

*„Die Kommunistische Partei macht diese beschämende Politik selbstverständlich nicht mit und lehnt jede Verantwortung für sie ab. Wir betrachten nach wie vor als unsere Pflicht, die Sache der Revolution vorwärtszutreiben, uns allen Verwirrungsversuchen mit eiserner Energie entgegenzustellen und durch rücksichtslose Kritik die Massen vor den Gefahren der Zauderpolitik der revolutionären Obleute wie der Sumpfpolitik der USPD zu warnen.“*

*- Rosa Luxemburg in: Das Versagen der Führer -<sup>20</sup>*

Durch die passive Duldung der USPD Führung für die Politik Eberts, öffnet sich eine immer größere Kluft zwischen Parteibasis und Führung. Für die USPD Führung stellt sich diese Reaktion an der Basis als Spiegelbild ihrer eigenen Unzulänglichkeit dar in



der Durchsetzung revolutionärer Forderungen. Sie vertreten nicht mehr die Interessen der Parteimehrheit sondern macht der SPD im Rat der Volksbeauftragten Zugeständnisse, die letzten Endes die Konterrevolution unterstützen. Im Laufe der revolutionären Ereignisse entfremden sich aber USPD und Spartakusbund immer weiter von einander. Der Spartakusbund setzt auf einen vollständigen Bruch mit den Eberts, Scheidemanns und Noskes. Er fordert einen Parteitag der USPD für spätestens den 25. Dezember, was die USPD-Führung ablehnt. Daraufhin beschließen die Mitglieder des Spartakusbundes den Austritt aus der USPD und die Gründung einer neuen, internationalistischen, kommunistischen Partei.

Deswegen trifft sich am 29. Dezember die Führung des Spartakusbundes im Berliner Abgeordnetenhaus. Es gibt eine Übereinstimmung sich von der USPD zu trennen und die von Rosa Luxemburg in der Roten Fahne (Zeitung des Spartakusbundes) vom 29. November geforderte „sozialistische Partei, die der großen Stunde gewachsen ist“ zu gründen. Ein Streitpunkt bleibt der Name der neuen Partei. Leo Jogiches und Rosa Luxemburg schlagen „Sozialistische Arbeiterpartei“ vor, letztendlich entscheiden sich die Anwesenden aber für Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Neben dem Namen gibt es noch einen Streitpunkt: die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Jänner 1919.

Aus den Erfahrungen mit den Forderungen der SPD-Führung, lehnen in einem ersten Reflex viele Delegierte eine Kandidatur ab. Das Zentrum – oder besser die Führung – des Spartakusbundes verteidigt mit allen Mitteln eine Kandidatur. Sie sehen in der Beteiligung zur Wahl der Nationalversammlung eine Möglichkeit die Massen gegen die Regierung zu mobilisieren. Die meisten jedoch vertreten den Standpunkt, dass es jetzt nicht die Zeit für Wahlen sei, sondern dass der Kampf auch auf der Straße geführt werden müsse. Sie sehen die Gefahr, dass die Wahlbeteiligung die ArbeiterInnen zum Reformismus der Ebert und Scheidemanns führe. Schließlich setzen sie sich durch und mit 62 Gegenstimmen wird die Kandidatur abgelehnt. Der Wahlboykott zur Nationalversammlung stellt sich tatsächlich als schwerer Fehler heraus. Dadurch fällt für die neugegründete KPD eine wichtige Möglichkeit sich zu vergrößern und auch mehr Einfluss auf die ArbeiterInnen zu gewinnen weg.

Rosa Luxemburg schrieb schon für den 14. Dezember 1918 einen grundlegenden Artikel mit dem Titel „Was will der Spartakusbund?“. Dieser Artikel wird zur Grundlage des Parteiprogramms der KPD und wird am 31. Dezember einstimmig beschlossen. Der Haupttenor darin ist die Stärkung bzw. Wiedereinsetzung der ArbeiterInnen- und Soldatenräte. Ganz wesentlich ist auch der Punkt, das Monopol der bürgerlichen Gerichte in Frage zu stellen und durch gewählte Gerichte zu ersetzen. Neben der Machtfrage wird auch die soziale Frage ins Zentrum des Aktions- und Parteiprogramms der KPD gesetzt.

Eigentlich ist der Gründungsparteitag nur für zwei Tage geplant. Karl Liebknecht verhandelt aber noch mit den Revolutionären Obleuten – den mitunter besten Elementen des Berliner Proletariats. Deswegen wird der Parteitag um einen Tag verlängert. Die Hoffnung bestätigt sich aber leider nicht und die Revolutionären Obleute verbleiben weiterhin trotz aller Vorbehalte bei der USPD. Auf dem Parteitag entstehen dafür die ersten konkreten Bindungen zum revolutionären Russland durch Karl Radek. Am 18. November 1918 ist bereits ein Artikel in der Roten Fahne über das Bekanntwerden der deutschen Revolution in Russland erschienen: *„Die Nachrichten aus Deutschland, die den Sieg der Revolution und die Errichtung von Arbeiter- und Soldatenräten melden,*

werden überall mit Enthusiasmus besprochen. Demonstrationen und Versammlungen finden in ganz Russland statt. Die Siege des deutschen Proletariats werden mit derselben Freude aufgenommen, als ob es sich um Siege des russischen Proletariats handelt, was am deutlichsten den internationalen Charakter der proletarischen Bewegung ausdrückt, die sich über die ganze Welt hinzieht. Das Zentralexekutivkomitee der russischen Sowjets beschloss, einen ersten Zug mit 50.000 Pfund Mehl für das revolutionäre Proletariat Deutschlands abzusenden.“<sup>21</sup>

5. Jänner 1919:

Protestdemo gegen die Absetzung des Polizeipräsidenten Eichhorn

*„Ein Teil der Demonstration zeigte eine sehr gereizte Stimmung und verlangte durch Reden und Rufe die sofortige Aufnahme des bewaffneten Kampfes gegen die Regierung. Vor dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz standen die Massen und verlangten stürmisch nach Eichhorn.“*

*- Augenzeuge Richard Müller -<sup>22</sup>*

Nun macht sich Ebert daran auch noch die letzten Reste der Errungenschaften der Revolution vom 9. November zu beseitigen. Am 24. Dezember greift die Sicherheitswehr auf Seiten der Matrosen in die Kämpfe ein. Die Tatsache, dass die Sicherheitswehr dem USPDler Emil Eichhorn untersteht, macht ihn zur Zielscheibe der SPD Führung. Durch den Austritt der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten am 29. Dezember hat Eichhorn keine Hausmacht mehr hinter sich. Der sozialdemokratische Zeitung Vorwärts titelt am 1. Jänner 1919: *„Jeder Tag an dem Eichhorn länger in seinem Amt bleibt, bedeutet eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit.“*<sup>23</sup> Nun soll diese „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“, die nach dem Erstürmen des Polizeipräsidiams durch bewaffnete ArbeiterInnen am 9. November das Amt des Polizeipräsidenten übernahm, entfernt werden. Aber Eichhorn weigert sich die vom preußischen Innenminister verfügte Entlassung anzunehmen und wendet sich mit der Bitte um Hilfe an seine Partei. Zu diesem Zweck kommt es zu einem Bündnis zwischen der frisch gebackenen KPD, USPD und den Revolutionären Obleuten. Am Samstag den 4. Jänner gibt es ein Treffen im Berliner Polizeipräsidium. Dabei wird eine Protestdemonstration gegen die Absetzung Eichhorns für Sonntag beschlossen.

Es sollte um 14 Uhr eine imposante Massenkundgebung auf der Siegesallee werden. Aber schon am Vormittag strömen wieder aus allen ArbeiterInnenbezirken riesige Menschenmassen ins Berliner Stadtzentrum. Um 14 Uhr stehen Hunderttausende in der Berliner Innenstadt. Nicht nur wie geplant in der Siegesallee, sondern auch im Tiergarten, die Linden entlang, dem Schlossplatz bis hin zum Alexanderplatz bis zum Polizeipräsidium. Die riesige Anzahl an ArbeiterInnen und Soldaten hatte niemand erwartet. Aber die Bevölkerung Berlins erkennt, dass die Absetzung Emil Eichhorns ein Symbol ist. Ein Symbol für den langsamen aber sicheren Tod der Revolution, und dem Abbau aller Errungenschaften des 9. November durch die SPD-Führung. Darum kommen Hunderttausende. Nicht weil Eichhorn so bedeutend wäre. Er ist für die Geschichte der Revolution eigentlich vollkommen irrelevant, aber sie sind enttäuschte Revolutionäre, die sich um ihren Sieg betrogen fühlen, und nun aufbegehren.



Die Demonstration ist ein gewaltige Manifestation und Aufmarsch für die Revolution. Teile der ArbeiterInnen sind bewaffnet. Nach dem offiziellen Ende der Kundgebung sind aber die meisten der ArbeiterInnen noch nicht bereit wieder nach Hause zu gehen. Sie wollen irgendetwas tun, sie wollen die Regierung stürzen, und besetzen alle großen Zeitungsverlage – Scherl, Ullstein, Mosse, und den „Vorwärts“ – legen die Maschinen still und schicken die Redaktionen nach Hause. Später werden auch noch die wichtigsten Bahnhöfe besetzt, um zu verhindern, dass die Regierung Truppen per Bahn in die Stadt bringt. Während der ganzen Nacht ziehen bewaffnete Gruppen von ArbeiterInnen und Soldaten durch die Stadt um strategisch wichtige Punkte zu besetzen. Wie am 9. November ist die Initiative von einigen auf die Mehrheit übergegangen. Der 5. Jänner 1919 ist ein gutes Beispiel dafür, was auch einige wenige bewirken können.

## 5. Jänner 1919: Der Revolutionsausschuss

*„Arbeiter! Soldaten! Genossen! Mit überwältigender Wucht habt ihr am Sonntag euren Willen kundgetan, dass der letzte bössartige Anschlag der blutbefleckten Ebert-Regierung zusehends gemacht werde. Um Größeres handelt es sich nunmehr. Es muss allen gegenrevolutionären Machenschaften ein Riegel vorgeschoben werden! Deshalb heraus aus den Betrieben! Erscheint in Massen heute elf Uhr vormittags in der Siegesallee! Es gilt die Revolution zu befestigen und durchzuführen. Auf zum Kampfe für den Sozialismus! Auf zum Kampfe für die Macht des revolutionären Proletariats! Nieder mit der Regierung Ebert- Scheidemann!“*

*- Aufruf des Revolutionsausschusses für den 6. Jänner 1919-<sup>24</sup>*

Noch am Abend des 5. Jänner kommt es zu einem folgeschweren Treffen im Berliner Polizeipräsidium. Anwesend sind 80 VertreterInnen der Revolutionären Obleute, 10 Vorstandsmitglieder der Berliner USPD, zwei Soldaten- und ein Matrosenvertreter, für die KPD Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck und schließlich Eichhorn selbst. Diese Männer kommen zusammen um der revolutionären Entwicklung eine Führung zu geben. Doch von Beginn an zeigen sich Differenzen in der Einschätzung der Situation. Die Einen sagen „Zuschlagen, wird sind stark genug!“, die Anderen „Abwarten, wir sind zu schwach!“ Schlussendlich wird darüber abgestimmt ob der bewaffnete Kampf gegen die Regierung aufzunehmen sei oder nicht. Mit 80 gegen 6 Stimmen wurde beschlossen „den Kampf gegen die Regierung aufzunehmen und bis zu ihrem Sturz durchzuführen“. Die Männer bilden einen „provisorischen Revolutionsausschuss“ mit Ledebour, Liebknecht und Paul Scholze von den Revolutionären Obleuten an der Spitze. Der Rat der Volksbeauftragten wird für abgesetzt erklärt und die Regierungsgeschäfte übernommen. In Wahrheit ist aber eine Regierung nicht abgesetzt, nur weil sie dafür erklärt wird, und die Regierungsgeschäfte wird dieser überdimensionierte Revolutionsausschuss in seinem ganzen zehn tägigem Bestehen nicht übernehmen. Der Revolutionsausschuss ist durch seine Größe und durch die Geschwindigkeit der Ereignisse, mit denen er nicht mithalten kann, handlungsunfähig und leistet keinen wirklich wichtigen Beitrag zum Ausgang des Aufstandes. Seine einzige Leistung ist die Mobilisierung zu einer weiteren Großdemonstration für den 6. Jänner.

Dieser Aufruf wird befolgt. Es kommen wieder mehr als 500.000 BerlinerInnen zusammen. Am Sonntag war alles spontan gewesen. Jetzt glauben die ArbeiterInnen und Soldaten eine Führung zu haben und warten auf den Befehl zum Angriff auf die Regierungsgebäude, zum Sturz der Regierung – doch es kommen keine. Außerdem stehen vor der Reichskanzlei einige tausend bewaffnete AnhängerInnen der SPD-Regierung, die diese noch schnell zu einer Kundgebung für die Regierung mobilisiert.

## 8. Jänner 1919: Die Konterrevolution geht in die Offensive

*„Wir haben uns verbündet zum Kampf gegen den Bolschewismus (...) Ich habe dem Feldmarschall (...) vorgeschlagen, die Oberste Heeresleitung möge sich mit der Mehrheitssozialdemokratie verbinden, da es zur Zeit keine Partei gebe, die Einfluss genug habe im Volke, besonders bei den Massen, um eine Regierungsgewalt mit der Obersten Heeresleitung herzustellen (...) Zunächst handelte es sich darum in Berlin den Arbeiter- und Soldatenräten die Gewalt zu entreißen. Zu diesem Zwecke wurde ein Unternehmen geplant. Zehn Divisionen sollten in Berlin einmarschieren. Ebert war damit einverstanden (...) Dieses Bündnis war geschlossen worden gegen die Gefahr der Bolschewiken und gegen das Rätesystem.“*

- General Wilhelm Groener -<sup>25</sup>

Ebert entschließt sich der Revolution ein für alle mal den Garaus zu machen. Er befiehlt die Niederschlagung des Aufstandes durch Reichswehr und Freikorps. Dafür braucht er aber Zeit. Die Truppen sind noch außerhalb Berlins und brauchen noch etwas um mit der schweren Artillerie in die Stadt zu kommen. Vor allem deswegen, weil die Bahnhöfe von Revolutionären besetzt sind. Der Oberbefehlshaber der Truppen in Berlin fasst die Position der SPD am 6. Jänner 1919 so zusammen: *„Fast alle Zeitungen waren von den Spartakusleuten und Unabhängigen besetzt (...) Dagegen war im Augenblick nichts zu unternehmen. Die Eichhornsche Sicherheitswehr war selbstverständlich nicht zu haben. Die Kommandantur erklärte, dass auch sie nicht in der Lage sei, mit der republikanischen Soldatenwehr zu helfen. Diese Leute machten nicht mit. Von den Soldaten in den Kasernen redete man gar nicht. Meiner Meinung, dass nun versucht werden müsse mit Waffengewalt Ordnung zu schaffen, wurde nicht widersprochen.“*<sup>26</sup>

Dabei kommt es Ebert sehr gelegen, dass der Revolutionsausschuss mit ihm verhandeln will, und er lässt sich auf Verhandlungen ein. Tut das aber nur, um Zeit zu gewinnen bis die Truppen in Berlin sind. Wie zu erwarten, werden die Verhandlungen von Ebert am 8. Jänner ergebnislos abgebrochen. Noch bevor dem Revolutionsausschuss die Konsequenzen auch nur annähernd bewusst werden, nutzt die SPD den Abbruch, um in die militärische Offensive zu gehen. Unter der Leitung Noskes stürmen Regierungstruppen und Freikorps wesentliche Stützpunkte der ArbeiterInnenmacht: Anhalter Bahnhof, Brandenburger Tor, Eisenbahndirektion und Reichsdruckerei sind ihre ersten Ziele. Bei den Verlagen Mosse und Scherl scheitern sie vorerst noch am Widerstand der Besatzer die Verstärkung aus dem revolutionären Vorwärts erhalten, der nun als nächstes angegriffen wird.

Der Kampf ist lang und blutig. Den RevolutionärInnen geht schnell die Munition aus und sie müssen durch den Kugelhagel flüchten und wieder zurückkehren um neue

zu beschaffen. Die Artillerie schießt die Papierlager der Verlage und Druckereien in Brand. Viele Aufständische verbrennen, oder sterben durch die Einschläge der Granaten. Am 11. Jänner werden schließlich alle Gebäude der Aufständischen mit der einzigen Ausnahme des Polizeipräsidiums gestürmt.

Der bekannte linke deutsche Journalist Bernt Engelmann schreibt über Gustav Noske und die entscheidenden Tage im Jänner 1919 in Berlin: *„Vom 9. Januar 1919 an ließ er die Aufständischen zusammenschießen und die von ihnen besetzt gehaltenen Gebäude, eines nach dem anderen zurückerobern, am Sonnabend, dem 11. Januar, auch das Haus des sozialdemokratischen Zentralorgans ‚Vorwärts‘ in der Lindenstraße, wo es zu besonders schweren Kämpfen kam. Die ‚Vorwärts‘ Besatzung verteidigte sich tapfer gegen die mit modernsten Flachbahngeschützen angreifenden Gardebataillone des Majors von Stephani. Erst nach einem zweiten, noch schwererem Bombardement schickten sie eine sechsköpfige Abordnung mit weißer Fahne zum Kommandeur der gegnerischen Truppen, um einen freien Abzug zu verhandeln. Was dann geschah, war der Beginn dessen, was die bürgerliche Geschichtsschreibung schamhaft zu verschweigen pflegt: des weißen Terrors. Die Konterrevolution zeigte ihr wahres Gesicht, und das war beileibe nicht so gutmütig, wie das der Revolutionäre, die niemandem ein Haar gekrümmt hatten: Die sechs Parlamentäre wurden von den Gardisten mit Kolbenschlägen und Bajonetten empfangen, entsetzlich misshandelt und bis auf einen, den man mit der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation ins ‚Vorwärts‘ Gebäude zurückschickte, an die Wand gestellt und erschossen. Dann wurde das Haus gestürmt, dreihundert der Verteidiger gefangen genommen und mit Gewehrkolben niedergeschlagen, mindestens sieben davon ‚exekutiert‘, wie fortan die beschönigende Bezeichnung für die Ermordung Wehrloser lautete.“*<sup>27</sup>

Der bürgerliche Historiker, Sebastian Haffner beschreibt die Szenerie ähnlich: *„Major von Stephani rief in der Reichskanzlei an und fragte, was er mit den vielen Gefangenen anfangen solle (...) erhielt er die Antwort: ‚Alle erschießen!‘ Das verweigerte er, er war noch ein Offizier alter Schule. Sieben der Gefangenen wurden trotzdem erschossen, fast alle mit Gewehrkolben furchtbar misshandelt“ und weiter „Die Soldaten sind in ihrer Wut kaum zu bändigen. Als sie sehen, dass einer ihrer eigenen Offiziere, der von den Auführern gefangengenommen und im ‚Vorwärts‘ Gebäude während der Beschießung festgehalten worden ist, den Spartakisten die Hand reicht, um sich für die anständige Behandlung, die ihm zuteil geworden ist, zu bedanken, schlagen sie ihn blutig.“*<sup>28</sup>

Karl Retzlaw, der bei der Eroberung des „Vorwärts“ gefangen genommen wird, berichtet: *„Auf dem Hof der Dragonerkaserne angekommen, wurden wir an die Mauer geführt, vor der die hingemetzelten Parlamentäre lagen. Schwere Maschinengewehre wurden aufgestellt, die Läufe schussbereit auf uns gerichtet (...) Doch es geschah nichts. Wir standen so mehrere Stunden. Wie ich später erfuhr, telefonierten die Offiziere mit der Ebert-Regierung und wollten eine schriftliche Genehmigung zur Erschießung der dreihundert Gefangenen haben. Am Telefon soll Noske für die Erschießung gewesen sein, er wollte den Befehl jedoch nicht schriftlich geben (...) wir kamen zu viere in eine Zelle (...) die Gefängnisverwaltung war am Sonntag nicht auf einen Zustrom von dreihundert Gefangenen eingerichtet. Wir saßen hungrig und erschöpft auf dem Fußboden (...) Wir hörten Türen knallen, Schreie und Schüsse. Mehrere Male schlugen Soldaten mit Gewehrkolben an die Tür meiner Zelle und riefen: ‚Fertigmachen! In der Frühe werdet ihr erschossen!‘ Es waren keine leeren Drohungen, die Schüsse zeigten an, dass Gefangene*

erschossen wurden (...) Die Anzahl der Erschossenen ist niemals festgestellt worden. Die preussische Regierung und auch die Reichsregierung haben jede Untersuchung verweigert. Später wurde zugegeben, dass ‚Im Zusammenhang mit der Besetzung der Zeitungen‘ 156 Zivilisten getötet worden sein. Die Regierungstruppen hatten nur geringe Verluste (...) Plötzlich wurde es wieder laut im Gefängnis. Wir hörten Kolbenschläge und Fußtritte an den Zellentüren und Rufe. Dann kam ein Soldat auch an unsere Zellentür, klopfte einige Male mit dem Stiefel und schrie: ‚Liebknecht und Rosa gekillt!‘<sup>29</sup>

## Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

„Glockengeläute rief zur Schlächtereier, Musik und Tücherschwenken, Siegesjubiläum der vom ‚bolschewistischen Schrecken‘ geretteten Kapitalisten feiert die rettende Soldateska. Noch raucht das Pulver, noch schwelt der Brand des Arbeitermordes, noch liegen die Getöteten, noch stöhnen die verwundeten Proletarier, da halten sie Parade über die Mördertruppen, aufgebläht im Siegerstolze, die Ebert, Scheideman und Noske.“

- Karl Liebknecht in: *Trotz alledem!* -<sup>30</sup>

Schon seit geraumer Zeit veranstaltet die Regierung eine regelrechte Hetzjagd auf die beiden Hauptvertreter der Revolution – Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Sie müssen sich immer wieder an unterschiedlichen Orten verstecken, wohnen jede Nacht in einem anderen Hotel. Die deutsch-polnische Sozialistin und der Sohn des legendären SPD-Abgeordneten Wilhelm Liebknecht können ihrer Verhaftung aber nicht entgehen. Es ist sogar ein Kopfgeld von 50.000 Mark für ihre Ergreifung ausgesetzt. Obwohl sie sich beide dessen bewusst sind, lehnen sie die Angebote ab, sich in andere deutsche Städte, oder ins Ausland abzusetzen. Sie sehen dies als Verrat an den revolutionären Berliner ArbeiterInnen und Soldaten an. So werden sie am 15. Jänner in ihrem letzten Versteck in Berlin-Wilmersdorf von Freikorpsoldaten verhaftet und ins Eden Hotel gebracht. Dort werden sie stundenlang verhört, gefoltert und schlussendlich bewusstlos geschlagen.

In der Nacht von 15. auf 16. Jänner werden sie in Automobile gezerrt und in den Tiergarten gefahren. Liebknecht wird dort „freigelassen“, nur um dem halb bewusstlos dahintaumelnden aus nächster Nähe in den Rücken zu schießen. Dann wird er als „unbekannte Leiche“ im Leichenschauhaus abgeliefert. Rosa Luxemburg wird gleich bei der Abfahrt vom Hotel Eden in den Kopf geschossen und an der Lichtensteinbrücke in den Landwehrkanal geworfen. Ihre Leiche wird erst Ende Mai 1919 gefunden. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ titelt am nächsten Tag mit: „Karl Liebknecht auf der Flucht erschossen, Rosa Luxemburg von der Menge getötet!“ Die „Menge“, die Rosa Luxemburg tötet, ist der Freikorps-Hauptmann Pabst, der von Hitler dafür geehrt wird, dass er „Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet hat.“<sup>31</sup> Die Beisetzung Karl Liebknechts, und des leeren Sargs Rosa Luxemburgs, wird zu einer gigantischen Trauerdemonstration gegen die Regierung. Sie drückt Resignation und Verzweiflung aus, die Revolution hat ihre größten Helden verloren.

Die KPD Führung um Luxemburg und Liebknecht hatte vor einer militärischen Auseinandersetzung mit der Regierung zu diesem Zeitpunkt der Revolution mehrmals gewarnt. Die ungünstigen Entwicklungen im Dezember und die ersten heftigen Schlä-

ge der Ebertschen Konterrevolution, treiben die radikalsten Schichten der ArbeiterInnenbewegung in die Offensive. Sie sind es auch, die die Basis der neu gegründeten KPD bilden. Und sie sind es auch, die die Mehrheitlich den Beschluss der KPD für den Wahlboykott fassen. Trotzdem ist die Bezeichnung „Spartakusaufstand“ für die Welle von spontanen Aufständen im Zusammenhang mit der Absetzung von Eichhorn Anfang Jänner 1919 grundfalsch. Der Historiker der ArbeiterInnenbewegung Wolfgang Abendroth beschreibt sehr anschaulich das Dilemma vor dem die KPD Führung steht: *„Denn wenn einer gegen diese Aktion und gegen die Möglichkeit eines gewaltsamen Zusammenpralls mit der Armee auch auf den damaligen Massenversammlungen aufgetreten war, dann war es die Führung der KPD (Spartakusbund), die genau wusste: Kommt es jetzt zu bewaffneten Kämpfen, dann werden wir notwendigerweise geschlagen, denn wir haben nicht die Kraft und Organisiertheit, um die Arbeiterklasse zusammenzufassen und in einen erfolgreichen Kampf zu führen. Daher müssen wir in dieser Situation die revolutionären Massen vor utopischen Vorgehen warnen!“*<sup>32</sup> Trotzdem stellt sich die Führung der KPD schließlich hinter den Aufstand; sie will die kämpfenden ArbeiterInnen nicht im Stich lassen.

## 19. Jänner 1919: Wahl zur Nationalversammlung und Abgesang der Revolution

*„Die Nazis geben ihrem Umsturz den usurpierten Namen Revolution. In Wirklichkeit lässt der Faschismus in Deutschland wie auch in Italien die Gesellschaftsordnung unangetastet. Hitlers Umsturz hat, isoliert betrachtet, nicht einmal Recht auf den Namen Konterrevolution. Aber man darf ihn nicht abgesondert sehen, er ist die Vollendung des Kreislaufs von Erschütterungen, der in Deutschland 1918 begann. Die Novemberrevolution, die die Macht den Arbeiter- und Soldatenräten übergab, war in ihrer Grundtendenz proletarisch. Doch die an der Spitze der Arbeiterschaft stehende Partei gab die Macht dem Bürgertum zurück. In diesem Sinne eröffnete die Sozialdemokratie die Ära der Konterrevolution, ehe es der Revolution gelang, ihr Werk zu vollenden. Solange die Bourgeoisie von der Sozialdemokratie und folglich von den Arbeitern abhängig war, enthielt das Regime aber immer noch Elemente des Kompromisses. Bald ließen die internationale und die innere Lage des deutschen Kapitalismus keinen Raum mehr für Zugeständnisse. Rettete die Sozialdemokratie die Bourgeoisie vor der proletarischen Revolution, so hatte der Faschismus seinerseits die Bourgeoisie vor der Sozialdemokratie zu retten. Hitlers Umsturz ist nur das Schlussglied in der Kette der konterrevolutionären Verschiebungen.“*

- Leo Trotzki in: *Porträt des Nationalsozialismus* -<sup>33</sup>

Bei dem von 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin tagenden Reichsrätekongress wird unter der Regie der SPD die Wahl zur Nationalversammlung beschlossen. Dabei ist es der SPD am Wichtigsten, dass diese Wahl möglichst früh stattfindet. Die Macht der Räte soll so schnell wie möglich durch eine bürgerlich-parlamentarische Republik ersetzt werden. Die USPD, damals noch mit der Sozialdemokratie im Rat der Volksbeauftragten, versucht die Wahl bis ins Frühjahr hinaus zu zögern. Beim Wahltermin wurde die USPD von der SPD überstimmt und diesen für 19. Jänner festgelegt.

Das Wahlergebnis der Wahl zur Nationalversammlung vom 19. Jänner 1919: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ging als stärkste Fraktion aus den

Wahlen hervor. Sie stellte 165 von 423 Mandatsträgern. Zweitstärkste Partei wurde das katholische Zentrum mit 91 Abgeordneten. Die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) errang 75 Mandate, die von Gustav Stresemann geführte rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP) erhielt 19 Sitze. Die als Sammelbecken rechtskonservativer, antisemitischer und völkischer Gruppierungen gegründete monarchistische Deutschnationale Volkspartei (DNVP) erhielt 44 Sitze, während die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) auf 22 Abgeordnete kam.<sup>34</sup>

Ebert wird, wie zu erwarten, zum Reichskanzler gewählt, und die SPD geht mit der DDP eine Koalition – die „Weimarer Koalition“ ein. Die aber nur bis zur nächsten Wahl, nämlich im Juni 1920 hält. Am 6. Februar hält die Nationalversammlung ihre erste konstituierende Sitzung ab. Sie findet in Weimar und nicht in Berlin statt – daher auch der Name „Weimarer Republik“. Dafür gibt es zwei Gründe: Einerseits ist sich die Regierung des Stillhaltens der revolutionären Berliner ArbeiterInnen nicht sicher. Die Regierung befürchtet weitere Versuche die Regierung zu stürzen. Andererseits ist die Wahl des Ortes Weimar ein symbolischer Akt. Er soll zeigen, dass die neue Regierung nichts mehr mit dem kaiserliche- preußischen Staat und aber auch nichts mit den revolutionären Zentren zu tun hat. Die Weimarer Republik ist das Rettungsprojekt der deutschen Bourgeoisie und Junker unter der Führung der Sozialdemokratie.

Für den weiteren Verlauf der Weimarer Republik stellt sich die Frage, warum die Nationalsozialisten so stark werden können. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches wird die ArbeiterInnenklasse in ihrem Kampf für Sozialismus zwar geschlagen, doch ihre Niederlage ist nicht absolut. Die herrschende Klasse hat immer noch Angst vor einer sozialistischen Revolution. Sie suchen daher nach einer Kraft, die fähig ist die ArbeiterInnenbewegung physisch auszulöschen, und finden diese Kraft bei Adolf Hitler und seiner NSDAP. Daher werden die Nationalsozialisten gefördert. Zuerst nur von einem kleinen Kreis aber schließlich setzt das deutsche Kapital mehrheitlich auf die Karte „Hitler“. Von Beginn aber werden er und seine NSDAP finanziell unterstützt. So ist Hitler der erste Politiker, der es sich leisten kann, mit dem Flugzeug zu Wahlveranstaltungen zu reisen. Durch die (bescheidenen) Mitgliedsbeiträge und geringen Zahl von Mitgliedern in den 20er Jahren sicherlich nicht finanzierbar.

Die einzige soziale Kraft, die die Nazis besiegen und den Faschismus hätte beiseite schieben können ist die ArbeiterInnenklasse. Die bleibt aber in Deutschland – wie in den meisten anderen Ländern auch – gespalten. SPD und KPD stehen sich unversöhnlich gegenüber. Durch die Entwicklungen und Bürokratisierung in der Sowjetunion entfernt sich die KPD immer weiter von den Zielen Luxemburg und Liebknechts. Eine Aktionseinheit zwischen KPD und SPD wird durch die verheerende KP-Politik des „Sozialfaschismus“ sowie die SPD-Politik verunmöglicht. Im Sozialfaschismus werden Sozialdemokratie und Faschismus gleichgesetzt. Beides wären nur unterschiedliche Seiten der gleichen Medaille. Die Drastik dieses fatalen Irrtums beschert Deutschland 12 Jahre Hitler-Diktatur und der Welt den 2. Weltkrieg mit 60 Millionen Opfern.

Einen Tag vor ihrer Ermordung erscheint am 14. Jänner 1919 in der Roten Fahne noch ein Artikel Rosa Luxemburgs. Darin fasst sie kurz die Erfahrungen der letzten Tage zusammen: *„Die Massen sind das Entscheidende, sie sind der Fels, auf dem der Endsieg der Revolution errichtet wird. Die Massen waren auf der Höhe, sie haben diese ‚Niederlage‘ zu einem Glied jener historischen Niederlagen gestaltet, die der Stolz und die Kraft des internationalen Sozialismus sind. Und darum wird aus dieser ‚Niederlage‘ der künftige Sieg erblühen.“*



*„Ordnung herrscht in Berlin! Ihr stumpfen Schergen! Eure ‚Ordnung‘ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon ‚rassehd wieder in die Höh‘ richten‘ und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!“<sup>65</sup>*

*zusammengestellt von Albert Kropf, Wien und Jan Rybak, Salzburg, Dez. 2008*

- 1 [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org); Suchbegriff: Oktoberreform (Oktober 2008)
- 2 Sebastian Haffner: Die Deutsche Revolution 1918/ 19. Hamburg – Westberlin 1979 - S. 79
- 3 Kunstamt Kreuzberg: Institut für Theaterwissenschaften der Universität Köln: Weimarer Republik. Westberlin/ Hamburg 1977 - S. 114
- 4 Sebastian Haffner: Die Deutsche Revolution 1918/ 19. Hamburg – Westberlin 1979 - S. 86
- 5 Kunstamt Kreuzberg: Institut für Theaterwissenschaften der Universität Köln: Weimarer Republik. Westberlin/ Hamburg 1977 - S. 117
- 6 Hrsg. SAV – Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Köln 1994; S. 10
- 7 Kunstamt Kreuzberg: Institut für Theaterwissenschaften der Universität Köln: Weimarer Republik. Westberlin/ Hamburg 1977; S. Phillip Scheidemann: „Memoiren eines Sozialdemokraten“
- 8 Kunstamt Kreuzberg: Institut für Theaterwissenschaften der Universität Köln: Weimarer Republik. Westberlin/ Hamburg 1977; S. 117
- 9 [www.dhm.de/lemo/html/dokumente/liebnecht/index.html](http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/liebnecht/index.html) (Februar 2005)
- 10 Sebastian Haffner: Die Deutsche Revolution 1918/ 19. Hamburg – Westberlin 1979 - S. 110
- 11 Sebastian Haffner: Die Deutsche Revolution 1918/ 19. Hamburg – Westberlin 1979 - S. 101
- 12 Telegramm Hindenburgs an alle Heeresgruppen und Armeoberkommandos; zitiert nach: Hrsg: Institut für Marxismus und Leninismus beim Zentralkomitee der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; Band 3 - S. 490
- 13 Richard Müller: „Vom Kaiserreich zur Republik“; zitiert nach: Kunstamt Kreuzberg: Institut für Theaterwissenschaften der Universität Köln: Weimarer Republik. Westberlin/ Hamburg 1977
- 14 Gustav Noske: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution. zitiert nach: [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org); Suchbegriff Gustav Noske (November 2008)
- 15 Rosa Luxemburg: Nationalversammlung oder Räteregierung; veröffentlicht in der Roten Fahne vom 17. Dezember 1918
- 16 Kunstamt Kreuzberg: Institut für Theaterwissenschaften der Universität Köln: Weimarer Republik. Westberlin/ Hamburg 1977; S. 129
- 17 zitiert aus: „Mit der Volksmarinedivision im Kampf gegen die Konterrevolution“ in: Kunstamt Kreuzberg: Institut für Theaterwissenschaften der Universität Köln: Weimarer Republik. Westberlin/ Hamburg 1977; S. 129
- 18 Kunstamt Kreuzberg: Institut für Theaterwissenschaften der Universität Köln: Weimarer Republik. Westberlin/ Hamburg 1977; S. 131
- 19 Kunstamt Kreuzberg: Institut für Theaterwissenschaften der Universität Köln: Weimarer Republik. Westberlin/ Hamburg 1977; S. 131
- 20 Rosa Luxemburg: Das Versagen der Führer; veröffentlicht in der Roten Fahne vom 11. Jänner 1919
- 21 zitiert nach: <http://www.marxistische-bibliothek.de/pudmehl.html> (Februar 2005)
- 22 Richard Müller: „Der Bürgerkrieg in Deutschland“; zitiert nach: Kunstamt Kreuzberg: Institut für Theaterwissenschaften der Universität Köln: Weimarer Republik. Westberlin/ Hamburg 1977; S. 136)
- 23 zitiert nach: <http://www.novemberrevolution.de/> (Februar 2005)
- 24 Sebastian Haffner: Die Deutsche Revolution 1918/ 19. Hamburg – Westberlin 1979 - S. 158
- 25 Protokolle der Münchner Dolchstoßprozesse in: Hrsg: Institut für Marxismus und Leninismus beim Zentralkomitee der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; Band 3 – S. 488
- 26 Gustav Noske: „Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution“; zitiert nach: Kunstamt Kreuzberg: Institut für Theaterwissenschaften der Universität Köln: Weimarer Republik. Westberlin/ Hamburg 1977; S. 137
- 27 Bernt Engelmann: Einig gegen Recht und Freiheit – Frankfurt/M 1977 – S. 37
- 28 Sebastian Haffner: Die Deutsche Revolution 1918/ 19. Hamburg – Westberlin 1979 - S. 164
- 29 Karl Retzlaw: „Spartakus“; zitiert nach: Kunstamt Kreuzberg: Institut für Theaterwissenschaften der Universität Köln: Weimarer Republik. Westberlin/ Hamburg 1977; S. 142ff
- 30 Karl Liebknecht: Trotz alledem; veröffentlicht in der Roten Fahne vom 15. Jänner 1919
- 31 zitiert nach: Sebastian Haffner: Die Deutsche Revolution 1918/ 19. Hamburg – Westberlin 1979 - S. 172 ff.
- 32 Wolfgang Abendroth: Geschichte der Arbeiterbewegung; S. 184
- 33 Leo Trotzki: Porträt des Nationalsozialismus, S. 303 ff
- 34 zitiert nach: [www.dhm.de/lemo/html/weimar/innenpolitik/wahlen/index.html](http://www.dhm.de/lemo/html/weimar/innenpolitik/wahlen/index.html) (Februar 2005)
- 35 Rosa Luxemburg: Die Ordnung herrscht in Berlin; veröffentlicht in der Roten Fahne vom 14. Jänner 1918

# WAS WILL DER SPARTAKUSBUND?

---

*Karl Liebknecht*

Wir müssen uns in diesem Augenblick vor allem völlige Klarheit über die Ziele unserer Politik verschaffen. Wir bedürfen eines genauen Einblickes in den Gang der Revolution; wir haben zu erkennen, was sie bisher gewesen ist, um zu begreifen, worin ihre zukünftige Aufgabe bestehen wird.

Bis jetzt ist die deutsche Revolution nichts anderes gewesen als ein Versuch zur Überwindung des Krieges und seiner Folgen. Ihr erster Schritt war daher der Abschluss eines Waffenstillstandes mit den feindlichen Mächten und der Sturz der Führer des alten Systems. Die nächste Aufgabe aller entschiedenen Revolutionäre besteht darin, diese Errungenschaften aufrechtzuerhalten und sie zu erweitern.

Wir sehen, dass der Waffenstillstand, über den die gegenwärtige Regierung mit den feindlichen Mächten verhandelt, von diesen zur Erdrosselung Deutschlands benutzt wird. Das aber ist mit den Zielen des Proletariats unvereinbar; denn eine solche Erdrosselung würde weder mit dem Ideal eines dauernden noch eines menschenwürdigen Friedens übereinstimmen.

Nicht ein Friede des Augenblicks, nicht ein Friede der Gewalt, sondern ein Friede der Dauer und des Rechts, das ist das Ziel des deutschen wie des internationalen Proletariats. Aber es ist nicht das Ziel der gegenwärtigen Regierung, die, ihrem ganzen Wesen entsprechend, mit den imperialistischen Regierungen der Entente lediglich einen Frieden des Augenblicks zu schließen vermag; und zwar deshalb, weil sie es verabsäumt, an die Fundamente des Kapitals zu rühren.

Solange der Kapitalismus besteht, sind – das wissen alle Sozialisten sehr wohl – Kriege unvermeidlich. Welche Ursachen sind es gewesen, die zum Weltkriege getrieben haben? Die Herrschaft des Kapitalismus bedeutet die Ausbeutung des Proletariats; sie bedeutet eine ständige und ungehemmte Ausdehnung des Kapitalismus auf dem Weltmarkt. Hier stoßen in scharfem Kontrast die kapitalistischen Mächte der verschiedenen nationalen Gruppen zusammen. Und dieser wirtschaftliche Zusammenstoß führt mit Notwendigkeit zuletzt zu einem Zusammenstoß der politischen und militärischen Waffen – zum Kriege. Man will uns jetzt mit der Idee des Völkerbundes zu beruhigen suchen, der einen dauernden Frieden zwischen den verschiedenen Staaten herbeiführen soll. Als Sozialisten sind wir uns völlig klar darüber, dass ein solcher Völkerbund nichts anderes ist als ein Bündnis der herrschenden Klassen der verschiedenen Staaten untereinander – ein Bündnis, das seinen kapitalistischen Charakter nicht verleugnen kann, gegen das internationale Proletariat gerichtet ist und einen dauernden Frieden nie zu garantieren vermag.

Die Konkurrenz, das Wesen der kapitalistischen Produktion, bedeutet für uns Sozialisten Brudermord; wir aber fordern im Gegensatz dazu die internationale Gemeinsamkeit der Menschen. Nur der Wille des Proletariats ist auf einen dauernden und menschenwürdigen Frieden gerichtet; nie und nimmer kann der Imperialismus der Entente dem deutschen Proletariat diesen Frieden geben; ihn wird es von seinen Arbeitsbrüdern in Frankreich, Amerika und Italien erhalten. Den Weltkrieg durch einen dauernden und menschenwürdigen Frieden abzuschließen, das also allein vermag die Tatbereitschaft des internationalen Proletariats. So lehrt es uns unsere sozialistische Grundauffassung.



Jetzt, nach diesem ungeheuren Morden, gilt es fürwahr ein Werk aus einem einzigen Guß zu schaffen. Die ganze Menschheit ist in den glühenden Schmelztiegel des Weltkrieges geworfen worden. Das Proletariat hält den Hammer in der Hand, um daraus eine neue Welt zu formen.

Nicht nur unter dem Kriege und seiner Verwüstung leidet das Proletariat, sondern im Prinzip an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, der wahren Ursache dieses Krieges. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu beseitigen, das ist die einzige Rettung des Proletariats aus dem dunklen Verhängnis seines Schicksals.

Wie aber kann dieses Ziel erreicht werden? Zur Beantwortung dieser Frage ist es nötig, sich völlig klar darüber zu sein, dass nur das Proletariat selbst in eigener Tat sich aus seiner Knechtschaft erlösen kann. Man hat uns gesagt: Die Nationalversammlung ist der Weg zur Freiheit. Die Nationalversammlung bedeutet aber nichts anderes als eine formelle politische Demokratie. Sie bedeutet durchaus nicht diejenige Demokratie, die der Sozialismus stets gefordert hat. Der Wahlzettel ist sicherlich nicht der Hebel, mit dem die Macht der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aus den Fugen gehoben werden kann. Wir wissen, dass eine Reihe von Staaten diese formale Demokratie der Nationalversammlung seit langem besitzt, Frankreich, Amerika, Schweiz. Aber gleichwohl herrscht auch in diesen Demokratien das Kapital.

Es ist keine Frage, dass sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung der Einfluss des Kapitals, seine wirtschaftlich organisierte Überlegenheit in höchstem Maße geltend machen wird. Große Massen der Bevölkerung werden sich unter dem Druck und Einfluss dieser Überlegenheit in Gegensatz zu sich selbst, in Gegensatz zu ihren eigenen und wahren Interessen setzen und ihre Stimmen ihren Feinden geben. Schon aus diesem Grunde wird die Nationalversammlung niemals ein Sieg des sozialistischen Willens sein. Es ist völlig verkehrt, zu glauben, dass in der formalen Demokratie des Parlaments die sichere Voraussetzung und Bedingung für die Verwirklichung des Sozialismus gegeben sei. Vielmehr ist gerade umgekehrt erst der verwirklichte Sozialismus die grundlegende Voraussetzung für eine wahre Demokratie. Das revolutionäre deutsche Proletariat kann von einer Wiedergeburt des alten Reichstages in der neuen Form der Nationalversammlung nichts für seine Ziele erwarten; denn diese Nationalversammlung wird den gleichen Charakter tragen wie die alte „Schwatzbude“ am Königsplatz. Wir werden in ihr sicherlich alle die alten Herrschaften wiederfinden, die dort vor dem Kriege und während des Krieges die Geschicke des deutschen Volkes in so verhängnisvoller Weise zu bestimmen suchten. Und wahrscheinlich ist es auch, dass die bürgerlichen Parteien in dieser Nationalversammlung die Mehrheit haben werden. Aber selbst, wenn das nicht der Fall sein sollte, wenn die Nationalversammlung mit einer sozialistischen Mehrheit die Sozialisierung der deutschen Wirtschaft beschließen sollte, so wird ein solcher parlamentarischer Beschluss ein papiernes Dekret bleiben und an dem energischsten Widerstand der Kapitalisten scheitern. Nicht im Parlament, nicht mit seinen Methoden kann der Sozialismus verwirklicht werden; hier ist einzig und allein der außerparlamentarische, revolutionäre Kampf des Proletariats entscheidend. Nur durch ihn ist das Proletariat imstande, die Gesellschaft nach seinem Willen zu formen.

Die kapitalistische Gesellschaft ist ihrem Wesen nach nichts anderes als die mehr oder minder verhüllte Herrschaft der Gewalt. Ihre Absicht geht jetzt dahin, zu den gesetzlichen Zuständen der früheren „Ordnung“ zurückzukehren und die Revolution,

die das Proletariat gemacht hat, als einen ungesetzlichen Vorgang, gleichsam als ein geschichtliches Missverhältnis zu diskreditieren und zu beseitigen. Aber nicht umsonst hat das Proletariat die schwersten Opfer in dem blutigen Kriege gebracht; wir, die Vorkämpfer der Revolution, werden uns nicht von unserem Platz verdrängen lassen. Wir bleiben so lange am Leben, bis wir die Macht des Sozialismus fundiert haben.

Die politische Macht, die sich das Proletariat am 9. November erobert hat, ist ihm zum Teil schon wieder entrissen worden; entrissen worden ist ihm vor allen Dingen die Macht, die entscheidenden Stellen in der Staatsverwaltung durch die Männer seines Vertrauens zu besetzen. Auch der Militarismus, gegen dessen Herrschaft wir uns erhoben, ist noch am Leben. Wir kennen sehr wohl die Ursachen, die dazu geführt haben, das Proletariat aus seinen Positionen zu verdrängen. Wir wissen, dass die Soldatenräte zu Beginn der revolutionären Entwicklung die Situation nicht immer klar gesehen haben. Es haben sich in ihre Reihe zahlreiche schlaue Rechner eingeschlichen, Konjunkturrevolutionäre, Feiglinge, die nach dem Niederbruch der alten Macht sich an die neue anschlossen, um hier ihre bedrohte Existenz zu salvieren. In zahlreichen Fällen übergaben die Soldatenräte solchen Leuten verantwortungsvolle Stellungen und machten dadurch den Bock zum Gärtner. Andererseits hat die gegenwärtige Regierung die alte Kommandogewalt wiederhergestellt und auf diese Weise den Offizieren die Macht zurückgegeben.

Wenn jetzt allenthalben in Deutschland ein chaotisches Durcheinander herrscht, so trägt die Verantwortung dafür nicht die Revolution, die die Macht der herrschenden Klassen zu beseitigen suchte, sondern diese herrschenden Klassen selbst und der Brand des Krieges, der von den herrschenden Klassen entzündet worden ist. „Ordnung und Ruhe muss herrschen“, so ruft uns die Bourgeoisie zu, und sie meint damit, dass das Proletariat vor ihr kapitulieren solle, um diese Ordnung und Ruhe wiederherzustellen; dass das Proletariat seine Macht in die Hände derjenigen zurückgeben solle, die jetzt unter der Maske der Revolution die Gegenrevolution vorbereiten. Gewiss, eine revolutionäre Bewegung lässt sich nicht auf glattem Parkettboden durchführen; es setzt Splitter und Späne in dem Kampfe um eine neue und höhere Ordnung der Gesellschaft und einen dauernden Frieden der Menschheit.

Dadurch, dass die Regierung den alten Generälen und Offizieren die Kommandogewalt zu dem Zwecke der Demobilisation der Armee zurückgegeben hat, hat sie die Demobilisation erschwert und zerrüttet. Sicherlich hätte sich die Demobilisation weit ruhiger und ordnungsmäßiger gestaltet, wenn sie der freien Disziplin der Soldaten überlassen worden wäre. Dagegen haben die Generäle, mit der Autorität der Volksregierung ausgerüstet, auf alle Weise versucht, die Soldaten mit Hass gegen die Regierung zu erfüllen. Sie haben die Soldatenräte eigenmächtig abgesetzt, sie haben schon in den ersten Tagen der Revolution das Tragen von roten Fahnen verboten und die roten Fahnen von öffentlichen Gebäuden herunterreißen lassen. Alle diese Vorgänge kommen auf das Schuldkonto der Regierung, die, um die „Ordnung“ der Bourgeoisie aufrechtzuerhalten, in Wahrheit die Revolution erstickt, wenn es sein muss, in Blut.

Und da wagt man, uns anzuklagen, dass wir es seien, die den Terror, den Bürgerkrieg und das Blutvergießen wollen; da wagt man, uns zuzumuten, wir sollten auf unsere revolutionäre Aufgabe verzichten, damit die Ordnung unserer Gegner wiederaufgerichtet werde! Nicht wir sind es, die Blutvergießen wollen. Aber sicher ist es, dass die Reaktion, sobald sie die Macht dazu hat, sich keinen Augenblick besinnen wird, die

Revolution im Blut zu ersticken. Erinnern wir uns doch ihrer grausamen und niederträchtigen Schandtaten, mit denen sie sich noch vor wenigen Wochen und Monaten besudelte. In der Ukraine hat sie Henkersarbeit verrichtet, in Finnland hat sie Tausende von Arbeitern gemordet – das sind die Blutspuren an den Händen des deutschen Imperialismus, dessen Wortführer uns revolutionäre Sozialisten jetzt der Propaganda des Terrors und des Bürgerkrieges in ihrer lügenhaften Presse verdächtigen.

Nein! Wir wollen, dass sich der Umbau der Gesellschaft und der Wirtschaft ohne Unordnung und in aller Friedlichkeit vollziehe. Und wenn Unordnung und Bürgerkrieg entstehen sollten, so werden einzig und allein diejenigen die Schuld tragen, die ihre Herrschaft und ihren Profit stets mit Waffengewalt befestigt und erweitert haben und die auch jetzt wieder versuchen, das Proletariat unter ihr Joch zu beugen.

Also nicht zur Gewalt und nicht zum Blutvergießen rufen wir das Proletariat auf; aber wir rufen es auf zu revolutionärer Tatbereitschaft und zur Entfaltung all seiner Energie, auf dass es den Neubau der Welt in seine Hände nehme. Wir rufen die Massen der Soldaten und Proletarier dazu auf, an dem Ausbau der Soldaten- und Arbeiterräte tatkräftig fortzuwirken. Wir rufen sie dazu auf, die herrschenden Klassen zu entwaffnen, sich selbst aber zu bewaffnen zum Schutze der Revolution und zur Sicherung des Sozialismus. Das allein gibt uns die Gewähr für die Erhaltung und für den Ausbau der Revolution im Sinne der unterdrückten Volksklassen. Das revolutionäre Proletariat darf keinen Augenblick mehr zögern, die bürgerlichen Elemente aus allen ihren politischen und sozialen Machtstellungen zu entfernen; es muss die ganze Macht selbst in seine Hände nehmen. Gewiss, wir werden zur Durchführung der Sozialisierung des Wirtschaftslebens die Mitwirkung auch der bürgerlichen Intelligenz, der Fachmänner, der Ingenieure brauchen; aber sie werden unter Kontrolle des Proletariats ihre Arbeit verrichten.

Von allen diesen dringendsten Aufgaben der Revolution hat die gegenwärtige Regierung noch nicht eine einzige in Angriff genommen. Dagegen hat sie alles getan, um die Revolution zurückzubremsen. Jetzt hören wir, dass unter ihrer Mitwirkung draußen auf dem Lande Bauernräte gewählt werden, Räte derjenigen Bevölkerungsschicht, die stets zu den rückständigsten und erbittertsten Feinden des Proletariats gehört hat und die bis auf den heutigen Tag der heftigste Feind des ländlichen Proletariats geblieben ist. All diesen Machenschaften müssen die Revolutionäre fest und entschlossen entgegengetreten. Sie müssen von ihrer Macht Gebrauch machen und vor allem mit der Sozialisierung energisch und sicher beginnen.

Der erste Schritt wird darin bestehen, dass die Waffenlager und die gesamte Rüstungsindustrie vom Proletariat mit Beschlag belegt werden. Dann müssen die industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe in den Besitz der Gesellschaft überführt werden. Es kann kein Zweifel bestehen, dass sich diese sozialistische Umschaltung der Produktion bei der hohen und stark zentralisierten Form dieser Wirtschaftsgebilde in Deutschland verhältnismäßig leicht und schnell vollziehen lässt. Wir besitzen ferner ein bereits hochentwickeltes Genossenschaftswesen, an dem vor allem auch der Mittelstand interessiert ist. Auch dies ist ein geeignetes Mittel zu einer wirksamen Durchführung des Sozialismus.

Wir sind uns völlig klar darüber, dass es sich bei dieser Sozialisierung um einen langen und großen Prozess handelt. Wir verhehlen uns keineswegs die Schwierigkeiten, die dieser Aufgabe entgegenstehen, zumal in der gefährlichen Situation, in der sich

unser Volk jetzt befindet. Aber glaubt jemand allen Ernstes, dass sich die Menschen den geeigneten Zeitpunkt für eine Revolution und für die Verwirklichung des Sozialismus nach ihrem Gutdünken und Belieben auszusuchen vermögen? So ist der Gang der Weltgeschichte wahrlich nicht! Jetzt geht es nicht an zu erklären: Für heute und morgen pass uns die sozialistische Revolution nicht in unseren sorgfältig ausgerechneten Plan; aber übermorgen, wenn wir besser dazu vorbereitet sind, wenn wir wieder Brot und Rohstoffe haben und unsere kapitalistische Produktionsweise sich wieder in vollem Gang befindet, dann wollen wir über die Sozialisierung der Gesellschaft mit uns reden lassen. Nein, das ist eine grundfalsche und lächerliche Auffassung von dem Wesen der geschichtlichen Entwicklung. Man kann sich weder den geeignet erscheinenden Zeitpunkt für eine Revolution aussuchen noch die Revolution nach eigenem Ermessen vertagen. Denn was sind Revolutionen ihrem Wesen nach anderes als große und elementare gesellschaftliche Krisen, deren Ausbruch und Entfaltung nicht von dem Willen einzelner abhängt und die sich, über die Köpfe einzelner hinweg, gleich gewaltigen Gewittern entladen! Schon Karl Marx hat uns gelehrt, dass die soziale Revolution in eine Krise des Kapitalismus fallen muss. Nun wohl, dieser Krieg ist nichts anderes als eine solche Krise; und darum hat jetzt, wenn irgendwann, die Stunde des Sozialismus geschlagen.

Am Vorabend der Revolution, in jener Nacht vom Freitag zum Samstag, da hatten die Führer der sozialdemokratischen Parteien noch keine Ahnung, dass die Revolution schon vor der Tür stand. Sie wollten nicht daran glauben, dass die revolutionäre Gärung in den Massen der Soldaten und Arbeiter bereits so weit fortgeschritten sei. Als sie aber dann erfuhren, dass die große Schlacht bereits begonnen habe, da liefen sie alle eilig herbei, weil sie sonst hätten befürchten müssen, dass die gewaltige Bewegung über sie hinwegfluten werde.

Der entscheidende Augenblick ist gekommen. Töricht und schwächlich sind alle diejenigen, denen er als ungeeignet erscheint und die darüber jammern, dass er gerade jetzt erschienen ist. Auf unsere Tatbereitschaft, auf unseren revolutionären Ernst und Willen kommt es jetzt an. Die große Aufgabe, auf die wir uns so lange vorbereitet haben, drängt der Lösung entgegen. Die Revolution ist da. Sie muss sein! Es handelt sich nicht mehr darum ob, sondern nur noch wie! Die Frage ist gestellt; und aus der Schwierigkeit der Situation, in der wir uns befinden, darf nicht der Schluss gezogen werden, dass jetzt keine Revolution sein solle.

Ich wiederhole, dass wir diese Schwierigkeit nicht verkennen. Vor allem sind wir uns jener Schwierigkeit bewusst, die darin besteht, dass das deutsche Volk noch keine revolutionäre Erfahrung und Überlieferung besitzt. Andererseits ist aber gerade dem deutschen Proletariat die Aufgabe der Sozialisierung durch mancherlei Umstände wesentlich erleichtert. Die Gegner unseres Programms geben uns zu bedenken, dass es in einer so bedrohlichen Lage, jetzt, wo Arbeitslosigkeit, Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen vor der Türe stehen, unmöglich sei, mit der Vergesellschaftung der Wirtschaft zu beginnen. Aber hat die Regierung der kapitalistischen Klasse nicht gerade im Verlauf des Krieges, also in einer mindestens ebenso schwierigen Lage, wirtschaftliche Maßnahmen der durchgreifendsten Art getroffen, Maßnahmen, welche Produktion und Konsumtion grundlegend umgestalteten? Und alle diese Maßnahmen geschahen damals im Dienste des Krieges, zum Zwecke des Durchhaltens, im Interesse des Militarismus und der herrschenden Klasse.

Die Maßnahmen der Kriegswirtschaft konnten nur durch die Selbstdisziplin des deutschen Volkes durchgeführt werden. Damals stand diese Selbstdisziplin im Dienste des Völkermordens, sie war zum Schaden des Volkes wirksam. Jetzt aber, wo sie im Interesse des Volkes, zu seinem eigenen Nutzen wirken soll, wird sie imstande sein, noch weit größere Leistungen und Umwandlungen zu vollbringen als je zuvor. Im Dienste des Sozialismus wird sie das Werk der Sozialisierung schaffen. Waren es doch gerade die Sozialpatrioten, die jene tief einschneidenden kriegswirtschaftlichen Maßnahmen als Kriegssozialismus bezeichneten, und Scheidemann, dieser gefügte Diener der Militärdiktatur, trat voller Begeisterung dafür ein. Nun, wir dürfen jedenfalls diesen Kriegssozialismus als eine Umbildung unseres Wirtschaftslebens betrachten, die wohl geeignet ist, als Vorbereitung der echten, im Zeichen des Sozialismus stehenden Sozialisierung zu dienen.

Die Verwirklichung des Sozialismus ist unvermeidlich; sie muss kommen, gerade weil wir die Unordnung, über die man sich jetzt so aufregt, endgültig überwinden müssen. Aber diese Unordnung ist unüberwindlich, solange die Machthaber von gestern, die wirtschaftlichen und politischen Gewalten des Kapitalismus, am Ruder bleiben; denn sie haben dieses Chaos verursacht.

Die Pflicht der gegenwärtigen Regierung wäre es gewesen, zuzugreifen und schnell und entschieden zu handeln. Aber sie hat die Aufgabe der Sozialisierung nicht um einen Schritt gefördert. Was hat sie in der Ernährungsfrage geleistet? Sie spricht zum Volke: „Du musst hübsch artig sein und Dich gesittet benehmen, dann wird uns Wilson Lebensmittel schicken.“ Das gleiche ruft uns Tag für Tag die gesamte Bourgeoisie zu, und diejenigen, die sich noch vor wenigen Monaten nicht genug darin tun konnten, den Präsidenten von Amerika zu beschimpfen und mit Kot zu bewerfen, sie begeistern sich jetzt für ihn und fallen ihm voller Bewunderung zu Füßen – um Lebensmittel von ihm zu erhalten. Ja freilich! Wilson und seine Genossen werden uns vielleicht helfen, aber sicherlich nur in dem Maße und in der Form, als es den imperialistischen Interessen des Ententekapitalismus entspricht. Jetzt beeilen sich alle offenen und heimlichen Gegner der proletarischen Revolution, Wilson als den guten Freund des deutschen Volkes anzupreisen, aber gerade dieser menschenfreundliche Wilson ist es ja gewesen, der den grausamen Waffenstillstandsbedingungen Fochs seine Billigung erteilt und dadurch dazu beigetragen hat, die Not des Volkes ins Unermessliche zu steigern. Nein, wir revolutionären Sozialisten glauben keinen Augenblick lang an den Schwindel von der Menschenfreundlichkeit Wilsons, der nichts anderes tut und tun kann, als die Interessen des Ententekapitals in kluger Berechnung zu vertreten. Doch wozu dient jener Schwindel, mit dem die Bourgeoisie und die Sozialpatrioten jetzt hausieren gehen, in Wahrheit? Um das Proletariat zu überreden und zu verleiten, die Macht, die es sich durch die Revolution erobert hat, preiszugeben.

Wir werden nicht darauf hereinfliegen. Wir stellen unsere sozialistische Politik auf den granitenen Boden des deutschen Proletariats; wir stellen sie auf den granitenen Boden des internationalen Sozialismus. Wir halten es weder mit der Würde noch mit der revolutionären Aufgabe des Proletariats für vereinbar, dass wir, die wir mit der sozialen Revolution begonnen haben, an die Barmherzigkeit des Ententekapitals appellieren, sondern wir rechnen auf die revolutionäre Solidarität und die internationale Tatbereitschaft der Proletarier Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas. Die Kleinmütigen und Ungläubigen, die jedes sozialistischen Geistes bar sind, rufen uns

zu, dass wir Toren seien, auf den Ausbruch einer sozialen Revolution in den Ländern zu hoffen, die siegreich aus diesem Weltkrieg hervorgegangen seien. Wie steht es mit diesem Einwurf? Selbstverständlich wäre es völlig verkehrt, zu glauben, dass schon im nächsten Augenblick, gleichsam auf ein Kommando, die Revolution in den Staaten der Entente ausbrechen wird. Die Weltrevolution, die unser Ziel und unsere Hoffnung ist, ist ein viel zu gewaltiger historischer Prozess, als dass sie sich Schlag auf Schlag, in Tagen und Wochen entfalten könnte. Die russischen Sozialisten haben die deutsche Revolution vorausgesagt als notwendige Konsequenz der russischen. Aber noch ein volles Jahr nach dem Ausbruch der russischen Revolution war alles bei uns still, bis schließlich doch die Stunde schlug.

Jetzt herrscht bei den Völkern der Entente begreiflicher Weise ein mächtiger Siegestaumel, und die Freude über die Zertrümmerung des deutschen Militarismus, über die Befreiung Belgiens und Frankreichs ist so laut, dass wir ein revolutionäres Echo von Seiten der Arbeiterschaft unserer bisherigen Feinde in diesem Augenblick nicht erwarten dürfen. Und außerdem wird die Zensur, die in den Ententeländern noch gebietet, jede Stimme, die zum revolutionären Anschluss an das revolutionäre Proletariat auffordert, gewaltsam unterdrücken. Auch ist nicht zu übersehen, dass die verräterische und verbrecherische Politik der Sozialpatrioten dazu geführt hat, während des Krieges den internationalen Zusammenhang des Proletariats zu zerreißen und zu zerstören.

Und was für eine Revolution ist es denn eigentlich, die wir jetzt von den Sozialisten Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas erwarten? Welches Ziel und welchen Charakter soll diese Revolution haben? Die Revolution vom 9. November stellte sich in ihrem ersten Stadium die Aufrichtung einer demokratischen Republik zur Aufgabe, sie hatte ein bürgerliches Programm; und wir wissen sehr gut, dass sie diesen Standpunkt auch auf der Stufe ihrer gegenwärtigen Entwicklung in Wahrheit noch nicht überwunden hat. Aber eine Revolution von solcher Art erwarten wir keineswegs von dem Proletariat der Entente, und zwar deswegen nicht, weil Frankreich, England, Amerika und Italien sich seit Jahrzehnten und Jahrhunderten bereits im festen Besitz dieser bürgerlich demokratischen Freiheit befinden, um die wir hier am 9. November gerungen haben. Sie besitzen die republikanische Staatsverfassung, also gerade dasjenige, was uns die gepriesene Nationalversammlung erst bescheren soll; denn das Königtum in England und Italien ist nur eine belanglose Äußerlichkeit, eine Dekoration und eine Fassade. Also wir können von dem Proletariat der Ententestaaten mit Fug gar keine andere als eine soziale Revolution erwarten. Doch wie sind wir zu einer solchen Erwartung berechtigt, wie können wir an das Proletariat der anderen Länder die Forderung einer sozialen Revolution stellen, solange wir selbst sie noch nicht gemacht haben! Wir müssen also den ersten Schritt dazu tun. Je schneller und entschiedener das deutsche Proletariat mit dem guten Beispiel vorangeht, je schneller und entschiedener wir unsere Revolution zum Sozialismus hin entwickeln, je schneller wird uns das Proletariat der Entente folgen.

Damit uns aber der große Wurf des Sozialismus gelingt – dazu ist es unbedingt erforderlich, dass die politische Macht dem Proletariat erhalten bleibe. Denn jetzt gibt es kein Schwanken und Zögern mehr, sondern nur noch ein klares Entweder – Oder. Entweder der bürgerliche Kapitalismus fährt fort zu leben und die Erde und die gesamte menschliche Gesellschaft zu beglücken mit seiner Ausbeutung und Lohnsklaverei und



der Verewigung der Kriegsgefahr, oder aber das Proletariat besinnt sich auf seine weltgeschichtliche Aufgabe und auf sein Klasseninteresse, das es dazu aufruft, alle Klassenherrschaft für immer aufzuheben.

Jetzt versucht man von sozialpatriotischer und bürgerlicher Seite, das Volk von dieser seiner geschichtlichen Mission abspenstig zu machen, indem man ihm die Gefahren der Revolution schwarz und gruselig an die Wand malt; indem man in den blutigsten Farben die Not und Zerstörung, den Aufruhr und Schrecken schildert, von denen die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse angeblich begleitet sein wird. Aber diese Schwarzmalerei ist vergebene Liebesmüh! Denn die Verhältnisse selbst, die Unfähigkeit des Kapitals, das Wirtschaftsleben, das von ihm zerstört wurde, wiederaufzubauen, sie sind es, die das Volk mit eiserner Notwendigkeit auf den Weg der sozialen Revolution treiben werden. Wenn wir die großen Streikbewegungen der letzten Tage mit Aufmerksamkeit betrachten, so erkennen wir deutlich, dass selbst mitten in der Revolution der Konflikt zwischen dem Unternehmertum und der Lohnarbeiterschaft lebendig ist. Der proletarische Klassenkampf ruht nicht, solange sich die Bourgeoisie auf den Trümmern ihrer ehemaligen Herrlichkeit behauptet; er wird erst ruhen in dem Augenblick, wo die soziale Revolution zum siegreichen Ende gelangt ist.

Das ist es, was der Spartakusbund will.

Jetzt greift man die Spartakusleute mit allen erdenklichen Mitteln an. Die Presse der Bourgeoisie und der Sozialpatrioten, vom Vorwärts bis zur Kreuz-Zeitung, strotzt von den abenteuerlichsten Lügen, von den frechsten Verdrehungen, von Entstellungen und Verleumdungen. Was schimpft man uns nicht alles nach? Dass wir den Terror verkünden; dass wir den blutigsten Bürgerkrieg entfesseln wollten; dass wir uns mit Waffen und Munition ausrüsten und den bewaffneten Aufstand vorbereiten. Mit einem Wort: dass wir die gefährlichsten und gewissenlosesten Bluthunde der Welt seien. Diese Lügen sind leicht zu durchschauen. Als ich gleich im Beginn des Krieges ein kleines, mutiges, opferbereites Häuflein von revolutionären Genossen um mich scharte und es dem Krieg und dem Kriegstaukel entgegenwarf, da wurden wir von allen Seiten niedergebüllt, verfolgt und in den Kerker geworfen. Und als ich es offen und laut aussprach, was damals niemand auszusprechen wagte und was damals noch die wenigsten erkennen wollten: dass Deutschland und seine politischen und militärischen Leiter am Kriege schuldig seien – da hieß es, ich sei ein gemeiner Verräter, ein bezahlter Agent der Entente, ein vaterlandsloser Geselle, der den Untergang Deutschlands wolle. Wir hätten es bequemer haben können, wenn wir geschwiegen oder in den allgemeinen Chor des Chauvinismus und Militarismus eingestimmt hätten. Aber wir zogen es vor, die Wahrheit zu sagen, ohne auf die Gefahr zu achten, in die wir uns dadurch begaben. Jetzt sehen alle, auch diejenigen, die damals gegen uns wüteten, ein, dass das Recht und die Wahrheit auf unserer Seite waren. Jetzt, nach der Niederlage und nach den ersten Tagen der Revolution, sind dem ganzen Volk die Augen geöffnet worden, so dass es erkennt, dass es von seinen Fürsten, seinen Alldeutschen, seinen Imperialisten und Sozialpatrioten in diesen Abgrund seines Unglücks hineingestoßen worden ist. Und gerade jetzt wieder, wo wir abermals unsere Stimme erheben, um dem deutschen Volke den einzigen Weg zu zeigen, der es aus diesem Unglück zur wahren Freiheit und zum dauernden Frieden zu führen vermag, in diesem Augenblick kommen dieselben Menschen, die damals uns und die Wahrheit niederschrien, und nehmen ihren alten Feldzug der Lüge und der Verleumdung gegen uns wieder auf. Mögen sie auch jetzt geifern und schreien,



mögen sie wie bellende Hunde hinter uns herlaufen – wir werden unseren geraden Weg, den Weg der Revolution und des Sozialismus, unbekümmert verfolgen, indem wir uns sagen: Viel Feind, viel Ehr! Nur zu wohl wissen wir es, dass die gleichen Verbrecher und Verräter, die im Jahre 1914 das deutsche Proletariat mit der Phrase des Sieges und der Eroberung, mit der Aufforderung zum „Durchhalten“ und mit dem niederträchtigen Abschluss des Burgfriedens zwischen Kapital und Arbeit betrogen, dass diejenigen, die auf solche Art den revolutionären Klassenkampf des Proletariats zu ersticken suchten und jeden Streik als wilden Streik während des Krieges mit Hilfe ihres Organisationsapparates und der Behörden nieder knebelten – dass sie die gleichen sind, die jetzt, im Jahre 1918, abermals vom Nationalfrieden sprechen und die die Solidarität aller Parteien zum Zweck des Aufbaues unseres Staates proklamieren.

Dieser neuen Einigung von Proletariat und Bourgeoisie, dieser verräterischen Fortsetzung der Lüge von 1914 soll die Nationalversammlung dienen. Das soll ihre wahre Aufgabe sein. Mit ihrer Hilfe soll der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats zum zweiten Male erstickt werden. Aber wir erkennen, dass hinter dieser Nationalversammlung in Wahrheit der alte deutsche Imperialismus steht, der trotz der Niederlage Deutschlands nicht tot ist. Nein, er ist nicht tot; und bleibt er am Leben, so ist das deutsche Proletariat um die Früchte seiner Revolution geprellt.

Niemals darf das geschehen. Noch ist das Eisen warm, jetzt müssen wir es schmieden. Jetzt oder nie! Entweder wir gleiten zurück in den alten Sumpf der Vergangenheit, aus dem wir in revolutionärem Anlauf versucht haben, uns zu erheben, oder wir setzen den Kampf fort bis zum Sieg und zur Erlösung, bis zur Erlösung der ganzen Menschheit von dem Fluche der Knechtschaft. Damit wir dieses große Werk, die größte und erhabendste Aufgabe, die der menschlichen Kultur je gestellt worden ist, siegreich vollenden, dazu muss das deutsche Proletariat zur Aufrichtung der Diktatur schreiten.

*23. Dezember 1918*

# REDE AUF DEM GRÜNDUNGSPARTEITAG DER KPD<sup>1</sup>

---

*Paul Levi*

Ich weiß, es ist keine leichte Aufgabe, wenn ich eintrete für die Wahlen zur Nationalversammlung. Ich weiß, dass wir die missliche Lage selbst verschuldet haben. Wir konnten in der Presse diese Frage nicht ohne Hemmung erörtern, ob Nationalversammlung, ob Räteystem. Dabei ist in den Hintergrund getreten die Entscheidung, wie wir uns stellen, wenn die Entscheidung für die Nationalversammlung gefallen ist. Die ganze Wucht kommt zum Ausdruck in der Stimmung, die jetzt gegen die Nationalversammlung sich geltend macht ... die zeigen wollen, dass der revolutionäre Geist in der Provinz herrscht und nach Berlin verpflanzt werden müsse, wo man schon beginne, vom rechten Wege abzuweichen. Die Frage muss kühl und ruhig überlegt werden. Die ganze Macht müsste sich stützen auf die Räteregierung gegen die Nationalversammlung. Darin sind wir einig.

Das Proletariat ist gezwungen, aus diesem Chaos herauszuschreiten und neue Formen zu schaffen in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass der Gedanke der Räteverfassung, kommend aus dem Osten, dem revolutionären Proletariat vorgedacht im Osten, eine faszinierende Gewalt haben musste auf die Sinne des deutschen Proletariats. Es ist eine Selbstverständlichkeit, das Proletariat ist sich tief bewusst, dass nur auf dem Boden des Räteystems es kommen kann zu einer wirklichen Erfassung, zu einer wirklichen Ergreifung der politischen Macht im Staate und in der Gesellschaft. Es ist eine Selbstverständlichkeit und jeder stimmt dem zu, dass nur das Gebilde der Räteverfassung jene wunderbare Vereinigung (zustande bringt)<sup>2</sup>, in der der Wille und die Tat beieinander wohnen, in der das Proletariat nicht nur darauf beschränkt ist, durch Vertreter in einem Parlament Stimmen abzugeben und die ganze Exekutive zu überlassen einem eingelernten Stab von Technikern und Beamten, die ihm nur die Möglichkeit gibt, das ganze staatliche und wirtschaftliche Gebilde zu durchdringen mit sozialistischem Geist. Und es ist weiter für uns alle eine Selbstverständlichkeit, nur in dieser Betätigung selbst, nur in dem lebendigen Ergreifen aller staatlichen und wirtschaftlichen Gebilde wächst in dem Proletariat selbst der Gedanke des Sozialismus. Nur in jenem lebendigen Kampf wird auch in ihm der Sinn erweckt, der möglich ist, um das Gefäß des Sozialismus auszufüllen mit einem sozialistischen Geiste. Und, Parteigenossen, weiter.

Wenn wir rein theoretisch auch nur eine Minute im Zweifel gewesen wären, ob wir den Vorzug zu geben hätten der Räteverfassung oder der Nationalversammlung, so war die politische Entwicklung in Deutschland die, dass schon sie ohne weiteres Ausschlag geben müsste für das Proletariat. Die Nationalversammlung ist das Panier der Gegenrevolution. Die Nationalversammlung ist gedacht als die Burg, die die Gegenrevolution sich aufbauen will und in die sie sich zurückziehen will mit allen ihren Schranzen; mit Ebert und Scheidemann, mit allen ihren Generälen, mit Hindenburg und Groener, mit allen ihren wirtschaftlichen Mächten, mit Stinnes und Thyssen und den Direktoren der Deutschen Bank, will sie ihre Unterkunft suchen in der Nationalversammlung. Sie braucht die Nationalversammlung, sie wird der Anker sein, an dem sie ihre

schwimmenden Boote noch einmal wird können festlegen. Genossen, über alles das sind wir uns vollständig klar. Da ist nicht geringste Differenz zwischen ihnen und uns. Wir wissen ganz genau, der Weg des Proletariats zum Siege, er kann nur gehen über die Leiche der Nationalversammlung hinweg. Ich gebrauche das Wort der Leiche, obgleich es in Berlin in gewissem Sinne in Misskredit gekommen ist. Auch über folgendes geben wir uns keinem Zweifel hin. Die Nationalversammlung wird ganz nach Wunsch der Bourgeoisie, ganz nach dem Wunsche ihrer Agenten Ebert und Scheidemann ein gefügiges Instrument in den Händen der Gegenrevolution sein.

Es ist kein Zweifel, dass in dieser Nationalversammlung die Vertreter der entschlossenen revolutionären Richtung innerhalb des Proletariats in der Minderheit sich befinden werden. Parteigenossen! Trotzdem schlagen wir Ihnen vor, die Nationalversammlungswahlen nicht beiseite liegen zu lassen. Wir schlagen Ihnen vor, in diese Wahlen zur Nationalversammlung einzutreten mit aller Kraft (Rufe: Niemals! Nein!) Lassen Sie mich ausreden! Sprechen Sie Ihr „Niemals!“ erst am Schluss. Wir schlagen Ihnen vor, in diese Wahlen einzutreten und sie durchzukämpfen mit aller Erbitterung und aller Energie und aller Kampfesfreudigkeit, sage ich Ihnen, die Sie gezeigt haben in jedem Kampfe, um jede Position, die die Gegenrevolution bis jetzt vor Ihnen aufgerichtet hat. (Rufe: Vergeudung von Kraft!) Parteigenossen! Man sagt Vergeudung von Kraft. Ja, der Genosse hat Recht. Wenn die Positionen, die die Gegenrevolution vor uns aufrichtet, genommen werden können ohne Kraftaufwand, ohne dass wir sie stürmen, dann hat der Genosse Kahlert Recht. Solange die Bourgeoisie nicht bereit ist, das zu tun, so lange wird sie uns den Kampf aufdrängen, so lange sie freiwillig nicht einen Schritt zurückgeht, solange sie kämpft, so lange ist es unsere Aufgabe, den Kampf mit der Bourgeoisie aufzunehmen um jede Position, in der sie sich befindet. (Zwischenruf: Durch die Revolution!) Ihre Einwürfe kommen im Wesentlichen alle auf das gleiche hinaus, und Sie gestatten mir vielleicht, die Einwände, die nicht zu fern vom Wege abliegen, im Voraus zu erörtern. Sie sagen, der Eintritt in die Nationalversammlung und die Beteiligung zu den Wahlen ist ein unnützer Kräfteaufwand. Denn wenn ich Sie richtig verstehe, soll das heißen, es wird eine richtige Schwatzbude, wie der Reichstag war. Man wird beieinander sitzen, und miteinander reden, schöne Reden halten und dann wieder auseinandergehen, und für die Revolution ist nichts geschehen. Glauben Sie doch nicht, dass dieser Einwand ein so originaler sei, dass wir ihn hier nicht auch erwogen hätten. So weit vom Wege liegt der Einwand nicht ab.

Ich bitte Sie, das Folgende zu erwägen: Bedenken Sie die Geschichte des Parlamentarismus des deutschen Reichstags. Worin lag seine Schwäche? Seine Schwäche und die Schwäche der Sozialdemokratie im Reichstag bestanden darin, dass sie revolutionär wirken sollte in einem Parlament zu einer Zeit, wo keine revolutionäre Situation bestand. Lesen Sie etwa die Reden von Bebel aus den 90er Jahren, noch aus dem Anfang dieses Jahrhunderts, im deutschen Reichstag. Es sollte Revolution gemacht werden, wo keine war. Man beschränkte sich darauf zu reden und zu prophezeien von der drohenden Revolution, und jener klaffende Widerspruch zwischen einer revolutionären Phraseologie und einer mangelnden revolutionären Situation in der Arbeiterschaft und dem Staate, der musste im letzten Ende die sozialdemokratische Fraktion in jene äußere Untätigkeit hineintreiben, die wir alle miteinander am deutschen Reichstag verabscheuen.

Aber heute, wie ist denn heute die Situation? Ist es denn heute so? Wenn Ihre Vertreter in die Nationalversammlung eintreten, ist es denn so, dass sie nur stehen und von der kommenden Revolution prophezeien? Ist denn die Situation nicht vielmehr die, dass, und wenn es nur zwei Mann sind, die Sie vertreten, sie einmarschieren können in diesen Saal und sprechen können wie jener Gesandte Friedrichs des Großen in London: Hinter mir marschieren die Millionen des deutschen Volkes! Können sie nicht, wenn sie heute eintreten, eine ganz andere, nicht nur moralische, sondern auch physische Gewalt in die Waagschale werfen? Sie sagen, die Proletarier, sie sollen alles tun. Sie sollen mit Handgranaten auf die Straße gehen. Ja, Genossen, schließt denn eines das andere aus? Ist denn nicht, was Sie mir sagen, die notwendige und selbstverständliche Ergänzung einer Aktion im Parlament, das ist ja gerade der Unterschied zwischen dem, was Sie im Parlament sehen und dem, was wir darunter verstehen. Sie sehen im Parlamente immer nur jenes lendenlahme Gebilde, das das Parlament war und sein musste, solange das Proletariat nicht in einer revolutionären Situation war. Es ist heute ein anderes Ding geworden. Ihre Vertreter würden heute in das Parlament eintreten, nicht zum Reden, nicht zum Schwatzen, nicht zum Verbesserungsanträge-Stellen, nicht um in Kommissionen mit den oder jenen Vertretern zu verhandeln, nicht um hin und her zu laviere. Sie werden stehen und fechten müssen mit der Androhung der offenen Gewalt, die hinter diesen proletarischen Vertretern steht. (Zwischenruf: Dann hätten wir in der USPD bleiben können!) Nein, verehrte Genossen, nein Genossen, das, was uns letzten Endes von der USPD trennt und was den Genossen, der den Zwischenruf machte, unterscheidet von uns, das ist ja gerade, dass wir sagen, die USPD war nie und nimmer bereit, das Hauptgewicht der revolutionären Opferfreudigkeit, der revolutionären Kraft in die Waagschale zu werfen, dass sie zurückgeschreckt ist vor den letzten Konsequenzen des revolutionären Kampfes, dass sie deswegen auch nicht bereit sein will, jene letzten Konsequenzen und Folgerungen zu ziehen, die gezogen werden müssen und davor wird keiner von uns zurückschrecken. Und ich sage, Parteigenossen, wenn Sie heute der Bourgeoisie die Möglichkeit geben, eine Nationalversammlung zu bilden, zusammenzutreten, und Sie sind fern, welche Möglichkeiten haben Sie? Sie haben die Möglichkeit, mit Waffengewalt zu erscheinen und, wenn es Ihnen gelingt, die Vertreter auseinanderzujagen. Die Möglichkeit steht vor Ihnen. Haben Sie die physische Gewalt, so mag es sein, dass es genügt, dass Sie die physische Gewalt haben in einem Orte, in dem die Nationalversammlung zusammentritt. Und was ist dann geschehen? Dann wird die Nationalversammlung auseinandergejagt sein, und dann wird Ihrer aller glühender Wunsch erfüllt sein. Und sage mir einer: Wird durch dieses Auseinanderjagen in irgendeinem Punkte die reale Macht der Bourgeoisie, die reale Macht der Gegenrevolution gebrochen sein? Ich sage nein! Sie können die Nationalversammlung auseinanderjagen. Sie können vierhundert deutsche Bourgeois verhaften und irgendwo in Sicherheit setzen, und die Konterrevolution wird trotzdem genauso weitermarschieren, wie wenn die vierhundert Mann noch vorhanden wären. Ihre Position ist eine andere. Sie müssen in jede Schanze, die die Bourgeoisie Ihnen aufbaut, eindringen und im zähen Kampfe Mann gegen Mann die Schanze erstürmen.

Sie müssen auch in diesem Parlament gegenüber allen Anschlägen kämpfen und wieder kämpfen, und ich sage Ihnen, anders kämpfen als bisher, als mit Reden. Sie müssen auftreten in dem Bewusstsein, dass hinter Ihnen steht die Macht des Proletariats. Nur

in diesen Kämpfen, Parteigenossen, können Sie moralisch überwinden den Feind, und nur in diesen Kämpfen wird es so weit kommen, dass, wenn Sie gezwungen sein sollten, physisch ihn zu überwinden, der physische Kampf den Erfolg haben wird, dass die Bourgeoisie in einer Zinne, die sie sich gebaut hat, eine politische Niederlage erleiden wird, die für sie wohl das Ende sein wird. Sie können nun sagen, das ist keine politische Niederlage. Sie können sie im Kampfe überwinden, das ist der Punkt, in dem die Bourgeoisie dauernd ihre Machtposition in Deutschland verliert. In Russland haben bekanntlich auch die Bolschewiki sich stets an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligt. Die Bolschewiki haben es getan, obgleich sie wussten, dass sie in der Nationalversammlung eine verschwindende Minderheit werden würden. Und erst, als im Laufe der Nationalratswahlen die Situation so wurde, dass objektiv die Nationalversammlung überholt war durch den Zustand, in dem Russland sich befand, haben sie die Nationalversammlung auseinandergejagt. ([Zwischenruf:] Machen wir sofort!) Sie sagen, das machen Sie sofort. Woher wissen Sie, dass ganz Deutschland heute bereits in einem so vorgeschrittenen Stadium der Revolution ist, wie der Genosse es glaubt? Gewiss, es kann sein.

Wir können es in Berlin machen, in Rheinland-Westfalen sind die Verhältnisse soweit, es kann auch sein in Oberschlesien. Aber sind die drei Bezirke Deutschland? Ich sage nein! Ich sage, hinter dieser Macht, die die Nationalversammlung aufheben will, und in der Auflösung glaubt bekunden zu können den völligen politischen Niedbruch der Bourgeoisie, muss mehr stehen als diese drei Zentren, von denen ich eben sprach, und von denen Sie glauben, dass Sie ein Abbild geben der deutschen Verhältnisse. Die Bolschewiki zu Anfang, als keiner hinter ihnen stand, haben sich an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligt und erst als der Zersetzungsprozess so weit gediehen war, dass am Schluss der ganzen Kampagne und beim Zusammentritt der Nationalversammlung sie die Macht hinter sich hatten, erst in diesem Moment haben sie sich darauf konzentriert, die Nationalversammlung auseinanderzujagen. Es ist nicht wahr, dass die Russen eine Taktik eingeschlagen hatten, wie die, dass sie von Anfang an gesagt hätten, kommt das Ding zusammen, so jagen wir es auseinander. Im Gegenteil, sie hatten sich vorbereitet, in die Nationalversammlung einzutreten, um dort zu reden und zu handeln. Mir scheint, dass die ganze Auffassung, die obwaltet, doch eine höchst äußerliche und rohe Auffassung ist von den Begriffen Revolution und Konterrevolution, die glaubt, dass man Revolution machen kann, und die glaubt, dass man die Gegenrevolution erwürgen kann, wenn man sich an irgendeinem beliebigen Symptom vergreift. So sind die Dinge nicht. Sie müssen jede Position, in denen die Bourgeoisie Ihnen die Stirn bietet, angreifen. Sie müssen von jeder Position im Wahlkampfe Besitz nehmen. Parteigenossen! Ich bitte Sie doch nur, sich die Folgen vorzustellen, die eintreten würden im Falle der Nichtbeteiligung an den Nationalratswahlen. Ich bitte Sie, folgendes zu bedenken: Der Genosse aus Wilhelmshaven, der so eifrig hier Zwischenrufe macht, bedenke doch, gewiss es kann eine große Schar von Männern geben, die während des ganzen Krieges zu uns gehalten haben. Es mag sein, dass sie den Boykott der Wahlen verstünden. Aber denken Sie doch an die ungeheure Schar, die jetzt zum ersten Mal sich an den Wahlen beteiligt, sei es, dass sie zum ersten Mal durch die Revolution hineingerissen sind in den Strudel der politischen Betätigung, sei es jene ungeheure Schar von Jugendlichen und Frauen, die jetzt zum ersten Mal das Wahlrecht in die Hand bekommen. Wenn Sie jetzt die Parole für Boykott der

Wahlen ausgeben, so wird es Ihnen nie und nimmer gelingen, jene gewaltigen Scharen, die innerlich mit uns sympathisieren, die innerlich mit uns stehen und die wir in kurzer Zeit mit uns verbinden könnten, sie werden beiseite stehen. Und wir werden, Gen. Rühle<sup>3</sup>, keinen Humbug mit ihnen treiben sondern wir werden sie treiben in das Lager derer, wo wirklich Humbug mit ihnen getrieben wird. Das wird der Erfolg der ganzen Taktik sein.

Und Genossen, Sie scheinen ja im Wesentlichen Ihre Meinung schon gebildet zu haben. Ich möchte Ihnen nur ernstlich einmal folgendes vorstellen und Sie bitten, nicht aus von Zuhause mitgebrachten, vor gefassten Meinungen zu entscheiden. Die Frage ist zu ernst. Wir sehen alle die Situation so an, dass an der Entscheidung dieser Frage für Monate hinaus das Schicksal unserer Bewegung sich entscheiden kann. Wir bestehen durchaus auf der tiefen und entscheidenden Bedeutung dieser Frage. Wir verkennen nicht, Parteigenossen, werden Sie die Frage in anderem Sinne entscheiden als wir, die deutsche Revolution wird daran nicht sterben, das ist selbstverständlich. Sie werden auf lange Zeit hinaus unsere Bewegung lahmen. Denn denken Sie doch nur an folgende Situation. Die Nationalversammlung wird zusammentreten. Sie wird, und das können Sie nicht verhindern, auf Monate hinaus vielleicht das gesamte politische Bild Deutschlands beherrschen. Sie wird im Zentrum der deutschen politischen Bewegung stehen. Sie werden nicht verhindern können, dass alle Augen darauf schauen, sie werden nicht verhindern können, dass selbst Ihre besten Anhänger sich orientieren, sich informieren, zusehen müssen, was geht in der Nationalversammlung vor? Sie wird in das Bewusstsein der deutschen Proletarier eintreten, und gegenüber dieser Tatsache wollen Sie draußen stehen und von draußen wirken? Parteigenossen! Sie wollen die Nationalversammlung auflösen. Was glauben Sie, wenn etwa die Nationalversammlung tagt an einem Orte wie Schilda. (Zwischenruf: Dann ist sie von selbst gerichtet!) Von selbst richtet sich kein Ding, das noch eine so gewaltige Macht repräsentiert wie die deutsche Bourgeoisie. Die deutsche Bourgeoisie konstituiert sich, fasst ihre ganze Macht zusammen, schafft sich ein Organ, um noch einmal die Revolution zu unterdrücken, und da kommen Sie und sagen, das richtet sich von selbst. Das richtet sich nicht von selbst. Es ist unsere Pflicht, in jenes Gebäude einzudringen, es ist unsere Pflicht, die Feuerbrände zu werfen in diese Schanzen, unsere Pflicht, auch so weit den Kampf aufzunehmen, wie wir ihn aufnehmen würden in jeder anderen Situation, wo die Bourgeoisie uns die Stirne bietet. Es kommt auf nichts anderes heraus als darauf, da, wo die Bourgeoisie sich aufbaut, wo sie noch einmal alle Kräfte zusammenballt, noch einmal bereit ist, den Kampf aufzunehmen, da sagen Sie, wir machen da nicht mit? Und ich sage Ihnen, Sie werden mit dieser Entscheidung sich selbst und unserer Bewegung den größten Schaden zufügen.

*30. Dezember 1918*

- 1 Paul Levi hielt diese Rede als erster Sprecher in der Nachmittagssitzung des 30. Dezember 1918 zur Begründung des Antrags auf Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung. Der Antrag, der von der Kerngruppe (unter Führung von Rosa Luxemburg) eingebracht worden war, wurde von den Utopisten und Anarchosyndikalisten, die den Parteitag beherrschten, mit einem Stimmverhältnis von 62 zu 23 Stimmen abgelehnt. Der Text folgt einer Abschrift, die in der „Library for Political Studies“, New York, aufbewahrt wird.
- 2 Sinngemäß ergänzt, fehlt im Original.
- 3 Rühle, Otto (1874-1943), Leiter der Gruppe „Internationale Kommunisten Deutschlands“, Mitbegründer der KPD, in der er dem ultralinken Flügel angehörte.

# WAS MACHEN DIE FÜHRER?

---

Rosa Luxemburg

In der Glutatmosphäre der Revolution reifen Menschen und Dinge mit unheimlicher Schnelligkeit. Erst vor kurzen 3 Wochen, als die Reichskonferenz der A.- u. S.-Räte geschlossen wurde<sup>1</sup>, schienen Ebert-Scheidemann im Zenit ihrer Macht zu stehen. Die Vertretung der revolutionären Arbeiter- und Soldatenmasse ganz Deutschlands hatte sich ihrer Führung blindlings ergeben. Die Einberufung der Nationalversammlung, die Aussperrung der „Straße“, die Degradierung des Vollzugsrats und mit ihm der A.- u. S.-Räte zu ohnmächtigen Scheinfiguren – welcher Triumph der Gegenrevolution auf der ganzen Linie! Die Früchte des 9. November schienen vertan und verspielt, die Bourgeoisie atmete wieder beruhigt auf, die Massen standen ratlos, entwaffnet, erbittert und doch zweifelnd da. Ebert-Scheidemann wähten sich auf dem Gipfel der Macht.

Die blinden Toren! Noch sind keine zwanzig Tage seitdem verflossen, und ihre scheinbare Macht ist über Nacht ins Wanken geraten. Die Massen sind eben die wirkliche Macht, die reale Macht kraft ihrer Interessen, kraft der historischen Notwendigkeit, kraft des ehernen „Muss“ der Geschichte. Mag man ihr vorübergehend Fesseln anlegen, ihre Organisation formell jeder Macht berauben – sie braucht sich nur zu regen, nur ihr Rückgrat steif aufzurichten, schon hebt der Boden unter den Füßen der Gegenrevolution.

Wer die gestrige Massendemonstration in der Siegesallee miterlebt hat, wer diese felsenfeste revolutionäre Überzeugung, diese prächtige Stimmung, diese Tatkraft, die aus den Massen strömte, mit gespürt hat, der musste zu dem Schluss gelangen: Die Proletarier sind durch die Schule der letzten Wochen, der jüngsten Ereignisse politisch enorm gewachsen. Sie sind sich ihrer Macht bewusst geworden, und nichts fehlt ihnen, als von dieser Macht Gebrauch zu machen.

Die Ebert-Scheidemann und ihr Auftraggeber, die Bourgeoisie, die fortwährend über „Putsche“ zetern, erleben in diesen Stunden dieselbe Enttäuschung, wie sie einst der letzte Bourbone erlebt hat, dem auf seinen empörten Ruf über die „Rebellion“ des Pariser Volkes von seinem Minister die Antwort gegeben wurde: *Herr, das ist keine Rebellion, das ist eine Revolution!*

Ja, eine *Revolution* ist es, mit all ihrem äußeren wirren Verlauf, mit der abwechselnden Ebbe und Flut, mit momentanen Anläufen zur Machtergreifung und ebenso momentanen Rückläufen der revolutionären Sturzwelle. Und durch all diese scheinbaren Zickzackbewegungen setzt sich die Revolution Schritt um Schritt siegreich durch, schreitet sie unaufhaltsam vorwärts.

Die Masse muss eben im Kampfe selbst zu kämpfen, zu handeln lernen. Und man spürt heute: Die Arbeiterschaft Berlins *hat* in hohem Maße zu handeln gelernt, sie dürstet nach entschlossenen Taten, nach klaren Situationen, nach durchgreifenden Maßnahmen. Sie ist nicht mehr dieselbe wie am 9. November, sie *weiß*, was sie will und was sie soll.

Sind aber ihre Führer, die ausführenden Organe ihres Willens, auf der Höhe? Sind die revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe, sind die radikalen Elemente der USPD inzwischen an Tatkraft, Entschlossenheit gewachsen? Hat ihre Aktionsfähigkeit mit der wachsenden Energie der Massen Schritt gehalten?



Wir befürchten, diese Frage nicht mit einem glatten Ja beantworten zu können. Wir fürchten, die Führer sind noch dieselben, wie sie am 9. November waren, sie haben wenig hinzugelehrt.

24 Stunden sind seit dem Anschlag der Ebert-Regierung gegen Eichhorn verflossen.<sup>2</sup> Die Massen sind dem Appell ihrer Führer mit Ungestüm gefolgt, sie haben die Wiedereinsetzung Eichhorns aus eigenen Kräften spontan durchgeführt, sie haben aus eigener Initiative spontan den **Vorwärts** besetzt, sich der bürgerlichen Redaktionen und des WTB<sup>3</sup> bemächtigt, sie haben sich, soweit es ging, bewaffnet. Sie warten auf weitere Weisungen und Handlungen ihrer Führer.

Was haben diese inzwischen getan, was beschlossen? Welche Maßnahmen haben sie ergriffen, um in der gespannten Situation, in der die Schicksale der Revolution zum mindesten für den nächsten Abschnitt entschieden werden, den Sieg der Revolution zu sichern? Wir sehen und hören nichts! Mag sein, dass die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft gründlich und ausgiebig *beraten*. Jetzt gilt es aber zu *handeln*.

Die Ebert-Scheidemann verzetteln ihre Zeit sicher nicht mit Beratungen. Sie schlafen ganz gewiss nicht. Sie bereiten im Stillen mit der üblichen Energie und Umsicht der Konterrevolutionäre ihre Zettelungen vor, sie schleifen ihr Schwert, um die Revolution zu überrumpeln, zu meucheln.

Andere, pflaumenweiche Elemente sind sicher schon fleißig am Werke, um „Verhandlungen“ anzubahnen, um Kompromisse herbeizuführen, um über den blutigen Abgrund, der sich zwischen der Arbeiter- und Soldatenmasse und der Regierung Eberts aufgetan, eine Brücke zu schlagen, um die Revolution zu einem „Vergleich“ mit ihren Todfeinden zu verleiten.

Da ist keine Zeit zu verlieren. Da müssen sofort durchgreifende Maßnahmen vorgenommen werden. Den Massen, den revolutionstreuen Soldaten müssen klare und rasche Direktiven gegeben, ihrer Energie, ihrer Kampflust müssen die richtigen Ziele gewiesen werden. Die schwankenden Elemente unter den Truppen können nur durch entschlossenes, klares Handeln der revolutionären Körperschaften für die heilige Sache des Volkes gewonnen werden.

Handeln! Handeln! Mutig, entschlossen, konsequent – das ist die verdammt Pflicht und Schuldigkeit der revolutionären Obleute und der ehrlich sozialistischen Parteiführer. Die Gegenrevolution entwaffnen, die Massen bewaffnen, alle Machtpositionen besetzen. *Rasch* handeln! Die Revolution verpflichtet. Ihre Stunden zählen in der Weltgeschichte für Monate und ihre Tage für Jahre. Mögen sich die Organe der Revolution ihrer hohen Pflichten bewusst sein!

7. Januar 1919

1 Vom 16. bis 21. Dezember 1918 tagte in Berlin der 1. Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, auf dem die Vertreter der SPD dominierten. Mit der Zustimmung, am 19. Januar 1919 die Wahlen zu einer Nationalversammlung durchzuführen, die die weitere Regelung übernehmen sollte, und der Wahl eines Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte, dem nur das Recht zugebilligt wurde, wichtige Gesetzesvorlagen der Regierung zu beraten, entschied dieser Kongress in der Grundfrage der Revolution, Rätemacht oder bürgerliche Nationalversammlung, zugunsten des bürgerlichen Staates.

2 Am 4. Januar 1919 war der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn, der dem linken Flügel der USPD angehörte, von der sozialdemokratischen Regierung als abgesetzt erklärt worden. Damit sollten die revolutionären Arbeiter und Soldaten Berlins zu unvorbereiteten bewaffneten Kämpfen provoziert werden. Die revolutionären Obleute, die Berliner Leitung der USPD und die Zentrale der KPD riefen gemeinsam die Werktätigen und Soldaten zu Aktionen

für die Rücknahme der Absetzung Emil Eichhorn, für die Entwaffnung der Konterrevolution und die Bewaffnung der Arbeiter auf. Hunderttausende demonstrierten am 5. Januar In Berlin, formierten sich in der Siegesallee und marschierten zum Polizeipräsidium.

3 Wolfs Telegraphisches Büro.

# AUS DEM TELEGRAMM DER SOWJETREGIERUNG: „AN ALLE ARBEITER-, SOLDATEN- UND MATROSEN- RÄTE DEUTSCHLANDS“ *Zarskoje Selo, 11. November*

---

Wir haben Radio von Kiel erhalten, dass Arbeiter, Soldaten und Matrosen Deutschlands die Macht erlangt haben. Die russische Räteregierung beglückwünscht Euch von ganzem Herzen...

Arbeiter, Soldaten und Matrosen Deutschlands, solange Ihr eine Regierung duldet, die aus Prinzen, Kapitalisten und Scheidemännern besteht, habt Ihr die Macht nicht in den Händen. (...) Es gilt, mit den Waffen in der Hand wirklich die Macht überall zu übernehmen, eine Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenregierung mit Liebknecht an der Spitze zu bilden. Lasst Euch keine Nationalversammlungen aufschwätzen: Ihr wisst, wohin Euch der Reichstag gebracht hat.

Nur die Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte und eine Arbeiterregierung werden das Vertrauen bei den Arbeitern und Soldaten der anderen Länder erwecken. Sie wird den Arbeitern Englands und Frankreichs einen ehrlichen Frieden vorschlagen, und wir sind fest überzeugt, dass diese unserem und Eurem Beispiel folgen, mit ihren Kapitalisten und Generälen abrechnen werden und dass dann ein ehrlicher Volksfriede geschlossen wird.

Es gilt gleichzeitig mit dem Kampfe um Friede und Freiheit den Kampf um Brot zu führen. In Russland gibt es in der Ukraine, am Don, im Kubangebiet genug Brot für uns und Euch. Darum sucht die englische Regierung schnell durch das Schwarze Meer nach Südrussland zu gelangen, um dort den Generälen Denikin, Krasnow und Skoropadski zu helfen, das Brot den Arbeitern zu entreißen. Unsere Rote Armee kämpft mutig gegen die Banden der Arbeiterfeinde, die auch von Euren Generälen und der Regierung der Scheidemänner unterstützt werden. Wollt Ihr Brot haben, dann gilt es, schnell zu handeln, bevor die Engländer es wegschnappen. Die deutschen Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte müssen sofort durch Funkspruch und Delegierte den deutschen Soldaten in der Ukraine den Befehl geben. Während die Rote Armee diese Banden von Norden angreift (die Kräfte Krasnows sind sehr schwach), können wir ihn in ein paar Wochen geschlossen erdrücken, und dann gibt es Brot für Euch.

Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte, die Regierung Scheidemanns hat den Gesandten der russischen Räteregierung aus Berlin hinausgejagt aus Angst, dass er die Verbindung zwischen den deutschen und russischen Soldaten und Arbeitern herstellen könnte. Wir können nicht sofort Delegierte zu Euch senden, da die deutschen Generäle in Litauen und Polen den Weg zu Euch versperren, bis Ihr die Generäle Hoffmann und Beseler an die Kandare genommen habt. Verbindet Euch mit uns durch Funkspruch, ruft die Moskauer und Zarskoje Funkstation an und teilt mit, was in Deutschland geschieht. Wir spannen alle Kräfte an, um Euch bald Brot zu senden.

Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter und der Soldaten! Es lebe das Bündnis der freien russischen Arbeiter und deutschen Soldaten und Matrosen! Es lebe die deutsche Räterepublik!

*Die russische Arbeiter-, Bauern und Soldatenregierung  
erschieden in der Roten Fahne vom 18. November 1918*

# GLOSSAR UND PERSONENREGISTER

---

**Bolschewiki:** Bezeichnung für die Mehrheit der russischen Sozialdemokratie. Von 1903 bis 1912 spiegeln sich die Debatten der internationalen Sozialdemokratie in Russland besonders zugespitzt wieder. Das führte schließlich zur Spaltung in die revolutionären Bolschewiki und die „gemäßigten“ Menschewiki.

**Ebert, Friedrich:** SPD Politiker (1871-1925). Er übernahm nach dem Tod August Bebel 1913 den Vorsitz der SPD. Ebert kam aus einfachen Verhältnissen und stand bis auf nur kurze Ausnahmen ab den 1890er Jahren im Sold von Partei oder Gewerkschaft. Im Gegensatz zu August Bebel „Keinen Mann und keinen Heller diesem System“ unterwarf Ebert die SPD der Kriegshetze „Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich“. Ebert vertrat in allen politischen Fragen eine „pragmatische“ Linie und hielt nicht viel von Ideologie. Mit dem Ausbruch der Revolution 1918 ging ein Bündnis mit dem rechten Teil des deutschen Militärs ein zur deren Zerschlagung ein.

**Freikorps:** Waren reaktionäre militärische Verbände, die sich beim Zusammenbruch des dt. Kaiserreiches bildeten. Sie waren federführend bei der Niederschlagung der Revolution, der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg, dem Kapp Putsch etc. Sie unterstanden zuerst direkt dem Befehl Gustav Noskes. Durch das „Gesetz zur Bildung von freiwilliger Volkswehren“ vom 18. Dezember 1918 legitimierte die Regierung Ebert die Freikorps, die später die Schlägertrupps der Nazis bildeten.

**Kautsky, Karl:** SPD Politiker (1854-1938). Vertrat als Gegenspieler Bernsteins in der Revisionismusdebatte den marxistischen Standpunkt. In den 1910er Jahren folgt das Ableiten in den Reformismus. 1914 brechen Liebknecht und Luxemburg endgültig mit Kautsky, weil er sich an die Fraktionsdisziplin der SPD hält und für die Kriegskredite stimmt. War aufgrund seines Pazifismus im 1. Weltkrieg in der. 1917 stellte sich Kautsky führend gegen die Oktoberrevolution und die Politik der Bolschewiki. Kehrt schließlich wieder in die SPD zurück, verlor aber zunehmend an Einfluss.

**Kriegskredite:** Für den finanziellen Rahmen zur Kriegsführung musste der dt. Reichstag formal den Kriegskrediten zustimmen. Die SPD verließ mit der Zustimmung alle ihre Grundsätze.

**Liebknecht, Karl:** Revolutionär (1871-1919). Sohn des „Gründungsvaters“ der dt. Sozialdemokratie Wilhelm Liebknecht. Kämpfte gegen die revisionistischen, reformistischen und militaristischen Strömungen innerhalb der 2. Internationale und der SPD. Stimmte als erster Reichstagsabgeordneter gegen die Kriegskredite 1914. Wurde aus der SPD ausgeschlossen, an die Front geschickt und inhaftiert. Baute gemeinsam u.a. mit Rosa Luxemburg die Gruppe Internationale auf, aus der schließlich der Spartakusbund hervorging. Rief am 9. beim Berliner Schlosses die sozialistische Republik aus. Bis zur Gründung der KPD im Jänner 1919 Mitglieder der USPD. Am 15. Jänner 1919 im Zug der Niederwerfung des Jänneraufstandes von SPD gesteuerten Freikorps ermordet.

**Luxemburg, Rosa:** Revolutionärin (1871-1919). Stammte ursprünglich aus Polen und schloss sich dann der SPD an. Kämpfte dort für einen revolutionären Kurs und gegen den Revisionismus Bernsteins. Warnte lange vor dem aufkommenden Militarismus auch innerhalb der SPD. Schloss sich mit Liebknecht zur Gruppe Internationale und schließlich zum Spartakusbund zusammen. Agitierte seit 1916 aus dem Gefängnis, in dem sie wegen ihrer internationalistischen Haltung bis zu ihrer Befreiung durch die Novemberrevolution saß. Am 15. Jänner 1919 im Zug der Niederwerfung des Jänneraufstandes von SPD gesteuerten Freikorps ermordet.

**MSPD:** Mehrheits-SPD oder Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands. Der Name wurde als Abgrenzung zu USPD zwischen 1917 und 1919 benutzt. Durch den Begriff „Mehrheits“ sollte der Eindruck erweckt werden, dass es die MSPD sei, die das Erbe Bebel's und Wilhelm Liebknechts in sich trug.

**Müller, Richard:** USPD Politiker (1880-1948). War ein aktiver Gewerkschafter und Sozialist während des 1. Weltkrieges. 1918 maßgeblich an den Jännerstreiks beteiligt und deswegen auch zum Militärdienst eingezogen. Spielte eine führende Rolle in der Novemberrevolution als Teil der „Revolutionären Obleute“ und als Vorsitzender des am 10. Jänner 1918 gewählten Arbeiter- und Soldatenrates von Berlin. Müller kritisierte die „aufständlerische“ Grundhaltung der KPD und ihre nicht Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung. Er schloss sich erst mit der Mehrheit der USPD 1920 der KPD an, die er aber schon 1922 wieder verließ.

**Noske, Gustav:** SPD Politiker (1868-1946). Noske zeichnet sich für die militärische Niederschlagung der Novemberrevolution verantwortlich. Dafür ging er ein Bündnis mit rechten Militärs ein und bediente sich faschistischer Schlägertrupps (Freikorps). Noske war auch unmittelbar in die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht eingebunden. Für seine Politik erhielt er die Bezeichnung „Bluthund“. Die Ablehnung ihm gegenüber ging soweit, dass er 1928 z. B. der pommerische SPD Bezirksvorstand einstimmig den SPD Parteivorstand aufforderte, eine Kandidatur Noskes zu verhindern. In seinen Memoiren nach dem 2. Weltkrieg versuchte er seine Rolle mit einem plumpen Antisemitismus zu beschönigen. Dabei brandmarkte der den „ostjüdischen“ Einfluss in der deutschen ArbeiterInnenbewegung.

**Reformismus:** Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in der internationalen Sozialdemokratie schwelende Diskussion über die Möglichkeit eines friedlichen Hinüberwachsens des Kapitalismus in den Sozialismus. Die Anhänger argumentierten, dass durch die stetigen Reformen Staat und Gesellschaft den Charakter ändern würden. Auf Seiten des Marxismus lehnten die Bolschewiki, Rosa Luxemburg u. a. diese Argumentation mit Luxemburgs Vergleich ab, dass das Meer (=Kapitalismus) auch durch noch so viel Limonade (=Reform) niemals süß schmecken würde.

**Revisionismus:** Geblendet vom wirtschaftlichen Boom gegen Ende des 19. Jahrhunderts und dem Aufstieg der Sozialdemokratie entstand der Revisionismus als Strömung innerhalb der SPD. Einer ihrer Hauptvertreter war Eduard Bernstein. Er strebte eine Änderung (=Revision) der marxistischen Programmatik an. Er sah keine Not-

wendigkeit mehr in einer sozialen Revolution und forderte eine stärkere Integration in den wilhelminischen Staat und die Wirtschaft. Bernstein stand damit im Gegensatz zu den Ansichten Wilhelm Liebknechts, Rosa Luxemburgs, August Bebel und Karl Kautskys. Am Parteitag in Dresden 1903 wurde die Revisionismusdebatte durch einen Antrag Kautsky abgelehnt und formal beendet. Bernstein auch folgendes Zitat in den Mund gelegt: „Der Weg ist das Ziel“.

**Revolutionäre Obleute:** Zusammenschluss unabhängiger gewählter (gewerkschaftlicher) Vertrauensleute zwischen 1914 und 1918. Führend in der Novemberrevolution beteiligt. Die meisten von ihnen waren in der USPD organisiert. Damit verzichteten sie auf eine eigene organisierte Gruppe innerhalb der USPD wie etwa der Spartakusbund. Beteiligte sich am Jänneraufstand und wurden mit der Niederschlagung der Rätebewegung zerschlagen.

**Scheidemann, Phillip:** SPD Politiker (1865-1939). Neben Friedrich Ebert ein Hauptdarsteller bei der Niederschlagung der deutschen Revolution von 1918. Scheidemann teilte sich mit Ebert ab 1917 dem Parteivorsitz und versuchte noch länger als Ebert eine Spaltung der Partei wegen der Kriegsfrage zu verhindern. Auf Druck der Massen rief Scheidemann vom Balkon des Reichstages am 9. November die Republik aus. 1919 setzte er als Reichsministerpräsident Freikorps zur Niederschlagung streikender ArbeiterInnen im Ruhrgebiet ein.

**Sozialistengesetze:** Bezeichnung für rund 30 Gesetze zum de facto Verbot der Sozialdemokratie unter Reichskanzler Bismarck von 1878 bis 1890. Die Aufhebung der Sozialistengesetze legte den Grundstein für den fulminante Aufstieg der SPD und Gewerkschaften gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Später nutzte der rechte Parteiflügel die Sozialistengesetze als Drohung vor zu radikalen Forderungen und die Angst vor deren Wiedereinführung.

**Spartakusaufstand:** Falsche Bezeichnung für den Aufstand des Berliner Proletariats im Jänner 1919. Nicht nur existierte der Spartakusbund nicht mehr (Gründung der KPD!), so wurde der Aufstand maßgeblich von den Revolutionären Obleuten (mit)getragen. Die Führung der KPD war gegen den Aufstand, trug ihn aber letztlich wegen der hohen Beteiligung des Berliner Proletariats mit.

**Spartakusbund:** Mit dem Ausbruch des 1. Weltkriegs organisierten sich die SozialistInnen um Luxemburg, Liebknecht, Mehring etc. in der Gruppe Internationale. 1916 ging sie im Spartakusbund, der ab 1917 den linken Flügel der USPD bildete auf. Wegen der lavierenden und dadurch verhängnisvollen Politik der USPD gründete sich aus dem Spartakusbund im Neujahr 1918/19 die Kommunistische Partei Deutschlands.

**SPD:** Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Entstand durch den Zusammenschluss des reformistischen „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ von Ferdinand Lassalle und der eher marxistisch ausgerichteten „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ von August Bebel und Wilhelm Liebknecht zur vorerst „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Marx geißelte die programmatischen Zugeständnisse an die

„Lassallianer“ in einem eigenen Buch „Kritik des Gothaer Programms“. Am Erfurter Parteitag 1891 erfolgte schließlich die Umbenennung in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“. Dieses Mal ist es Engels, der erneut das lassallianesische Erbe im Erfurter-Programm brandmarkt.

**USPD:** Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Entstand als Ablehnung der Kriegsbefürwortung der SPD im 1. Weltkrieg. Nach Karl Liebknecht weigerten sich 1915 weitere 9 SPD Abgeordneten der Verlängerung der Kriegskredite zuzustimmen. Sie wurden schließlich aus der SPD ausgeschlossen und bildeten den Kern der 1917 als eigenständige Partei gegründeten USPD. In ihr fanden sich sowohl Revolutionäre wie Luxemburg und Liebknecht, aber auch kleinbürgerliche Pazifisten wie Bernstein oder Kautsky. Demnach hatte die USPD auch kein revolutionäres Profil bzw. Programm, sondern schwankte zwischen Revolution und Reform – was als Zentrismus bezeichnet wird. Grundsätzlich stand eine radikalere Basis einer gemäßigten Führung gegenüber. Am Beginn der deutschen Revolution 1918 spielte die USPD die wichtigste Rolle, weil die Masse der fortgeschrittensten Schichten der ArbeiterInnenklasse und Soldaten in ihr organisiert waren. Im Zug der Auseinandersetzungen ließ sich aber die Führung der USPD durch die SPD an den Rand drücken und gab die Initiative aus der Hand. Ende 1918 verließ der Spartakusbund die USPD, um die KPD zu gründen. Die Mehrheit der USPD schloss sich 1920 der KPD an, der Rest kehrte 1922 wieder zur SPD zurück.





## **Die Sozialistische Linkspartei: Aktiv, international, sozialistisch!**

**Die SLP ist aktiv.** Die SLP ist aktiver Bestandteil der Jugendbewegung gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Die SLP ist Teil der Frauenbewegung gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen und aktive Opposition in den Gewerkschaften für einen kämpferischen Kurswechsel.

**Die SLP ist international.** Wir sind Teil des „Komitees für eine ArbeiterInnen Internationale“ (CWI/KAI), dem Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir verstehen uns als Fortsetzung der besten und kämpferischsten Traditionen der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung der letzten 150 Jahre.

**Die SLP ist demokratisch.** Wir haben keine Privilegien zu vergeben. Wir sind vom Establishment, den bürgerlichen Parteien, Konzernen etc. unabhängig. Wir sind keine KarrieristInnen; FunktionärInnen auf allen Ebenen beziehen maximal einen durchschnittlichen FacharbeiterInnen-Lohn.

**Die SLP ist sozialistisch.** Unser Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ der Vergangenheit hatten mit Sozialismus nichts zu tun.

**Monatlich sozialistische Nachrichten.** Die SLP bringt in ihrer Zeitung **VORWÄRTS** monatlich sozialistische Standpunkte, Analysen zu aktuellen politischen – nationalen wie internationalen – Fragen und Berichte aus Betrieben, Gewerkschaften und politischen Kampagnen. Das **VORWÄRTS** können Sie/kannst du abonnieren.

**Mitmachen.** Mitglied werden kann, wer mit den Ideen der SLP/CWI grundsätzlich übereinstimmt und sich aktiv an der Arbeit der Partei beteiligt. Es ist selbstverständlich, dass in der SLP Rassismus und Sexismus nichts verloren haben. Wir stehen für die Einheit der ArbeiterInnenklasse! Wenn Sie / Du Interesse an einem näheren Kennenlernen der SLP oder einer Mitgliedschaft haben/hast, dann zögern Sie / zögere nicht, uns zu kontaktieren.

☎ 01/524 6310 ✉ [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) 🌐 [www.slp.at](http://www.slp.at)

**SLP**

Sozialistische Linkspartei



EUR 3,-